
Beteiligungsbericht der Stadt Bernsdorf



Berichtsjahr 2024

erstellt von der
Stadtverwaltung Bernsdorf

Amt für Finanzen
Thomas Beyer

Inhalt

1. Vorwort.....	3
2. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen.....	4
3. Beteiligungsübersicht zum 31.12.2024	7
4. Übersicht über die Finanzbeziehungen	8
5. Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform	9
5.1 Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH	9
5.2 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost (KBO) ...	13
5.3 SachsenEnergie AG	14
5.4 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an envia (KBE).....	16
5.5 envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM)	17
6. Einzeldarstellung der Mitgliedschaften in Zweckverbänden	18
6.1 Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“	18
6.2 Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz (WAZV Lausitz)	19
6.3 Abwasserzweckverband „Obere Schwarze Elster“	20
Anhang.....	22
Anlage 1 – Erläuterungen zur Bewertung der Bilanzkennzahlen	22
Anlage 2 – Beteiligungen der SachsenEnergie AG	25
Anlage 3 – Beteiligungen der enviaM AG.....	26
Anlage 4 – Lagebericht der BWG mbH	29
Anlage 5 – Lagebericht der KBO.....	34
Anlage 6 – Lagebericht der Sachsen Energie AG	42
Anlage 7 – Lagebericht der KBE	71
Anlage 8 – Lagebericht der enviaM.....	79
Anlage 9 – Beteiligungsbericht AZV „Kamenz-Nord“	81
Anlage 10 – Beteiligungsbericht WAZV Lausitz	94
Anlage 11 – Beteiligungsbericht AZV „Obere Schwarze Elster“	132

1. Vorwort

Mit Inkrafttreten der geänderten Gemeindeordnung zum 01.04.2003 entstand für die Städte und Gemeinden die Pflicht, ihre wirtschaftliche Tätigkeit in einem Beteiligungsbericht darzustellen und diesen öffentlich bekannt zu machen.

Auszug aus der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018, zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 27.06.2025

§ 99 Sächsische Gemeindeordnung

(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Beteiligungsbericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere Folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und, soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die

Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,

3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.

Gründe für einen Beteiligungsbericht ¹

Durch die Ausgliederung von Aufgaben aus dem Haushalt der Stadt und damit aus dem Verantwortungsbereich der gewählten Gemeindeorgane verengen sich mit deren Übertragung auf privatrechtliche Unternehmensformen die Möglichkeiten der Steuerung durch den Stadtrat. Hinzu kommt oft eine mangelhafte oder völlig fehlende Informationsvermittlung durch die Aufsichtsräte und Führungsorgane der Gesellschaften.

Die Tendenz zur Auslagerung kommunaler Aufgaben darf nicht zu einer Aushöhlung der Aufgabenverantwortung des gewählten Stadtparlamentes führen. Ohne Gegenmaßnahmen fördert die Gründung eines Unternehmens in Privatrechtsform die rein unternehmensorientierte Gewinnmaximierung.

Mit dem Beteiligungsbericht soll ein Beitrag zur größeren Transparenz der Stadtverwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte Unternehmen in Privatrechtsform geleistet werden. Die aufgezeigten Darstellungen versorgen den Stadtrat, die Aufsichtsbehörde und die interessierte Öffentlichkeit mit Informationen. Gleichzeitig wird Rechenschaft über die Entwicklung der Unternehmen abgelegt.

2. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen

Die Stadt Bernsdorf ist unmittelbar an der Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH, der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energieversorgung Sachsen Ost (KBO) und der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE) beteiligt. Eine mittelbare Beteiligung besteht über die KBO an der SachsenEnergie AG und über die KBE an der enviaM AG.

Weiterhin bestehen Mitgliedschaften in den Abwasserzweckverbänden „Obere Schwarze Elster“ und „Kamenz-Nord“ sowie im Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz.

Insgesamt ist die Lage aller unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Bernsdorf als gesichert anzusehen. Besondere Risiken, die den Haushalt oder die gemeindliche Aufgabenerfüllung der Stadt im Berichtsjahr oder in der nahen Zukunft beeinträchtigen könnten, sind, sofern hier nicht erwähnt, nicht ersichtlich.

¹ vgl. Schmid, in: Quecke/Schmid, SächsGemO, Rdn. 32 zu § 99

KBE und KBO konnten ebenso wie die BWG mbH im Wirtschaftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss erwirtschaften.

Gewinnabführungen an den städtischen Haushalt in Form von Dividendenausschüttungen erfolgten jeweils durch die KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia und die KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost. Hierfür wurden entsprechende Kapitalerträge an das Finanzamt abgeführt.

Die Geschäftsjahre von KBE und KBO weichen von den Kalenderjahren ab. Grundlage für diesen Beteiligungsbericht sind die Zeiträume vom 01. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2024 (KBE) und vom 01. September 2023 bis zum 31. August 2024 (KBO).

Sowohl KBE als auch KBO sind bezüglich auftretender Risiken von den Entwicklungen ihrer Beteiligungen und deren Tochterunternehmen (enviaM, SachsenEnergie AG) abhängig. Beispielhaft seien das weiterhin schwierige Wettbewerbsumfeld, Unsicherheiten in energiepolitischen Entscheidungen und stark schwankende Preise genannt. Dies führt zu instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten in der Branche. Zu den Risiken ist vor allem im Industriekundensegment die konjunkturelle Entwicklung getreten, die ein Ausfallrisiko von Vertragspartnern bedingen kann.

Dem versucht man zu begegnen, indem man ein breit gefächertes Aufgabenfeld bedient. Dies betrifft sowohl den Ausbau der erneuerbaren Energien wie auch Tätigkeiten im Bereich Wasserstoff, Ladeinfrastruktur, Breitbandausbau und Digitalisierung. Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in die Versorgungsnetze werden als ein weiterer Schwerpunkt gesehen.

Zukünftig wird sich die Betätigung der BWG mbH weiterhin auf die Anpassung des Wohnungsbestandes an geänderte Rahmenbedingungen und Bedürfnisse, auch unter der Berücksichtigung zukünftiger Maßnahmen aus dem konzentrieren. Hierbei werden die Altersstrukturen berücksichtigt. Weiteres Entwicklungspotential wird in der beschlossenen Ansiedlung eine zukünftigen Armeestandortes gesehen.

Einen Schwerpunkt bildet die Senkung der Leerstandsquote durch sukzessive Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbestandes. Eine große Herausforderung ist hierbei die Finanzierung, da Förderprogramme meist projektbezogen und nicht strategisch ausgerichtet sind.

Die strategische Ausrichtung des Vereinshauses „Grüner Wald“ ist ein weiterer Punkt, mit dem sich die BWG beschäftigen muss. Die Überlegungen reichen von der Sanierung des Kulturdenkmales bis zur Veräußerung. Eine abschließende Entscheidung wurde bisher nicht getroffen.

Alle drei Unternehmen gehen für das Geschäftsjahr 2025 von einem positiven Geschäftsergebnis aus.

Die Entwicklung der Zweckverbände verlief hinsichtlich der Beteiligungswerte im Jahr 2024 negativ. So sank der Anteil der Stadt Bernsdorf am bilanziellen Eigenkapital um 6.319,12 € (AZV Obere Schwarze Elster) bzw. um 97.505,78 € (AZV Kamenz-Nord). Für den WAZV Lausitz liegt noch keine Bewertung vor, hier wird in den Unterlagen zum Jahresabschluss 2024 noch der TZV Kamenz ausgewiesen.

Ursächlich für den Jahresverlust des AZV „Kamenz-Nord“ sind im Wesentlichen ein periodenfremder Aufwand aus der Zuführung zur sonstigen Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung sowie ein Aufwand aus der Zuführung zur Rückstellung für die kalkulatorische Kostenüberdeckung.

Weiterhin erfolgte mit Beschluss vom 28.11.2024 die Bestätigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Eingliederung des AZV „Kamenz-Nord“ in den WAZV Lausitz. Dieser soll zum 01.01.2026 umgesetzt werden.

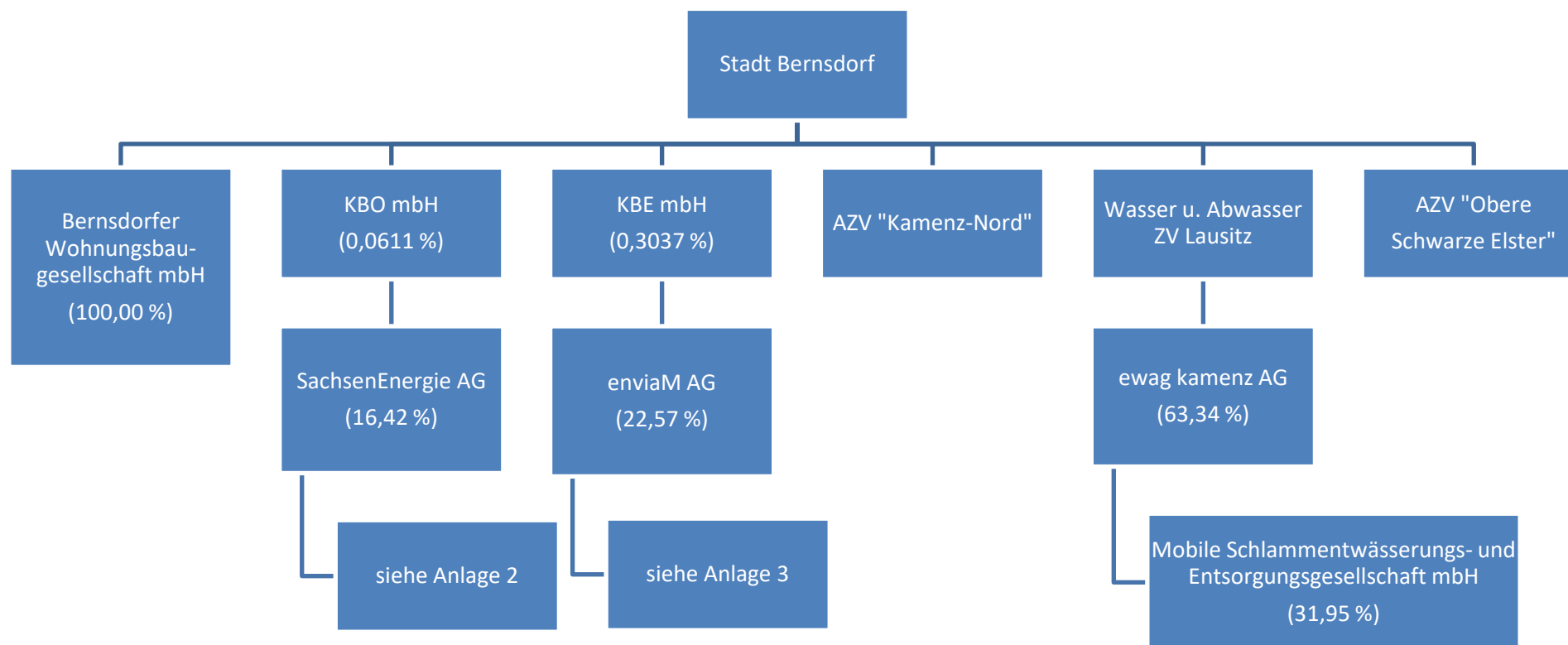
Risiken ergeben sich aus bestehenden Lieferkettenproblemen sowie Preissteigerungen an den Energiemärkten und im Bereich der Dienstleistungen und Materialaufwendungen, die zukünftige Gebührenerhöhungen bedingen könnten. Weiterhin besteht ein Ausfallrisiko für erhobene Gebühren und Beiträge, welchem durch ein stetiges und zeitnahes Mahnwesen und durch den Abschluss von Ratenzahlungsvereinbarungen vermindert werden kann.

Im Bereich des AZV „Kamenz-Nord“ besteht zudem das Risiko, dass die Funktionsfähigkeit einer Abwasserdruckleitung, welche über das Gelände des ehemaligen Tagebaus Laubusch/Kortitzmühle führt, aufgrund von Sperrungen nicht mehr gewährleistet werden kann, da keine Wartungen/ Reparaturen möglich sind. Die Errichtung einer neuen Abwasserleitung außerhalb des Sperrbereiches ist dem AZV Kamenz-Nord mit eigenen Mitteln nicht möglich. Es wurde daher für dieses Vorhaben ein Zuwendungsantrag nach der Förderrichtlinie Strukturentwicklung Braunkohlereviere – Lausitzer Revier bei der Sächsischen Aufbaubank eingereicht. Das Vorverfahren hierzu wurde bereits erfolgreich durchlaufen. Der Zuwendungsbescheid liegt vor und es wird zukünftig eine Hauptaufgabe des AZV „Kamenz-Nord“ sein, dieses Vorhaben bis Ende Dezember 2028 umzusetzen.

In den Folgejahren ist weiterhin zu erwarten, dass für eine Vielzahl von Kanalanlagen Erneuerungs- und Erhaltungsmaßnahmen in größerem Umfang notwendig werden. Zukünftige Maßnahmen sind dabei teilweise abhängig von einer Förderung des Staates, beispielsweise über die Richtlinie „Siedlungswasserwirtschaft“.

Ebenso prüfen die beiden Abwasserzweckverbände laufend, ob einzelne Bereiche und Leistungen der Umsatzsteuerpflicht unterliegen.

3. Beteiligungsübersicht zum 31.12.2024



4. Übersicht über die Finanzbeziehungen

Name des Eigenbetriebs, der Gesellschaft, des Zweckverbandes	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen, Umlagen und sonstige Zuschüsse	Gewinnabführungen	Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in EUR	Anteil der Stadt in EUR	Anteil in %	2024 in EUR	2024 in EUR	2024 in EUR	2024 in EUR
unmittelbare Beteiligungen							
Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH	127.823,00	127.823,00	100,00	0,00	0,00	67.467,38	0,00
KBE mbH	54.134.451,00	161.881,00	0,3037	0,00	106.483,03	0,00	0,00
KBO mbH	20.144.184,00	12.300,00	0,0611	0,00	4.920,00	0,00	0,00
mittelbare Beteiligungen							
SachsenEnergie AG	-	-	-	0,00	0,00	0,00	0,00
enviaM Mitteldeutsche Energieversorgung AG	-	-	-	0,00	0,00	0,00	0,00
Mitgliedschaft in Zweckverbänden							
Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“	-	-	-	79.302,49	0,00	0,00	0,00
Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz	-	-	-	0,00	0,00	0,00	0,00
Abwasserzweckverband „Obere Schwarze Elster“	-	-	-	8.553,92	0,00	0,00	0,00
Gesamt				87.856,41	111.403,03	67.467,38	0,00

5. Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

5.1 Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH

I. Rechtliche Verhältnisse

Art der Beteiligung:	unmittelbare Beteiligung (1. Generation)
Anschrift:	Dresdener Str. 90 02994 Bernsdorf Tel.: 035723 230-0 E-Mail: info@bwg-mbh.de Homepage: www.bwg-mbh.de
Rechtsform:	GmbH
Gründung:	durch Gesellschaftsvertrag vom 01.03.1991
HR-Eintragung:	19.01.1995

Unternehmensgegenstand:

Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohnungen einschließlich ihrer Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung im Sinne der Gemeinnützigkeit
Die Gesellschaft ist auch berechtigt, Eigentumswohnungen zu errichten.

Stammkapital: 127.823,00 Euro

Anteil der Stadt Bernsdorf: 100,00 %

II. Organe

Geschäftsführung:	Evelyn Hahn
Aufsichtsrat:	Harry Habel (Bürgermeister Stadt Bernsdorf) Ronald Juhnke (Vice President) Thomas Haink (Geschäftsführer) Jörg Mühlberg (Geschäftsführer)
Abschlussprüfer:	Schell & Block GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

III. Beteiligungen

Die BWG mbH selbst hält keine Beteiligungen.

IV. Bilanz- und Leistungskennzahlen

Gewinn und Verlust

	2020	2021	2022	2023	2023
Erträge	2.834.898,36 €	2.551.735,67 €	2.485.432,51 €	2.894.489,52 €	3.378.171,89 €
Umsatzerlöse	2.433.046,29 €	2.394.849,52 €	2.362.242,04 €	2.643.914,37 €	2.823.933,54 €
Erhöhung/ Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	7.316,67 €	21.013,77 €	41.935,09 €	116.928,96 €	5.078,97 €
Sonstige betriebliche Erträge	392.040,46 €	134.643,28 €	81.113,56 €	133.628,59 €	547.085,56 €
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.494,94 €	1.229,10 €	141,82 €	17,60 €	2.073,82 €
Aufwendungen	2.790.732,26 €	2.480.709,62 €	2.590.099,27 €	2.758.185,01 €	2.881.391,37 €
Materialaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.163.550,19 €	1.100.051,27 €	1.135.411,07 €	1.337.795,87	1.541.861,62 €
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	394.740,76 €	70.251,98 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Personalaufwand	349.050,14 €	387.496,55 €	460.380,75 €	390.400,40 €	297.378,32 €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	447.131,54 €	452.867,27 €	470.836,24 €	558.214,52 €	604.843,80 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	283.804,39 €	267.787,34 €	311.418,48 €	277.102,31 €	237.789,58 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	152.455,24 €	202.255,21 €	212.052,73 €	194.671,91 €	199.518,05 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	44.166,10 €	71.026,05 €	-104.666,76 €	136.304,51 €	496.780,52 €
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-9.600,22 €	20.919,71 €	-29.863,40 €	39.737,46 €	144.922,11 €
Sonstige Steuern	639,00 €	723,57 €	246,59 €	267,13 €	205,00 €
Jahresergebnis	53.127,32 €	49.382,77 €	-75.049,95 €	96.299,92 €	351.653,41 €

Bilanz

	2022	2023 *	2024
Aktiva			
Anlagevermögen	23.303.026,92 €	24.280.699,85 €	23.886.349,13 €
Umlaufvermögen	1.796.112,47 €	1.457.192,67 €	1.806.309,41 €
Liquide Mittel	773.092,28 €	487.611,14 €	631.397,75 €
Rechnungsabgrenzungsposten	1.260,64 €	5.450,31 €	4.146,83 €
Aktiver Unterschiedsbetrag der Vermögensrechnung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Passiva			
Eigenkapital	10.405.491,90 €	10.501.791,82 €	10.853.445,32 €
Sonderposten	2.387.567,26 €	2.746.028,75 €	2.782.721,04 €
Rückstellungen	136.457,00 €	188.923,00 €	130.303,00 €
Verbindlichkeiten	11.797.658,10 €	11.893.476,52 €	11.373.245,76 €
Rechnungsabgrenzungsposten	17.169,80 €	17.332,90 €	16.402,30 €
Passive latente Steuern	356.055,97 €	395.789,84 €	540.688,04 €
Bilanzsumme	25.100.400,03 €	25.743.342,84 €	25.696.805,37 €

* Vorjahr angepasst

Kennzahlen

	2022	2023 *	2024
Vermögenslage			
Anlagenintensität in %	92,84 %	94,32 %	92,95 %
Verschuldungsgrad in %	113,33 %	113,46 %	105,44 %
Effektivverschuldung in Euro	10.001.545,63 €	10.436.283,85 €	9.566.936,35 €
Eigenkapitalquote in %	46,21 %	46,13 %	47,65 %
Ertragslage			
Eigenkapitalrendite in %	- 0,65 %	0,81 %	2,87 %
Personalaufwandsquote in %	17,77 %	14,15 %	10,32 %
Arbeitsproduktivität	5,13 €	6,77 €	9,50 €
Abschreibungsquote in %	18,18 %	20,24 %	20,99 %
Zinsaufwandsquote in %	8,19 %	7,06 %	6,92 %
Finanzlage			
Cash-Flow (lfd. Geschäftstätigk.)	812T €	595T €	878T €
Liquidität 1. Grades	39,13 %	26,99 %	27,83 %
Sonstige Kennzahlen			
Anzahl der Mitarbeiter	4	4	5
Pro-Kopf-Umsatz in Euro	590.560,51 €	660.978,59 €	564.786,71 €
Durchschnittlicher Leerstand	10,0 %	17,6 %	15,3 %

* Vorjahr angepasst

Die hier ausgewiesenen Kennzahlen können von denen im Lagebericht der BWG mbH abweichen. Ursache hierfür sind unterschiedliche Berechnungsmethoden. Die hier zugrunde gelegten Berechnungsmethoden sind in Anlage 1 ersichtlich.

V. Finanzbeziehungen

Die Stadt Bernsdorf hat eine Bürgschaft für ein Darlehen der BWG mbH übernommen. Zum 31.12.2024 sind noch 67.467,38 Euro offen, mit einer Inanspruchnahme der Stadt Bernsdorf ist derzeit nicht zu rechnen.

VI. Lagebericht

Der Lagebericht der BWG mbH ist als Anlage 4 beigefügt.

5.2 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost (KBO)

I. Rechtliche Verhältnisse

Art der Beteiligung:	unmittelbare Beteiligung (1. Generation)
Sitz:	Kirchstr. 5 01855 Sebnitz
Geschäftsadresse:	Dresdner Str. 48 01844 Neustadt in Sachsen Tel.: 03596 / 56 12 40 E-Mail: kbo@kbo-online.de
Rechtsform:	GmbH
Gründung:	durch Gesellschaftsvertrag vom 08.09.1995
HR-Eintragung:	12.03.1996
Handelsregister:	HRB 12833, Amtsgericht Dresden
Unternehmensgegenstand:	Halten und Verwalten von Beteiligungen, insbesondere an der ENSO Energie Sachsen Ost AG; Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten, die sich aus der Beteiligung an dieser Gesellschaft ergeben und aller unmittelbar damit in Zusammenhang stehenden Geschäften
Stammkapital:	20.144.184,00 Euro
Anteil der Stadt Bernsdorf:	0,0611 %
Geschäftsführung:	Katrin Fischer

II. Finanzbeziehungen

Im Jahr 2024 erhielt die Stadt Bernsdorf folgende Zahlungen:

- Dividenden (brutto)	4.920,00 Euro
-----------------------	---------------

Auf diese Summe wurden Kapitalerträge in Höhe von 778,59 Euro abgeführt.

III. Lagebericht

Der Lagebericht der KBO ist dem uns übersendeten Beteiligungsbericht entnommen worden und als Anlage 5 beigefügt.

5.3 SachsenEnergie AG

I. Rechtliche Verhältnisse

Art der Beteiligung: mittelbare Beteiligung (2. Generation)

Sitz: Friedrich-List-Platz 2
01069 Dresden

Rechtsform: AG

Handelsregister: HRB 965, Amtsgericht Dresden

Unternehmensgegenstand:

- Betätigung auf dem Gebiet der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung einschließlich der Beschaffung und Erzeugung, des Vertriebs bzw. der Verteilung von Wärme und Kälte sowie von Elektrizität und Gas und jeweils die Planung, Errichtung und Erwerb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke,
- Betätigung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und Telekommunikation einschließlich der Planung, Errichtung und des Erwerbs der hierzu erforderlichen Anlagen, sowie Beschaffung, Vermittlung und des Angebotes entsprechender Dienstleistungen,
- Durchführung der Stadt-/Straßenbeleuchtung einschließlich der Planung, Errichtung und des Erwerbs der hierfür erforderlichen Anlagen und Werke,
- Betätigung auf dem Gebiet der Abfallbehandlung einschließlich der Planung, Errichtung und des Erwerbs der hierfür erforderlichen Anlagen und Werke,
- Beschaffung, Vermittlung und das Angebot von Dienstleistungen, die
 - der Deckung des Bedarfs an Energie, des Bedarfs an Trink- und Brauchwasser und des Bedarfs an Abfallentsorgung und Abwasserentsorgung,
 - der Verminderung des Bedarfs an Energie und Wasser,
 - der Vermeidung und Verminderung des Bedarfs an Abfallentsorgung (einschließlich Wiederverwertung) und Abwasserentsorgung oder
 - der Informationsverarbeitung und Telekommunikationdienen,
- Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die vorgenannten Geschäftszwecken unmittelbar oder mittelbar dienen und diese fördern, auch gegenüber anderen Unternehmen, Gemeinden oder Zweckverbänden.

Stammkapital:	210.978.927,50 Euro
Anteil der KBO:	16,42 %
Vorstand:	Dr. Frank Brinkmann (Vorstandsvorsitzender) Dr. Axel Cunow Lars Seiffert

II. Lagebericht

Der Lagebericht der SachsenEnergie AG ist dem uns durch die KBO übersendeten Beteiligungsbericht entnommen worden und als Anlage 6 beigelegt.

5.4 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an envia (KBE)

I. Rechtliche Verhältnisse

Art der Beteiligung: unmittelbare Beteiligung (1. Generation)

Sitz: Chemnitztalstr. 13
09114 Chemnitz

Geschäftsadresse: Glacisstr. 3
010999 Dresden
Tel.: 0351 / 26323-0
E-Mail: mike.ruckh@kombg.de
Homepage: www.kbe-enviam.de

Rechtsform: GmbH

Gründung: 2002

HR-Eintragung: 27.08.2002

Handelsregister: HRB 20040, Amtsgericht Chemnitz

Unternehmensgegenstand:

Erwerb und Verwaltung von Aktien, insbesondere der enviaM und die Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten, die sich aus der Beteiligung an diesen Aktiengesellschaften ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und aktienrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Gesellschafter bei der enviaM

Stammkapital: 54.134.451,00 Euro

Anteil der Stadt Bernsdorf: 0,299 %

Geschäftsführung: Mike Ruckh

II. Finanzbeziehungen

Im Jahr 2024 erhielt die Stadt Bernsdorf folgende Zahlungen:

- Dividende 106.483,03 Euro

Auf diese Summe wurden Kapitalerträge in Höhe von 16.850,95 Euro abgeführt.

III. Lagebericht

Der Lagebericht der KBE ist dem uns übersendeten Beteiligungsbericht entnommen worden und als Anlage 7 beigefügt.

5.5 envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM)

I. Rechtliche Verhältnisse

Art der Beteiligung: mittelbare Beteiligung (2. Generation)

Sitz: Chemnitztalstr. 13
09114 Chemnitz

Rechtsform: AG

Handelsregister: HRB 19751, Amtsgericht Chemnitz

Unternehmensgegenstand:

- jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von Energie und Energieanlagen,
- jede Art der Beschaffung und gewerblichen Nutzung von Wasser sowie das Sammeln, Fortleiten und Aufbereiten von Abwasser,
- Errichtung, Erwerb, Betrieb und sonstige Nutzung von Beschaffungs-, Transport- und Speichersystemen für Energie, Wasser und Abwasser, von Telekommunikationsanlagen, von sonstigen Transportsystemen und einer Informations- und Kommunikationsinfrastruktur,
- Erbringung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Telekommunikation und
- Erbringung und Vermarktung von Dienstleistungen und Produkten auf den Gebieten der Umwelt, der Energieeffizienz, der Immobilienwirtschaft, der Mobilität, der Digitalisierung sowie die Vermietung von Fahrzeugen

Stammkapital: 635.187.200,00 Euro

Anteil der KBE: 22,57 %

Vorstand: Dr. Stephan Lowis (Vorstandsvorsitzender)
Patrick Kather (Vorstand Vertrieb)
Sigrid Barbara Nagl (Vorständin Personal)

II. Lagebericht

Der Lagebericht der enviaM ist dem uns durch die KBE übersendeten Beteiligungsbericht entnommen worden als Anlage 8 beigelegt.

6. Einzeldarstellung der Mitgliedschaften in Zweckverbänden

6.1 Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“

I. Rechtliche Verhältnisse

Sitz:	Rathausallee 2 02994 Bernsdorf
Geschäftsanschrift:	ewag kamenz An den Stadtwerken 2 01917 Kamenz Tel.: 03578 / 377-0 (Geschäftsbesorger) E-Mail: ewag@kamenz.de Homepage: www.ewagkamenz.de
Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründung:	durch Verbandssatzung vom 26.09.2000
Verbandszweck:	Abwasserbeseitigung aufgrund von § 50 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes und, nach Maßgabe der Verbandssatzung, für Niederschlagswasser
Gesamtstimmen:	8 Stimmen
Stimmrechtsanteil Bernsdorf:	37,50 %

II. Organe / Verbandsmitglieder

Verbandsvorsitzender:	Harry Habel (Bürgermeister Stadt Bernsdorf)	
Verbandsmitglieder:	Stadt Bernsdorf	(3 Stimmen)
	Gemeinde Elsterheide	(2 Stimmen)
	Stadt Lauta	(3 Stimmen)

III. Beteiligungen

Der Abwasserzweckverband „Kamenz-Nord“ selbst hält keine Beteiligungen.

IV. Finanzbeziehungen

Die Stadt Bernsdorf hat an den AZV „Kamenz-Nord“ im Jahr 2024 folgende Umlagen gezahlt:

Umlage für nicht gebührenfähige Kosten 2024:	79.302,49 Euro
--	----------------

V. Lagebericht

Der Lagebericht des AZV „Kamenz-Nord“ ist im Rahmen des Beteiligungsberichtes als Anlage 9 beigefügt.

6.2 Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz (WAZV Lausitz)

I. Rechtliche Verhältnisse

Geschäftsanschrift:	ewag kamenz An den Stadtwerken 2 01917 Kamenz Tel.: 03578 / 377-0 (Geschäftsbesorger) E-Mail: ewag@kamenz.de Homepage: www.ewagkamenz.de
Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründung:	durch Verbandssatzung vom 28.09./09.11.2022
Verbandszweck:	öffentliche Wasserversorgung nach § 43 SächsWG, öffentliche Schmutzwasserbeseitigung nach § 50 SächsWG
Gesamtstimmen:	84 Stimmen
Stimmrechtsanteil Bernsdorf:	8,33 %

II. Organe / Verbandsmitglieder

Verbandsvorsitzender: Markus Posch (Bürgermeister Stadt Wittichenau)

Verbandsmitglieder:

Bernsdorf	(7 Stimmen)	Lohsa	(2 Stimmen)
Burkau	(3 Stimmen)	Nebelschütz	(2 Stimmen)
Crostwitz	(2 Stimmen)	Neukirch	(2 Stimmen)
Elsterheide	(4 Stimmen)	Oßling	(3 Stimmen)
Elstra	(3 Stimmen)	Panschwitz-Kuckau	(3 Stimmen)
Haselbachtal	(4 Stimmen)	Räckelwitz	(2 Stimmen)
Kamenz	(18 Stimmen)	Ralbitz-Rosenthal	(2 Stimmen)
Königsbrück	(5 Stimmen)	Schwepnitz	(3 Stimmen)
Laußnitz	(2 Stimmen)	Steina	(2 Stimmen)
Lauta	(9 Stimmen)	Wittichenau	(6 Stimmen)

III. Beteiligungen

Der WAZV Lausitz hält eine Beteiligung an der ewag kamenz Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft Kamenz in Höhe von 63,34 %.

IV. Finanzbeziehungen

Es sind keine Zahlungen an den Zweckverband bzw. vom Zweckverband erfolgt.

V. Lagebericht

Der Lagebericht des WAZV Lausitz ist im Rahmen des Beteiligungsberichtes als Anlage 10 beigelegt.

6.3 Abwasserzweckverband „Obere Schwarze Elster“

I. Rechtliche Verhältnisse

Geschäftsanschrift:	ewag kamenz AG An den Stadtwerken 2 01917 Kamenz Tel.: 03578 / 377-0 (Geschäftsbesorger) E-Mail: ewag@kamenz.de Homepage: www.ewagkamenz.de
Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründung:	durch Verbandssatzung 01.07.2002
Verbandszweck:	Abwasserbeseitigung aufgrund von § 50 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes und, nach Maßgabe der Verbandssatzung, für Niederschlagswasser Planung, Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sammel-, Abwasserbeseitigungs- und Reinigungsanlagen
Gesamtstimmen:	40 Stimmen
Stimmrechtsanteil der Stadt Bernsdorf:	2,50 %

II. Organe / Verbandsmitglieder

Verbandsvorsitzender:	Roland Dantz (Bürgermeister Stadt Kamenz)		
Verbandsmitglieder:			
Bernsdorf	(1 Stimme)	Nebelschütz	(2 Stimmen)
Elstra	(3 Stimmen)	Ohorn	(3 Stimmen)
Haselbachtal	(4 Stimmen)	Pulsnitz	(8 Stimmen)
Kamenz	(17 Stimmen)	Steina	(2 Stimmen)

III. Beteiligungen

Der Abwasserzweckverband „Obere Schwarze Elster“ selbst hält keine Beteiligungen.

IV. Finanzbeziehungen

Die Stadt Bernsdorf hat an den Abwasserzweckverband „Obere Schwarze Elster“ im Jahr 2024 folgende Umlagen gezahlt:

Allgemeine Umlage zum Finanzausgleich 2024:	1.750,97 Euro
Umlage zur Deckung des Straßenentwässerungsanteils 2024:	6.802,95 Euro

V. Lagebericht

Der Lagebericht des AZV „Obere Schwarze Elster“ ist im Rahmen des Beteiligungsberichtes als Anlage 11 beigelegt.

Anhang

Anlage 1 – Erläuterungen zur Bewertung der Bilanzkennzahlen

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität zeigt den prozentualen Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen eines Unternehmens. Sie wird als Indikator für die Flexibilität eines Unternehmens hinsichtlich der Anpassung an Beschäftigungsschwankungen herangezogen. Je geringer die Anlagenintensität ist, desto höher wird die Flexibilität eines Unternehmens eingeschätzt. Die Kennzahlenausprägungen eines einzelnen Unternehmens sind dabei immer im Vergleich mit den Ausprägungen aus entsprechenden Wirtschaftszweigen zu betrachten. Wohnungsunternehmen haben aufgrund ihres in der Regel hohen Anlagevermögens eine hohe Anlagenintensität und haben deshalb ein hohes Risiko bei rückläufiger Wohnungsnachfrage.

Berechnung:

Anlagenintensität = (Anlagevermögen/ Bilanzsumme) x 100

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur. Eine in der Praxis herausgebildete, grobe Regel besagt, dass der Verschuldungsgrad nicht höher sein soll als 2:1 (200%), also das Fremdkapital nicht mehr als das Doppelte des EK betragen soll.

Berechnung:

Verschuldungsgrad = (Fremdkapital/ Eigenkapital) x 100

Effektivverschuldung

Die Effektivschulden sind Schulden, die nicht durch kurzfristiges Vermögen abgedeckt sind, d.h. durch schnelle Veräußerung des Umlaufvermögens nicht kurzfristig ausgeglichen werden können. Eine Bewertung ist hier nur in Relation zum Anlagevermögen möglich. Das heißt, dass langfristige Fremdkapital sollte maximal so hoch sein, wie das Anlagevermögen. (=goldene Bilanzregel)

Berechnung:

Effektivverschuldung = Verbindlichkeiten – Umlaufvermögen

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote beschreibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Sie gibt Auskunft über die Kapitalkraft und somit über die wirtschaftliche Stabilität eines Unternehmens. Grundsätzlich kann man sagen, je höher die Eigenkapitalquote ist, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer Unternehmensinsolvenz. Als „gesund“ gilt in der Regel eine Eigenkapitalquote von 33 bis 100 Prozent. Sie ist von Branche zu Branche unterschiedlich hoch.

Die Sonderposten mit Rücklagenanteil werden zu 50 % dem Eigenkapital zugerechnet.

Berechnung:

$$\text{Eigenkapitalquote} = (\text{Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme}) \times 100$$

Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite ist die (Eigen-)Kapitalrentabilität eines Unternehmens und gibt an, wieviel Prozent Gewinn auf das eingesetzte Eigenkapital entfällt. Die Eigenkapitalrendite zeigt somit die Verzinsung des Eigenkapitals an.

Je höher die Eigenkapitalrendite, desto positiver die Beurteilung. Allerdings ist selbst eine relativ geringe Eigenkapitalrendite für sich nicht unbedingt als negativ zu interpretieren, wenn die Gesellschaft diese z. B. in den letzten Geschäftsjahren sukzessiv erhöhen konnte, der Trend also positiv ist. Dann lässt sich hieraus interpretieren, dass das Management die Ertragssituation in den Griff bekommt.

Berechnung:

$$\text{Eigenkapitalrendite} = (\text{Jahresergebnis} / \text{Eigenkapital}) \times 100$$

Personalaufwandsquote

Die Personalaufwandsquote gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen wieder. Eine hohe Personalaufwandsquote kann ein Zeichen für mangelnde Flexibilität in Krisenzeiten sein, da es sie hierbei oft um Fixkosten handelt, die auch bei Umsatzeinbrüchen anfallen.

Berechnung:

$$\text{Personalaufwandsquote} = (\text{Personalaufwand} / \text{Gesamtaufwand}) \times 100$$

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität ist eine Kennzahl zur Bewertung des Geschäftserfolgs. Eine Steigerung der Produktivität führt grundsätzlich auch zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, da das Verhältnis Aufwand zu Ertrag günstiger wird.

Berechnung:

$$\text{Arbeitsproduktivität} = \text{Umsatz} / \text{Personalkosten}$$

Abschreibungsquote

Die Kennzahl Abschreibungsquote beschreibt den Anteil der Abschreibungen an den Gesamtaufwendungen.

Berechnung:

$$\text{Abschreibungsquote} = \text{Abschreibungsaufwand} / \text{Gesamtaufwand} \times 100$$

Zinsaufwandsquote

Die Zinsaufwandsquote gibt den Anteil der Zinsaufwendungen an den Gesamtaufwendungen wieder. Hohe Zinsaufwandsquoten lassen auf hohe Kreditverbindlichkeiten bzw. hohe Zinssätze bei bestehenden Krediten schließen.

Berechnung:

$$\text{Zinsaufwandsquote} = \text{Zinsaufwendungen} / \text{Gesamtaufwand} \times 100$$

Cash-Flow (laufende Geschäftstätigkeit)

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (auch operativer Cash-Flow) ist die Summe derjenigen Ein- und Auszahlungen, die durch betriebliche Tätigkeiten entstehen. Er gibt Auskunft über die Fähigkeit des Unternehmens, liquide Mittel für Investitionen bzw. zur Tilgung von Verbindlichkeiten zu erwirtschaften.

Die Höhe dieser Kennzahl wurde den Prüfberichten der Unternehmen entnommen.

Liquidität 1. Grades

Die Liquidität 1. Grades setzt die liquiden Mittel und die kurzfristigen Verbindlichkeiten ins Verhältnis. Er zeigt die Deckung der kurzfristig anfallenden Zahlungsverpflichtungen durch sofort verfügbare Geldmittel an.

Berechnung:

$$\text{Liquiditätsgrad I} = (\text{flüssige Mittel} / \text{kurzfristige Verbindlichkeiten}) \times 100$$

Pro-Kopf-Umsatz

Der Pro-Kopf-Umsatz drückt im Allgemeinen aus, wieviel EUR jeder Mitarbeiter durchschnittlich im Geschäftsjahr erwirtschaftet.

Berechnung:

$$\text{Pro-Kopf-Umsatz} = (\text{Umsatz} / \text{Mitarbeiteranzahl})$$

Anlage 2 – Beteiligungen der SachsenEnergie AG

(Auszug aus dem Beteiligungsbericht der KBO)



2.4. Angaben zum Anteilsbesitz

Firma, Sitz	Kapitalanteil der SachsenEnergie %
SachsenNetze HS.HD GmbH, Dresden	100,00
DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergieBau GmbH, Dresden	100,00
RING30 GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergie Vertriebs GmbH, Dresden (ehemals systematics NETWORK SERVICES GmbH, Dresden)	100,00
SachsenIndustriewasser GmbH, Dresden	100,00
SachsenEmobil GmbH & Co. KG, Dresden	100,00
PV Barlinek sp. z o.o., Komorniki	100,00
Quittel GmbH, Weinböhla	100,00
SachsenEnergie Delta GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergie Epsilon GmbH, Dresden	100,00
SachsenEnergie Zeta GmbH, Dresden	100,00
SachsenEmobil Verwaltungs GmbH, Dresden	100,00
SachsenGigaBit GmbH, Dresden	50,00
Windpark Streumen GmbH, Dresden	50,00
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden GmbH & Co. KG, Dresden	50,00
SachsenServices GmbH, Dresden	50,00
Biomethan Zittau GmbH, Zittau	50,00
Projektgesellschaft Anbau CITY CENTER Dresden Verwaltungs GmbH, Dresden	50,00
Technische Dienste Altenberg GmbH, Altenberg	49,00
Wärmeversorgung Weigsdorf-Köblitz GmbH, Cunewalde	40,00
Info-Kabel GmbH Betreiber von Rundfunk-Kabelanlagen, Bischofswerda	25,00

Anlage 3 – Beteiligungen der enviaM AG

(Auszug aus dem Beteiligungsbericht der KBE)

3.2.6 Beteiligungsgesellschaften von enviaM (Stand: 31.12.2023)

I. verbundene Unternehmen

An nachstehend aufgeführten Unternehmen ist enviaM gemäß § 16 AktG beteiligt (Angabe gemäß § 285 Nr. 11 HGB).

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden davon in den Konzernabschluss der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	Eigenkapital zum 31.12.2023	Ergebnis 2023
	%	%	T€	T€
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale) 1)	100,00		294.837	0
envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	100,00		69.510	0
envia TEL GmbH, Markkleeberg	100,00		69.032	661
enviaM Beteiligungsgesellschaft Chemnitz GmbH, Chemnitz 1)	100,00		56.366	0
EVIP GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	100,00		11.347	0
envia SERVICE GmbH, Cottbus	100,00		4.246	588
Verteilnetz Plauen GmbH, Plauen 1)	100,00		25	0
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale)	75,40		191.042	99.086
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale) 1)		100,00	25	0

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden nicht in den Konzernabschluss der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2022 T€	Ergebnis 2022 T€
WEK Windenergie Kolkwitz GmbH & Co. KG, Kolkwitz	100,00		6.475	1.410
Windpark Lützen GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		5.591	4.145
Windkraft Hochheim GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		5.294	1.352
SEW Solarenergie Weißenfels GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		3.735	24
SPG Solarpark Guben GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		3.598	93
NetzWeltFabrik GmbH, Machern	100,00		3.223	3
EES Erneuerbare Energien Schnaudertal GmbH & Co. KG, Meuselwitz	100,00		973	-4
ENL Energiepark Niederlausitz GmbH & Co. KG, Lützen (bisher: WET Windenergie Trampe GmbH & Co. KG, Lützen)	100,00		922	907
Ackermann & Knorr Ingenieur GmbH, Chemnitz	100,00		245	10
NRF Neue Regionale Fortbildung GmbH, Halle (Saale)	100,00		192	50
Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Lützen	100,00		76	8
GKB Gesellschaft für Kraftwerksbeteiligungen mbH, Cottbus	100,00		70	-15
Windenergie Frehne Management GmbH, Lützen	100,00		45	1
enviaM Zweite Neue Energie Management GmbH, Lützen	100,00		38	4
enviaM Neue Energie Management GmbH, Lützen	100,00		37	1
WKH Windkraft Hochheim Management GmbH, Lützen	100,00		31	1
SEG Solarenergie Guben Management GmbH, Lützen	100,00		29	0
Oschatz Netz Verwaltungs GmbH, Oschatz 1)	100,00		26	0
WPB Windpark Börnicke GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		13	-4
EPE Energiepark Elbeland GmbH & Co. KG, Markkleeberg 3)	100,00		-	-
EPE Energiepark Management GmbH, Markkleeberg 3)	100,00		-	-
BSA Elsteraue GmbH, Bitterfeld-Wolfen	83,00		121	-4
Crimmitschau-Lichtenstein Netz GmbH & Co. KG, Crimmitschau	81,00		30.345	1.048
WGK Windenergie Großkorbetha GmbH & Co. KG, Lützen	75,00		6.601	733
Lößnitz Netz GmbH & Co. KG, Lößnitz	74,90		5.574	224
bildungszentrum energie GmbH, Halle (Saale)	74,50	25,50	1.198	296
SEN Solarenergie Nienburg GmbH & Co. KG, Lützen	50,00		3.754	974
A/V/E GmbH, Halle (Saale)	25,90	25,10	2.077	323
E.ON TowerCo GmbH, Markkleeberg		100,00	2.465	-440
Lößnitz Netz Verwaltungs GmbH, Lößnitz 1) 2)		100,00	27	0
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, Halle (Saale) 1) 2)		100,00	25	0
Crimmitschau-Lichtenstein Netz Verwaltungs GmbH, Crimmitschau 1)		100,00	24	0
Mitteldeutsche Netzgesellschaft mbH, Chemnitz		100,00	18	0
Avacon Data Center GmbH, Helmstedt (bisher: Beteiligung N2 GmbH, Helmstedt)		49,00	22	-1

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

2) Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

3) Gründung in 2023

II. Beteiligungen

Darüber hinaus werden folgende Beteiligungen gehalten:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	Eigenkapital zum 31.12.2022	Ergebnis 2022
	%	%	T€	T€
Fernwärmeversorgung Zwönitz GmbH (FVZ), Zwönitz	50,00		7.050	1.735
EEL Erneuerbare Energien Lausitz GmbH & Co. KG, Cottbus	50,00		-37	-51
Stollberg Netz GmbH & Co. KG, Stollberg/Erzgeb.	49,00		10.574	204
Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG, Plauen	49,00		8.176	1.213
Netzgesellschaft Grimma GmbH & Co. KG, Grimma	49,00		7.670	394
BASF enviaM Solarpark Schwarzheide GmbH, Schwarzheide	49,00		5.123	98
Energieversorgung Marienberg GmbH, Marienberg 1)	49,00		4.208	0
Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH, Dessau-Roßlau	49,00		1.615	435
Wärmeversorgung Mueheln GmbH, Mueheln (Geiseltal)	49,00		976	155
Wärmeversorgung Wachau GmbH, Markkleeberg OT Wachau	49,00		357	66
Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg (Saale) 1)	47,00		12.088	213
Stadtwerke Bernburg GmbH, Bernburg (Saale) 1)	45,00		32.759	0
Energieversorgung Guben GmbH, Guben	45,00		18.132	1.177
Windenergie Frehne GmbH & Co. KG, Lützen	41,03		3.480	353
Stadtwerke Merseburg GmbH, Merseburg 1)	40,00		26.901	500
Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	40,00		21.689	650
Heizkraftwerk Zwickau Süd GmbH & Co. KG, Zwickau	40,00		1.000	786
Städtische Werke Borna GmbH, Borna	36,75		4.446	462
Stadtwerke Aschersleben GmbH, Aschersleben	35,00		18.400	1.858
Windenergie Briesensee GmbH, Neu Zauche	31,48		1.940	458
Freiberger Stromversorgung GmbH (FSG), Freiberg	30,00		12.447	905
Sandersdorf-Brehna Netz GmbH & Co. KG, Sandersdorf-Brehna	27,60	21,40	4.826	516
Stadtwerke Schwarzenberg GmbH, Schwarzenberg/Erzgeb.	27,54		15.940	1.790
Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau 1)	27,00		47.360	0
Windkraft Jerichow-Mangelsdorf I GmbH & Co. KG, Burg	25,10		4.167	2.086
SEG Solarenergie Guben GmbH & Co. KG, Guben	25,10		2.465	473
Stadtwerke Zeitz GmbH, Zeitz	24,75		22.074	3.270
Stadtwerke Weißenfels GmbH, Weißenfels	24,50		27.336	3.758
Stadtwerke Aue - Bad Schlema GmbH, Aue-Bad Schlema	24,50		15.500	1.816
Stadtwerke Meerane GmbH, Meerane 3)	24,50		14.533	1.234
Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH, Reichenbach im Vogtland	24,50		13.790	728
GISA GmbH, Halle (Saale) 2)	23,90		14.279	3.035
VEM Neue Energie Muldentale GmbH & Co. KG, Markkleeberg		50,00	491	124
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig		50,00	421	13
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz		9,15	468.441	70.231

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

2) Eigenkapital zum 31.03.2023, Ergebnis für das Rumpfgeschäftsjahr 1.4.2022 bis 31.03.2023

3) Ergebnis und Eigenkapital betreffen Geschäftsjahr 2021

Anlage 4 – Lagebericht der BWG mbH

Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Bernsdorf Lagebericht für 2024

Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung für das Geschäftsjahr 2024

	Seite
1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen - gesamtwirtschaftliche und Branchenentwicklung	2
2. Unternehmensstruktur und Geschäftsumfang	2
3. Umsatzentwicklung	3
4. Investitionen und laufende Instandhaltungen	3
5. Ertragslage	3
6. Finanzlage	3
7. Vermögenslage	4
8. Chancen- und Risikobericht	4
9. Prognosebericht	5
10. Angaben zur Erstellung des Beteiligungsberichts nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO	5

**Bernsdorfer Wohnungsbaugesellschaft
mit beschränkter Haftung
Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2024**

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen – gesamtwirtschaftliche und Branchen Entwicklung

Unsere Bürgerinnen und Bürger wünschen sich in unsicheren Zeiten ein sicheres Zuhause.

Gleichzeitig wächst in den Kommunen die Finanznot und viele Quartiere erhalten keine Mittel aus den städtebaulichen Programmen.

Gründe dafür sind unter anderem starre Programme, fehlende Flexibilität sowie hohe bürokratische Hürden. Zudem sind Förderungen projektbezogen und nicht strategisch ausgerichtet. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, die Quartiersentwicklung gesetzlich und finanziell zu unterstützen.

Die Städtebauförderung, insbesondere im ländlichen Raum, sollte gestärkt werden. Auch die kommunale Daseinsvorsorge muss ausgebaut werden, um die Lebensqualität in den Wohngebieten zu sichern.

Das Zusammenleben in den Quartieren gilt es ebenfalls aktiv zu fördern.

Fakt ist, dass der Wohnungsmarkt weiterhin angespannt bleibt.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss für alle bezahlbar bleiben.

Das Wohnen auf dem Land im Grünen ist für Familien attraktiv. Um diesen Trend fortzuführen, hat die Entwicklung unserer Immobilienbestände höchste Priorität.

Insgesamt ist es unser Ziel, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich Menschen in sicheren, bezahlbaren und lebenswerten Quartieren zuhause fühlen.

2. Unternehmensstrukturen und Geschäftsumfang

Die Gesellschaft hat auch im Geschäftsjahr 2024 ihre Tätigkeit den am Markt erforderlichen Entwicklungen angepasst und teilweise umgesetzt.

Das Sanieren und Modernisieren unserer Bestände hat nach wie vor oberste Priorität, um unseren Wohnungsbestand zukunftsfähig zu erhalten und den sich immer wieder ändernden Marktbedingungen anzupassen.

Das Unternehmen bewirtschaftet ganzjährig 563 eigene Wohnungen.

Für Dritte verwaltete das Unternehmen bis zum 31.12.2024 insgesamt 63 Einheiten.

Die geplanten Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in und um unsere Wohngebäude konnten nur teilweise entsprechend des Wirtschaftsplanes realisiert werden.

3. Umsatzentwicklung

Die Umsätze aus Bewirtschaftungstätigkeit sind aus nachfolgend aufgeführten Faktoren um ca. 181 T€ gestiegen.

- a) Anpassung der Wohnungskaltmieten nach erfolgter Sanierung / Neuvermietung
- b) Um- und Ausbau von Wohnungen und Gewerbeeinheiten
- c) Mitgestaltung an der Infrastruktur
- d) Anstieg der umlegbaren Betriebskosten durch entsprechende Preiserhöhungen

Der Leerstand im Wohnraumbereich zum 31. Dezember 2024 beträgt ca. 15,3 %. Unter Berücksichtigung nicht vermietbarer Wohnungseinheiten beträgt der Leerstand zum Stichtag 13,5 %

Die Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen hält weiterhin an.

4. Investitionen und laufende Instandhaltungen

Investitionen im Wohnungsbestand, wie Sanierungsmaßnahmen oder Modernisierungen wurden in 2024 in Höhe von ca. 484 T€ getätigt.

Für Instandhaltungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr rd. 308 T€ aufgewandt.
Für die Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung sind im Wirtschaftsplan für 2025 insgesamt 300 T€ eingestellt.

5. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. von 352 T€ (2023: Jahresüberschuss i.H.v 96 T€) ab.

Im Berichtsjahr wurde im Wohnraumbereich eine durchschnittliche Kaltmiete von 5,31 €/m² Wohnfläche realisiert.

6. Finanzlage

Alle im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen wurden aus eigenen Mitteln umgesetzt.

Das Geschäftsjahr 2024 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2024 T€	2023 T€
Jahresergebnis	352	96
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	709	797
Cashflow aus Investitionstätigkeit	266	-1.086
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-679	-4

7. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen besteht zu 93,7 % aus langfristig gebundenem Vermögen. Die Kapitalstruktur ist durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital von 91,3 % geprägt.

Darlehen wurden auch in 2024 planmäßig getilgt. Außerplanmäßige Tilgungen bzw. Sondertilgungen wurden nicht vorgenommen.

Der Stand der Bankdarlehen betrug zum Stichtag 31.12.2024 insgesamt: 10.127 T€ (2023: 10.607 T€)

Die Liquidität ist gesichert.

8. Chancen- und Risikobericht

Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsleerstand

Bernsdorf präsentiert sich als eine dynamische und wachstumsorientierte Region mit vielversprechender Entwicklungsperspektive.

Die Region profitiert von ihrer strategischen Lage im Seenlandgebiet, das sich durch eine gute Anbindung an wichtige Verkehrswege auszeichnet.

Besonders hervorzuheben ist die geplante Ansiedlung der Bundeswehr, die zusätzliche Impulse für die regionale Wirtschaft und Infrastruktur setzen wird. Zudem ist die Region attraktiv für innovative Unternehmen. So wird sich eine große Wärmepumpenfirma aus Österreich hier ansiedeln, was die Bedeutung Bernsdorfs als Standort für nachhaltige Technologien unterstreicht.

Die hervorragende Autobahnanbindung nach Berlin, Cottbus und anderen wichtigen Zentren erleichtert den Zugang zu nationalen und internationalen Märkten und fördert die Mobilität der Einwohner und Unternehmen.

Darüber hinaus plant das Bundesbauministerium deutliche Verfahrenserleichterungen im Wohnungsbau, um die Schaffung von neuem Wohnraum zu beschleunigen und die regionale Entwicklung weiter zu fördern.

Bernsdorf zeigt sich als eine Region mit stabilem Wachstum, vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten und einer positiven Perspektive für die Zukunft.

Im Rahmen des Strukturwandels besteht weiterhin die Hoffnung auf eine zukünftige S-Bahn-Anbindung von Bernsdorf nach Dresden und Brandenburg, was die Erreichbarkeit und die regionale Entwicklung weiter verbessern würde.

Besonders im Fokus steht das Vereinshaus „Grüner Wald“, das sich in der Ortsmitte von Bernsdorf befindet und als kulturelle Begegnungsstätte für alle Bürger diene.

Dieses denkmalgeschützte Kulturdenkmal muss saniert werden. Bezüglich der strategischen Ausrichtung hinsichtlich der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen bzw. einer möglichen Veräußerung dieses Objektes ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden.

Die Sanierung des Wohnungsbestandes ist ebenfalls notwendig, da ein großer Teil der Gebäude in die Jahre gekommen ist und sukzessive modernisiert werden muss.

In Anbetracht der städtebaulichen Entwicklung wird aktiv daran gearbeitet, den Wohnraum attraktiver zu gestalten.
Dabei rücken Themen wie Werkwohnungen sowie Belegungsrechte für Firmen und Bundeswehrangehörige in den Fokus.

9. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2025 gehen wir von einer Gesamtleistung in Höhe von 2.960 T€ aus. Wir erwarten Betriebskosten in Höhe von 1.100 T€ sowie einen Jahresüberschuss in Höhe von 145 T€.

Prognostisch sehen wir durch diese Entwicklungen weiterhin gute Chancen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Allerdings hat die derzeitige stagnierende Förderpolitik der Bundesregierung den Wohnungsmarkt weiter verschärft, weshalb es besonders wichtig ist, den Wohnraum bezahlbar zu halten.

Ein großer Erfolg ist im Bereich des betreuten Wohnens zu verzeichnen.
Die in den letzten 3 Jahren sanierten 80 Wohnungen werden sehr gut angenommen, nachgefragt und erfreuen sich großer Akzeptanz.

Insgesamt blickt Bernsdorf optimistisch in die Zukunft, mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten und einer stabilen wirtschaftlichen Perspektive.

10. Angaben zur Erstellung des Beteiligungsberichts nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO

Die Organe sind im Anhang detailliert beschrieben, die Stadt Bernsdorf ist mit 100 % alleinige Gesellschafterin.

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich fünf Mitarbeiter. Besteller Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 ist die Schell & Block GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft.

Kennzahlenvergleich:

Kennzahl		2024	2023	2022
Eigenkapitalquote	%	42,24	40,79	41,46
Eigenkapitalrentabilität	%	3,29	0,92	-0,72
Working Capital	T€	560	170	415
Durchschnittl. Leerstand	%	15	15	25

Bernsdorf, 30. März 2025

Evelyn Hahn
Geschäftsführerin

Anlage 5 – Lagebericht der KBO



1.2. Lagebericht der KBO für das Geschäftsjahr vom 1. September 2023 bis zum 31. August 2024

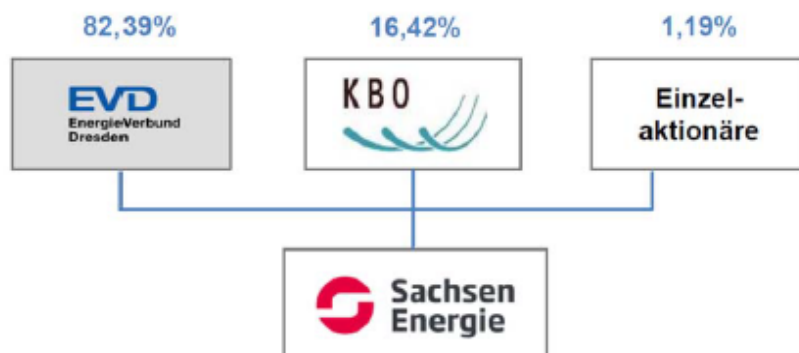
I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die KBO hält eine Beteiligung in Höhe von 16,42 % an der SachsenEnergie AG und nimmt alle sich aus dieser Beteiligung ergebenden Rechte und Pflichten wahr. Die KBO besitzt 675.769 Aktien an der SachsenEnergie AG. Davon werden 3.884 Aktien von der KBO treuhänderisch für 4 Kommunen verwaltet.

An der KBO sind 146 Gesellschafter beteiligt. Das Stammkapital beträgt 20.144.184 EUR. Die KBO hält eigene Anteile von 383.500 EUR.

Beteiligungsstruktur der SachsenEnergie AG zum 31.08.2024



Die SachsenEnergie AG ist ein Konzernunternehmen der Technischen Werke Dresden GmbH (TWD). Die TWD ist die konzernsteuernde kommunale Management-, Finanz- und Steuer-Holding der Landeshauptstadt Dresden mit den Geschäftsbereichen der Energie- und Wasserversorgung, der Entsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Dresdner Bäder sowie ergänzender Dienstleistungen. Die Unternehmen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sind seitens der TWD in der EnergieVerbund Dresden GmbH (EVD) konzentriert.

Das Grundkapital der SachsenEnergie AG beträgt 210.978.927,50 EUR, dem 4.116.662 Aktien gegenüberstehen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wie bereits 2022, war auch das Jahr 2023 ein energiepolitisch dynamisch geprägtes Jahr mit umfangreichen Novellen sowie neuen Gesetzen. Im internationalen Kontext wirkte dabei weiterhin der Russland-Ukraine-Krieg auf die Energiewirtschaft sowie die damit verbundene Substitution des russischen Erdgases durch andere Energieträger und -quellen inkl. deren Auswirkungen auf die Energiekosten. Damit im Zusammenhang steht auch der von EU und Bund forcierte Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfügte das

Bundesfinanzministerium Ende 2023 eine Haushaltssperre, welche sich auf den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und damit auf die für die Energiewende zentralen Förderprogramme des Bundes auswirkte.

Energiepolitische Schwerpunktthemen in 2023 waren u. a.:

- die Gewährleistung der Versorgungssicherheit,
- die Entlastungen für Verbraucher bei hohen Strom- und Gaspreisen,
- Schaffung eines Rahmenwerks für ein europäisches und nationales Wasserstoffnetz sowie
- die Wärmewende in Gebäuden und Kommunen.

Auf Bundesebene ist die im Oktober 2023 veröffentlichte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) hervorzuheben, mit der die Dekarbonisierung des Wärmesektors im Gebäudebereich forciert werden soll. Damit eng verknüpft ist das zum Januar 2024 in Kraft getretene Wärmeplanungsgesetz (WPG), welches die verpflichtende Erstellung von kommunalen Wärmeplänen vorsieht. Die Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns werden die Umsetzung der neuen Vorgaben aus GEG und WPG basierend auf der Energieverteilstrategie für die Verteilnetze aktiv begleiten. Dies betrifft sowohl die Unterstützung der Kommunen bei der Durchführung der kommunalen Wärmeplanung, die Energieverteilstrategie und damit die Erstellung zukunftsicherer Wärmeversorgungs Lösungen für die Kunden.

Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG 2023) hat die Bundesregierung die notwendigen Rechtsgrundlagen für das Wasserstoffkernnetz geschaffen. Neben den Regelungen zum Wasserstoffkernnetz wurde mit der EnWG-Novelle auch einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Stärkung der Bundesnetzagentur Rechnung getragen. Diese soll künftig frei über Netzentgelte und Netzzugänge entscheiden können und unabhängiger vom deutschen Verordnungsgeber sein.

Die für das gesamte Jahr 2023 wirksamen Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme wurden für das Jahr 2024 nicht verlängert.

Um insbesondere die stromintensive Industrie bei den gestiegenen Stromkosten zu entlasten wurde mit dem Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 beschlossen, die Stromsteuer für alle Betriebe des produzierenden Gewerbes für mindestens zwei Jahre von derzeit rund 2 Cent/kWh auf den europäischen Mindestwert von 0,05 Cent/kWh abzusenken.

Die Energiemärkte haben sich im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren beruhigt. Die erheblichen Verwerfungen an den Terminmärkten Gas und Strom wie im Jahr 2022 traten 2023 nicht mehr auf.

Die SachsenEnergie AG beteiligt sich an ausgewählten perspektivreichen Projekten im Bereich von Forschung und Entwicklung, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen, Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können.

2. Geschäftsverlauf der SachsenEnergie AG im Jahr 2023

Die SachsenEnergie AG zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine positive Bilanz. Mit 232,1 Mio. EUR liegt das Ergebnis vor Ergebnisabführung weit über dem Vorjahreswert und auch über dem geplanten Wert (175,1 Mio. EUR).

Die Umsatzerlöse liegen mit 3.799,4 Mio. EUR um 1.173,2 Mio. EUR über dem Vorjahr.

Der Stromabsatz liegt mit 10.233 GWh über dem Vorjahresniveau, während der Gasabsatz mit 15.968 GWh im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist.

Der Materialaufwand beträgt 3.590,5 Mio. EUR (Vj. 2.445,3 Mio. EUR). Ausschlaggebend für den Anstieg sind in erster Linie die preisbedingt höheren Strom- und Gasbezugs aufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 98,8 Mio. EUR um 26,7 Mio. EUR über dem Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Inanspruchnahme und der Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand liegt mit 47,1 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (Vj. 38,4 Mio. EUR). Die Ursachen hierfür sind Tarifierungen, eine im Vergleich zum Vorjahr höhere durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden und Rückstellungszuführungen.

Die Abschreibungen betragen 62,0 Mio. EUR und liegen aufgrund des unverändert hohen Investitionsvolumens um 1,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 105,3 Mio. EUR (Vj. 135,6 Mio. EUR) resultiert vor allem aus Rückstellungszuführungen im Geschäftsjahr 2022 für drohende Verluste aus Strom- und Gasverkäufen, die im aktuellen Geschäftsjahr 2023 nicht mehr in dem Volumen gebildet werden mussten.

Das Finanzergebnis von 201,2 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 41,9 Mio. EUR verbessert. Der Anstieg resultiert aus Erträgen aus Gewinnabführungen, vor allem bedingt durch höhere Gewinnabführungen der DREWAG. Die Übernahme der Verluste der SachsenNetze, der SachsenNetze HS.HD, der SachsenServices, der SachsenGigaBit, der SachsenIndustriewasser, der RING30 und der SachsenEnergie Delta GmbH (Vj. nur SachsenNetze und SachsenServices) aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtungen aus den Gewinnabführungsverträgen wirkt sich 2023 mit -10,7 Mio. EUR (Vj. -7,5 Mio. EUR) negativ auf das Jahresergebnis aus.

Die Ertragsteuern haben sich aufgrund des im Geschäftsjahr 2023 neu abgeschlossenen Steuerumlagevertrags mit der TWD um 49,0 Mio. EUR auf 51,9 Mio. EUR erhöht.

Das Investitionsvolumen der SachsenEnergie AG betrug im Jahr 2023 359,6 Mio. EUR (Vj. 175,4 Mio. EUR). Schwerpunkt bildeten dabei die Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung der Stromverteilungsanlagen, der Ausbau der Gasbezugs- und Verteilungsanlagen sowie der Ausbau der Informationsnetze.

Der SachsenEnergie Konzern baut seit 2015 die Breitbandinfrastruktur im Netzgebiet stufenweise aus. In 2023 wurden 73,3 Mio. EUR investiert. Im Jahr 2023 begann das für die SachsenEnergie bisher größte Breitbandausbauprojekt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit einem Volumen von 123 Mio. EUR. Strategisch soll der geförderte Ausbau auch eigenwirtschaftlich ergänzt werden. Neben der Etablierung der neuen Telekommunikationsmarke SachsenGigaBit wird auch der Aufbau eines zukunftsweisen Glasfasernetzes für Dresden seit Ende 2023 in den nördlichen Stadtgebieten vorangetrieben.

Die Investitionen in Finanzanlagen betrugen im Jahr 2023 insgesamt 137,0 Mio. EUR. Neben der Übernahme des Gesellschafterdarlehens der DREWAG (100 Mio. EUR) wurde in Geschäftsanteile verschiedener Tochter- und Beteiligungsgesellschaften investiert.

Die Investitionen waren zum großen Teil fremdfinanziert. Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gesichert.

Das Ziel des SachsenEnergie Konzerns, möglichst bis 2035, spätestens bis 2045, klimaneutral zu werden, soll mit dem im Juni 2023 vom Aufsichtsrat beschlossenen Konzept DECARB35+ umgesetzt werden. Das geschäftsfeld-übergreifende Programm umfasst die Vermeidung von Emissionen, die bei der Erzeugung von Strom und Wärme in den eigenen Kraftwerken, dem Ausgleich von Netzverlusten sowie im Fuhrpark entstehen. Da ca. 90 % der zu vermeidenden Emissionen des SachsenEnergie Konzerns in der Sächsischen Landeshauptstadt Dresden entstehen, ist die Ergrünung der Fernwärmeversorgung, ein zentraler Bestandteil des Dekarbonisierungskonzeptes.

Beispielhaft für die schrittweise Realisierung des Dekarbonisierungskonzeptes ist das Projekt RING30. Im April 2023 erfolgte die Gründung der RING30 GmbH mit dem Ziel der Errichtung und dem Betrieb einer Anlage zur klimaschonenden Aufbereitung und energetischen Verwertung von Restabfällen der Stadt Dresden.

Um der erhöhten Nachfrage der stark wachsenden Chip-Industrie im Norden der Landeshauptstadt Dresden an Industriewasser bei gleichzeitigem Erhalt der hohen Versorgungssicherheit der Dresdner Bevölkerung mit Trinkwasser gerecht zu werden, soll bis 2030 ein neues Flusswasserwerk und das dazugehörige

Transportsystem im Dresdner Nordraum errichtet werden. Mit dem Bau dieses Flusswasserwerkes wird die Industrierwasserversorgung von der Trinkwasserversorgung entkoppelt, so dass industrielle Neuansiedlungen und Erweiterungen ermöglicht werden, ohne die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung zu beeinträchtigen.

Parallel dazu werden bis 2026 die bestehenden Wasserwerke Coschütz, Hosterwitz und Tolkewitz ertüchtigt und das Reserve-Wasserwerk Albertstadt erneut in Betrieb genommen. Bereits Anfang des Jahres 2023 wurde die Wasseraufbereitung Saloppe mit 15 Uferfiltrat-Brunnen zur ausschließlichen Belieferung von Unternehmen im Dresdner Norden in Betrieb genommen. Damit hat der SachsenEnergie Konzern einen ersten wichtigen Schritt zur Errichtung eines umfangreichen reinen Industrierwassersystem getan.

Das Energieverbraucherportal hat der SachsenEnergie AG für das Jahr 2023 erneut das TOP-Lokalversorger-Siegel in den Sparten Strom und Gas verliehen. An diesem Siegel erkennen Kunden auf einen Blick ein Energieunternehmen mit transparenter Preispolitik, Engagement und Investitionen in die eigene Region, einen hohen Stellenwert an Umweltgesichtspunkten und mit einer hohen Servicequalität.

Die SachsenEnergie AG betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem, welches durch ein Überwachungsaudit im Jahr 2023 erneut erfolgreich zertifiziert wurde. Bereits seit dem Jahr 2017 stellen sich die Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns Audits zur Informationssicherheit.

Der SachsenEnergie-Konzern war auch im Jahr 2023 ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Region Ostsachsen. Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte die SachsenEnergie AG 580 Mitarbeitende (Vj. 481) und 64 Auszubildende (Vj. 48) sowie drei Vorstände.

3. Wirtschaftliche Lage der KBO im Geschäftsjahr 2023/2024

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023/2024 hat die KBO einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.916,8 TEUR erzielt (Vj. 13.835,3 TEUR).

Das Ergebnis wird maßgeblich von den Beteiligungserträgen aus der Festen Ausgleichszahlung der SachsenEnergie AG bestimmt. Die KBO erhielt entsprechend ihrer Aktienzahl eine Zahlung von 14.667,3 TEUR. Dies entspricht der vertraglich vereinbarten Festen Ausgleichszahlung von 21,83 EUR je Aktie.

Mit Datum vom 10.12./11.12.2020 hat die KBO einen Beratervertrag mit der TWD für Leistungen einer möglichen Zusammenarbeit zwischen TWD und den ostsächsischen Kommunen geschlossen. Im Geschäftsjahr erzielte die KBO im Zusammenhang mit diesem Vertrag Umsatzerlöse in Höhe von 60 TEUR. Des Weiteren erfolgte erstmals im Geschäftsjahr die Abwicklung der Ausgleichszahlungen gemäß der Ausgleichsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Dresden, der SachsenEnergie AG, der TWD sowie der KBO. Die KBO hat mit den Gesellschafter- und Treugeberkommunen eine Vereinbarung zur Übernahme von Funktionen im Zusammenhang mit der Durchführung der Ausgleichsvereinbarung abgeschlossen. Für diese Leistungen erhält KBO eine Vergütung, die im Geschäftsjahr insgesamt 3,9 TEUR betrug.

Im Aufwandsbereich sind als größte Kostenpositionen Personalkosten in Höhe von 80,3 TEUR, Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 77,7 TEUR sowie Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von 35,8 TEUR hervorzuheben. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten (Darlehensentgelt und Kompensationszahlung) in Höhe von 417,7 TEUR enthalten, die im Zusammenhang mit dem zwischen EVD und KBO abgeschlossenen Aktienleihvertrag stehen.

Der Zinsaufwand in Höhe von 328,2 TEUR ist im Geschäftsjahr im Zusammenhang mit dem gestundeten Kaufpreis für die zugekauften Aktien von der EVD angefallen.

Der Zinsertrag in Höhe von 150,7 TEUR betrifft im Wesentlichen Zinsen aus kurzfristigen Geldanlagen.

Der Plan-Ist-Vergleich für das Berichtsjahr 2023/2024 weist folgende Werte aus:

	Plan TEUR	Ist TEUR	Abweichung TEUR
Einnahmen	14.881,3	14.883,5	2,2
davon Beteiligungserträge	14.667,2	14.667,2	0,0
Ausgaben	1.039,5	966,8	-72,7
Jahresergebnis	13.841,8	13.916,7	74,9
Tilgung	3.818,2	3.818,2 (fällig zum 01.10.2024)	0
ausschüttbares Jahresergebnis	10.023,6	10.098,5	74,9

Die Abweichungen beim Plan-Ist-Vergleich betreffen im Wesentlichen geringeren Aufwand für Rechts- und Beratungskosten.

Die Geschäftsführung schlägt nach dem vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023/2024 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 7.895,06 TEUR vor. Dies entspricht wie geplant einer Gewinnausschüttung je Geschäftsanteil von 0,40 EUR. Der Gewinnverwendungsvorschlag berücksichtigt die Finanzierung des beabsichtigten Erwerbs von Aktien an der SachsenEnergie auf der Grundlage eines Call-Option-Vertrages aus Eigenmitteln.

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2023/2024 zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

	GJ 2023/2024 TEUR	GJ 2022/2023 TEUR
Mittelzu-/abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+13.911	+14.211
Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-13.292	-1.580
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	+619	+12.641
Finanzmittelbestand am 31.08.	15.643	15.024

Die Finanzierungstätigkeit im Geschäftsjahr betrifft die Auszahlung an Gesellschafter in Höhe von 9.474 TEUR sowie die planmäßige Tilgung für den Kaufpreis der zugekauften Aktien in Höhe von 3.818 TEUR.

Die Kennzahlen zur Liquidität haben sich in den letzten 3 Jahren wie folgt entwickelt:

	GJ 2023/2024	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022
Effektivverschuldung (FK-UV)	37.968 TEUR	42.407 TEUR	54.701 TEUR
Kurzfristige Liquidität (UV/kurzfr. Verbindlichkeiten)	371 %	357 %	20965 %

Die Verschuldung ist im Geschäftsjahr aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes sowie der um die Tilgung verringerten Verbindlichkeiten gesunken. Die kurzfristige Liquidität ist aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Finanzmittelbestandes gestiegen. Die Liquidität war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der KBO beträgt 111.017 TEUR. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr um 574 TEUR angestiegen. Das Anlagevermögen beträgt unverändert zum Vorjahr 95.347 TEUR und besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG).

Das Umlaufvermögen in Höhe von 15.668 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 573 TEUR erhöht und besteht im Wesentlichen aus Geldanlagen und Guthaben bei Banken.

Das Eigenkapital beträgt 57.362 TEUR und ist im Vergleich zum Vorjahr um 4.443 TEUR angestiegen. Der Anstieg betrifft den Jahresüberschuss des Berichtsjahres abzüglich der Gewinnausschüttung des Vorjahres. Die Eigenkapitalquote hat sich entsprechend von 48 % im Vorjahr auf 52 % erhöht.

Die Verbindlichkeiten betragen 53.636 TEUR (Vj. 57.502 TEUR) und bestehen im Wesentlichen zu 32.265 TEUR aus dem von EVD gestundeten Kaufpreis für die zugekauften Aktien sowie zu 21.297 TEUR aus der Rückgabeverpflichtung für die von EVD geliehenen Aktien. Die Verbindlichkeiten haben sich um den Tilgungsbetrag verringert.

4. Finanzielle / Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren der letzten 3 Jahre zusammengefasst:

	GJ 2023/2024	GJ 2022/2023	GJ 2021/2022
Investitionsdeckung	Keine Investitionen	Keine Investitionen	193 %
Vermögensstruktur	86 %	86 %	98 %
Fremdkapitalquote	48 %	52 %	58 %
Eigenkapitalquote	52 %	48 %	42 %
Eigenkapitalrendite	24 %	26 %	34 %
Gesamtkapitalrendite	13 %	13 %	14 %

Die Vermögensstruktur als Verhältnis von Anlagevermögen zu Gesamtkapital ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Das Anlagevermögen ist unverändert vollständig durch die Finanzanlagen (Beteiligung an der SachsenEnergie AG) bestimmt. Die Fremdkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gesunkenen Verbindlichkeiten (Tilgung) verringert. Die Eigenkapitalrendite hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des gestiegenen Eigenkapitals verringert.

Aufgrund des Geschäftsmodells der KBO wird auf die Implementierung von nichtfinanziellen Leistungsindikatoren verzichtet.

5. Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf der KBO ist maßgeblich mit der Entwicklung der SachsenEnergie AG verknüpft. Die SachsenEnergie AG erzielte im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 142 Mio. EUR (Vj. 79 Mio. EUR). Der Jahresüberschuss wurde zur Stärkung der Eigenkapitalquote vollständig der Gewinnrücklage zugeführt. Die Feste Ausgleichszahlung an die KBO betrug 21,83 EUR/Aktie und bestimmt damit den im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Beteiligungsertrag in Höhe von 14.667 TEUR. Der Beteiligungsertrag bestimmt im Wesentlichen das Jahresergebnis der KBO.

III. Prognosebericht

1. SachsenEnergie AG

Gemäß dem Wirtschaftsplan soll in 2024 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 219 Mio. EUR erwirtschaftet werden, welches damit unter dem Vorjahresniveau liegen wird. Einen wesentlichen Teil des Unternehmensergebnisses machen die Ergebnisübernahmen aus den Abführungsverträgen (insbesondere DREWAG) aus.

Weiterhin hängt die voraussichtliche Ergebnisentwicklung der SachsenEnergie AG wesentlich von den energiewirtschaftlichen und politischen Regelungen und Rahmenbedingungen ab.

Für 2024 beinhaltet der Investitionsrahmen der SachsenEnergie AG Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 383,1 Mio. EUR. Besondere Schwerpunkte der kommenden Jahre sind:

- Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich
- Ausbau von Breitbandinfrastruktur
- Erweiterung der Infrastruktur Telekommunikationsnetze
- Investitionen in die Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung, insb. für die Errichtung von dezentralen Wärmepumpen mit unterschiedlichen Wärmequellen
- Investitionen in die Informationsverarbeitung (u. a. Umstellung des Abrechnungssystems und Einführung SAP S/4 HANA als neues ERP-System)
- Ersatz und Erweiterung der Liegenschaften (u. a. Sanierung Bestandsgebäude SachsenEnergie Center)
- Investitionen in Finanzanlagen.

Für den SachsenEnergie Konzern sind Investitionen in erneuerbare Energien ein zentraler Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Zur Forcierung der Aktivitäten auf der Erzeugungsseite wurde zu Beginn des Jahres 2024 das neue strategische Geschäftsfeld NaturKraft geschaffen, in dem vor allem die Umsetzung von Solar- und Windkraftprojekten gebündelt ist.

Die weiteren Auswirkungen des noch immer andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin weder geopolitisch noch energiepolitisch und wirtschaftlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar. Auch der seit Oktober 2023 eskalierte israelisch-arabische Konflikt sowie die Befürchtung vor einer Ausweitung auf Nachbarländer hat zu einer angespannten und unsicheren geopolitischen Lage geführt, dessen wirtschaftliche Folgen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind. Somit sind auch eine belastbare Prognose und eine vollumfängliche Bewertung der Folgen dieser Konflikte für Unternehmen und Verbraucher nicht möglich. Die SachsenEnergie AG beobachtet die aktuelle Lage genau und bewertet sie regelmäßig entlang der bestehenden Vorsorgepläne neu.

Für das Jahr 2024 geht SachsenEnergie AG zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Erreichen des geplanten EBT aus.

2. KBO

Die Geschäftsführung der KBO geht für die Planungsperiode 2024/2025 von einer positiven Geschäftsentwicklung der SachsenEnergie AG aus. KBO erhält aufgrund eines zwischen SachsenEnergie AG und EVD bestehenden Ergebnisabführungsvertrages für die Dauer von 10 Jahren eine Feste Ausgleichszahlung in Höhe von 21,83 EUR/Aktie. In diesem Zeitraum soll der gestundete Kaufpreis für die zugekauften Aktien an EVD getilgt werden. Ab 2031 sinkt die feste Ausgleichszahlung auf einen Betrag von 14,81 EUR/Aktie.

Die KBO plant für das Geschäftsjahr 2024/2025 mit einem Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau. Für die Gesellschafter der KBO wird für das Geschäftsjahr 2024/2025 eine Dividende in Höhe von 0,49 EUR/GA geplant.

Im Geschäftsjahr 2024/2025 ist der Erwerb von 5.769 Aktien an der SachsenEnergie AG von der EVD auf der Grundlage des Call-Option-Vertrages zwischen der EVD und der KBO zu einem Kaufpreis in Höhe von 3,242 TEUR eingeplant. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenmittel aus einbehaltener Dividende in Bezug auf das Geschäftsjahr 2023/2024. Die auf die erworbenen Aktien entfallenden Ausgleichszahlungen gemäß

Ergebnisabführungsvertrag zwischen EVD und SachsenEnergie AG stehen der KBO ab dem Geschäftsjahr 2025 zu und erhöhen somit den Beteiligungsertrag ab dem Geschäftsjahr 2025/2026.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Entwicklung der KBO ist an die wirtschaftliche Entwicklung der SachsenEnergie AG und deren Tochterunternehmen geknüpft und somit auch an deren Chancen und Risiken. Für die Dauer des Gewinnabführungsvertrages zwischen der EVD und der SachsenEnergie AG erhält die KBO unabhängig vom wirtschaftlichen Ergebnis der SachsenEnergie AG jährlich eine Feste Ausgleichszahlung. Darüber hinaus besteht für die KBO die Chance ab dem Jahr 2025, bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der SachsenEnergie AG zusätzlich von einer Variablen Ausgleichszahlung zu partizipieren.

Auch künftig muss die Energiebranche mit tiefgreifenden Veränderungen, instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten rechnen. Die Geschäftstätigkeit der SachsenEnergie AG ist demzufolge mit Risiken behaftet. Risiken der künftigen Entwicklung sieht die SachsenEnergie AG in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, schwankenden Marktpreisen und insbesondere im Industriekundensegment der konjunkturellen Entwicklung. Darüber hinaus werden Risiken vor allem im Ausfall von Vertragspartnern sowie in möglichen Zinsschwankungen gesehen.

Vorteilhaft ist die thematisch breite Aufstellung sowie die diversifizierte Kundenstruktur der SachsenEnergie AG. Dies wird durch die Eingliederung der DREWAG verstärkt. Chancen bestehen überwiegend bei Absatz und Beschaffung von Strom und Gas sowie in einer reduzierten Inanspruchnahme von bilanzierten Risikovorsorgen.

Obwohl die SachsenEnergie AG eine klare Ausrichtung hat, kann sie die Folgen globaler Krisen, die Umsetzung der klimapolitischen Ziele, die allgemeine Ressourcenverknappung und damit die weitere Entwicklung für den SachsenEnergie Konzern nur unzureichend in Gänze absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 ist deshalb weiterhin mit Unsicherheiten verbunden.

Sebnitz, 13. September 2024

Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der Energie Sachsen Ost

Katrin Fischer
Geschäftsführerin

Anlage 6 – Lagebericht der Sachsen Energie AG



2.2. Lagebericht der Sachsen Energie AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die SachsenEnergie AG ist der kommunale Energiedienstleister in Ostsachsen. Vorrangig beliefert sie Endkunden und Weiterverteiler mit Strom, Gas und Wärme. Darüber hinaus werden Breitband-Internet und Telefonie angeboten. Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität besitzen höchste Priorität.

Ergänzt wird das Kerngeschäft durch umfassende technische und kaufmännische Dienstleistungen für Ver- und Versorgungsbetriebe.

Strategie und organisatorische Einbindung

Seit 2021 steht die SachsenEnergie AG zusammen mit der Tochtergesellschaft DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH als größtes kommunales Versorgungsunternehmen Ostdeutschlands für Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit sowie gleichwertige regionale Teilhabe. In diesem Rahmen werden verlässliche Infrastrukturlösungen für Kommunen, Bürger und Wirtschaft in Sachsen bereitgestellt und die Daseinsvorsorge in Stadt und Land gesichert.

Die kapitalintensive Infrastruktur der Energie- und Wasserversorgung, der großräumige Glasfaserausbau sowie der Einsatz neuer Technologien im Rahmen der erneuerbaren Energien werden auch in der Zukunft Schwerpunkte der Investitionstätigkeit des SachsenEnergie Konzerns sein. Sie sind Basis und Kern für die verlässliche Belieferung und Versorgung unserer Kunden und somit auch für die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Unternehmensgruppe.

Das im Jahr 2021 begonnene Fusionsumsetzungsprogramm "Post-Merger-Integration" soll im Jahr 2024 abgeschlossen werden. Die im Rahmen des Projektes identifizierten Kostensenkungspotentiale wurden bereits im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2023 erreicht. Auch organisatorisch, strukturell, prozessual und kulturell hat der SachsenEnergie Konzern in den vergangenen Jahren die Weichen für eine zukunftsfähige Energieversorgung und Infrastrukturentwicklung gestellt. Das zeigt sich in der fokussierten Ausrichtung der strategischen Geschäftsfelder Kundenwertmanagement, Energienetze, Kraft & Wärme, Wasser sowie Telekommunikation & Breitband. Entstanden ist eine kraftvolle und agile Organisation, die sich in rasantem Tempo weiterentwickelt und im Jahr 2024 um das neue Geschäftsfeld „NaturKraft“ wächst, welches zukünftig die Kompetenzen rund um die erneuerbaren Energien bündelt.



Kundenwertmanagement: Wir streben eine Positionierung als umfassender Lösungsanbieter auf dem Markt an. Dabei bleiben wir starker Heimatversorger in unserem Netzgebiet, gleichzeitig wachsen wir und gewinnen Kundinnen und Kunden in ganz Sachsen und bundesweit hinzu. Wir stehen für individualisierte Produkte & Services für unsere Kundengruppen auf Basis standardisierter Produktwelten in kurzen Entwicklungszeiträumen.



Energienetze: Wir machen das Strom- und Gasnetz in Dresden und Ostsachsen fit für die Energiewende. Wir bauen unser Stromnetz massiv aus für die erneuerbaren Energien, machen unsere Gasnetze bereit für die Dekarbonisierung und stellen das Ladenetz für E-Mobilität zur Verfügung.



Kraft & Wärme: Wir bauen Wärmenetze vor allem in Ballungszentren weiter aus und dekarbonisieren die bereits emissionsarme Erzeugung Schritt für Schritt nach wirtschaftlichen Maßgaben und politischer Rahmensetzung. Wir forcieren hierbei die Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung.



Wasser: Wir stellen die Trinkwasserversorgung in Dresden sicher und beliefern angrenzende Wasserversorger. Wir engagieren uns beim Aufbau eines ostsächsischen Fernwasser-Verbandssystems zur Sicherung der Versorgung und Ermöglichung von Industrieansiedlungen. Gleichzeitig versorgen wir den industriestarken Nordraum von Dresden. Dabei fokussieren wir die Substitution von Trinkwasser durch Industrielwasser, um somit auch den zukünftigen Mehrbedarf zu decken.



TK/Glasfaser: Wir treiben die flächendeckend neu entstehende Glasfaser-Infrastruktur voran. Wir positionieren uns im Telekommunikationsmarkt als innovativer und regionaler Anbieter in Dresden und Sachsen. Erfolgskriterien sind für uns dabei Kundennähe, Regionalität, Qualität und ein faires Preis-Leistungs-Niveau.



NaturKraft: Wir treiben den Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen voran und setzen Maßstäbe bei der Planung und Umsetzung von Windkraft- und Photovoltaikprojekten. Wir arbeiten eng mit den Kommunen zusammen und erhöhen die Bürgerakzeptanz durch innovative Beteiligungsformen.

2023 stand die Harmonisierung und Digitalisierung der Prozesse im SachsenEnergie Konzern weiterhin im Vordergrund. Ein Schwerpunkt war auch 2023 die Einführung und Implementierung der künftig in allen Konzernteilen als Standard eingesetzten ERP-Software SAP S/4 HANA, das für die Unternehmensgruppe in den Jahren 2024 und 2025 in Betrieb geht. Das Ergebnis der „Post-Merger-Integration“ soll die Basis für den effektiven und effizienten Betrieb sowie für die nachhaltige Weiterentwicklung des SachsenEnergie Konzerns bilden.

SachsenEnergie AG und DREWAG sind Konzernunternehmen der Technischen Werke Dresden GmbH (kurz: TWD). Die TWD ist die konzernsteuernde kommunale Management-, Finanz- und Steuerholding der Landeshauptstadt Dresden mit den Geschäftsbereichen der Energie- und Wasserversorgung, der Entsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Dresdner Bäder und den ergänzenden Dienstleistungen. In diesem Rahmen stellt sie auch den steuerlichen Querverbund sicher. Die Unternehmen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sind seitens der TWD in der EnergieVerbund Dresden GmbH (kurz: EVD) konzentriert. DREWAG ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der SachsenEnergie AG.

Wirtschaftsbericht

Energiepolitisches Umfeld – Schwerpunkte 2023

Wie bereits 2022, war auch das Jahr 2023 ein energiepolitisch dynamisch geprägtes Jahr mit umfangreichen Novellen sowie neuen Gesetzen. Im internationalen Kontext wirkte dabei weiterhin der Russland-Ukraine-Krieg auf die Energiewirtschaft sowie die damit verbundene Substitution des russischen Erdgases durch andere Energieträger und -quellen inkl. deren Auswirkungen auf die Energiekosten. Damit im Zusammenhang steht auch der von EU und Bund forcierte Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfügte das Bundesfinanzministerium Ende 2023 eine Haushaltssperre, welche sich auf den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und damit auf für die Energiewende zentrale Förderprogramme des Bundes auswirkte.

Energiepolitische Schwerpunktthemen in 2023 waren u. a.:

- die Gewährleistung der Versorgungssicherheit,
- die Entlastungen für Verbraucher bei hohen Strom- und Gaspreisen,
- Schaffung eines Rahmenwerks für ein europäisches und nationales Wasserstoffnetz sowie
- die Wärmewende in Gebäuden und Kommunen.

Konkret ergaben sich 2023 auf EU- und Bundesebene folgende energiepolitisch zentrale Änderungen:

Änderungen auf EU-Ebene

Energieeffizienz-Richtlinie

Aus dem EU-Fit-for-55-Maßnahmenpaket wurde am 29. September 2023 die überarbeitete Energieeffizienz-Richtlinie (EED) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die neuen Vorgaben sind innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Nach den neuen Vorgaben soll der Endenergieverbrauch für das Jahr 2030 um mindestens 11,7 % gegenüber der Projektion aus dem Jahr 2020 sinken. Das allgemeine jährliche Einsparziel wird ebenfalls angehoben. Weitere Regelungen betreffen eine stringente Ausgestaltung des Efficiency-first-Prinzips, das Themenfeld Messen und Abrechnen sowie Maßnahmen gegen Energiearmut. Neu gefasst wurde die Definition für ein effizientes Fernwärmesystem.

Renewable Energy Directive (RED III) – Höhere Ausbauziele & Konzept für „Beschleunigungsgebiete“

Im Oktober 2023 wurde die aktualisierte Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III (RED - Renewable Energy Directive) vom Europäischen Rat angenommen und verbindlich beschlossen. Zum 20. November 2023 ist die Richtlinie in Kraft getreten. Mit der RED III soll die Nutzung erneuerbarer Energien weiter gesteigert und Treibhausgasemissionen verringert werden. Entsprechend der vorhergehenden RED II galt bislang das Ziel, bis zum Jahr 2030 den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 32,0 % zu steigern. Dieses EU-Ziel wurde mit der Novelle auf mindestens 42,5 % angehoben. Ebenfalls wurden verbindliche Ziele für die unterschiedlichen Sektoren eingeführt. So soll bspw. in der Wärmeversorgung bis 2030 ein Anteil von 49 % aus erneuerbaren Quellen stammen. Für den Industriesektor wurde ein verbindliches Ziel für den Einsatz von Wasserstoff und anderen strombasierten Brennstoffen (RFNBO - renewable fuels of non-biological origin) vorgegeben. Dementsprechend sollen 42 % des verbrauchten Wasserstoffes im Jahr 2030 aus erneuerbaren Energiequellen stammen und 60 % bis 2035. Der notwendige Erneuerbare Energien (EE)- und Netzausbau gilt als von überragendem öffentlichem Interesse, so dass bspw. in sogenannten Vorranggebieten auf zeitaufwendige Prüfschritte wie eine zweite Umwelt- und Artenschutzprüfung verzichtet werden kann.

Zum 10. Juli 2023 sind darüber hinaus zwei delegierte Rechtsakte zur RED II (Art. 27 und 28) in Kraft getreten. Im delegierten Rechtsakt zu Art. 27 werden die Kriterien für den Strom festgelegt, der für die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff bzw. zur Erzeugung erneuerbarer Kraftstoffe nicht-biogenen Ursprungs (RFNBO) im Verkehrssektor genutzt werden darf. Ziel des Rechtsakts war es sicherzustellen, dass dem angespannten Strommarkt möglichst keine benötigten erneuerbaren Energien aufgrund der Herstellung von Kraftstoffen bzw. grünem Wasserstoff entzogen wird. Grundsätzlich ergeben sich aus dem Rechtsakt drei verschiedene Szenarien des grünen Strombezugs, welche die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen und zur vollständigen Anrechenbarkeit des erneuerbaren Stroms für die Herstellung von RFNBO führen. Der delegierte Rechtsakt zur RED II befasste sich lediglich mit der Nutzung von Wasserstoff im Verkehrssektor. Mit der RED III wurden die für den Verkehrssektor geltenden Kriterien entsprechend auch auf die Verwendung in den anderen Sektoren übertragen.

Für den SachsenEnergie Konzern sind Investitionen in erneuerbare Energien ein zentraler Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Zur Forcierung der Aktivitäten auf der Erzeugungsseite wurde zum Jahreswechsel das neue strategische Geschäftsfeld NaturKraft geschaffen, in dem vor allem die Umsetzung von Solar- und Windkraftprojekten gebündelt ist.

EU-Gaspaket – Rahmen für europäisches Wasserstoffnetz gesetzt

Mit dem „Fit for 55“-Paket der EU von 2021 wurde u. a. ein sogenanntes „Gaspaket“ angekündigt, welches aus einer Verordnung und einer Richtlinie zum Gas-Wasserstoff-Binnenmarkt sowie einer Methan-Verordnung bestehen soll. Diese Rechtsvorhaben sollen auf das EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 einzahlen und in diesem Zusammenhang auch den Übergang des Gassektors zu erneuerbaren und CO₂-armen Gasen gestalten.

Mit der Gasbinnenmarktrichtlinie werden die Vorschriften für die schrittweise Einrichtung eines europäischen Wasserstoffverbundnetzes (EHB - European-Hydrogen-Backbone) festgelegt, welches die Grundlage für die Integration von Wasserstoff in das europäische Energieversorgungssystem schaffen soll. Im Trilog-Verfahren haben sich Parlament, Rat und Kommission der EU Anfang Dezember 2023 darauf geeinigt, dass die Richtlinie ein horizontales Entflechtungsmodell für Wasserstoffnetzbetreiber enthalten soll, d. h. Betreiber nicht gleichzeitig auch Vertrieb und Erzeugung von Wasserstoff verantworten. Gleichzeitig wird diese Regelung jedoch den Mitgliedsstaaten durch eine sogenannte „Opt-Out“-Regelung freigestellt. Von den Regeln zum horizontalen Unbundling sind Fernleitungsnetzbetreiber betroffen, nicht jedoch Verteilnetzbetreiber.

Die dazugehörige Gasbinnenmarktverordnung behandelt primär die Regeln für die Netzbetreiber und umfasst etwa die Planung einer unabhängigen europäischen Wasserstoff-Regulierungsbehörde (ENNOH - European Networks of Hydrogen Networks Operators) sowie eine weitere Reduzierung noch laufender Importe von russischem Erdgas. Die Festlegungskompetenz der jeweiligen Netztarife soll weiterhin bei den nationalen Regulierungsbehörden liegen.

EU-Methanemissions-Verordnung

Zur Eindämmung von Methanemissionen innerhalb des EU-Energiesektors sowie bei Energieimporten haben sich das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten am 15. November 2023 auf neue Regeln geeinigt, die in der EU-Methanemissions-Verordnung zusammengefasst sind.

Anlagenbetreiber innerhalb der EU sind künftig verpflichtet, regelmäßig Methanemissionen zu messen und darüber zu berichten. Davon betroffen sind auch nicht-operative Anlagen. Auch sollen Öl- und Gasunternehmen ihre Anlagen regelmäßig auf Methanlecks überprüfen und diese ggf. umgehend reparieren. Routinemäßiges Entlüften und Abfackeln im Öl- und Gassektor ist künftig auf unvermeidbare Umstände beschränkt.

Für die mit dem Import von Öl, Gasen und Kohle verbundenen Methanemissionen soll eine Methan-Transparenzdatenbank eingerichtet werden. Importeure und EU-Betreiber sollen hierbei Daten über Methanemissionen melden, welche dann der Öffentlichkeit bereitgestellt werden.

Für den Betrieb unserer Erdgasnetze bedeuten die neuen Vorgaben eine deutliche Erhöhung des Prüf- und Dokumentationsaufwandes, obwohl die Leckageverluste nur sehr gering sind.

Reform des EU-Strommarktdesigns soll den Markt stabilisieren

Ende 2023 endeten die Trilog-Verhandlungen über eine Novellierung des EU-Strommarktdesigns. Ziel der Reform ist es, die Strommärkte langfristig zu stabilisieren, indem Endkunden vor hohen Energiepreisen geschützt und Preisschwankungen an den Großhandelsbörsen reduziert werden sowie die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien gestärkt wird. Die grundsätzlichen Marktregeln, bzw. das Merit-Order-Prinzip, bleiben jedoch erhalten. Die erzielte vorläufige Einigung muss noch von Rat und Parlament der EU gebilligt und förmlich angenommen werden, um Verbindlichkeit zu erlangen.

Änderungen auf Bundesebene

Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) – mindestens 65 % EE-Anteil bei neuen Heizungen

Im Bundesgesetzblatt wurde am 19. Oktober 2023 die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) veröffentlicht, welche zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist. Mit dem geänderten Gesetz wird die Dekarbonisierung des Wärmesektors im Gebäudebereich adressiert und der schrittweise Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen sowie der Warmwasserbereitstellung forciert. Das Gesetz fokussiert auf Wärmepumpen und Wärmenetze, wobei die lokal wirtschaftlich sinnvollsten Optionen unter Einbezug von

Fördermitteln zuvor über die kommunale Wärmeplanung identifiziert werden sollen. Zentraler Inhalt des GEG ist die Pflicht zu einem Anteil erneuerbarer Energien oder unvermeidbarer Abwärme i. H. v. mindestens 65 % bei Heizungserneuerung im Gebäudebestand und im Neubau von Gebäuden. Diese Regelung greift für Bestandsgebäude und baulückenschließende Neubauten jedoch erst mit Vorliegen der kommunalen Wärmeplanung (vgl. Wärmeplanungsgesetz – WPG). Für Gebäude mit Perspektive eines Fernwärmeanschlusses wird eine Übergangsfrist von 10 Jahren eingeräumt, wenn die Heizungsanlage ausgetauscht werden muss. Die gelieferte Wärme muss dann zu 65 % aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme bestehen. Bei direktem Anschluss an ein bestehendes Wärmenetz ohne Zwischenlösung gelten die Vorgaben des Wärmeplanungsgesetzes an Wärmenetze. Für Regionen, die laut Wärmeplan mit Wasserstoff versorgt werden sollen, hat der Gasnetzbetreiber bis 2028 darzulegen, wie die Wasserstoffversorgung gewährleistet werden kann.

Wärmeplanungsgesetz (WPG) – Wärmewende beginnt in den Kommunen

Eng mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) verknüpft ist das Ende 2023 verabschiedete und zum Januar 2024 in Kraft getretene Wärmeplanungsgesetz (WPG), welches die verpflichtende Erstellung von kommunalen Wärmeplänen (kWp) vorsieht. Ziel der Wärmeplanung ist es, den vor Ort besten und kosteneffizientesten Weg zu einer treibhausgasneutralen Wärmeversorgung bis spätestens 2045 aufzuzeigen. Bestehende Wärmenetze müssen bis 2030 zu mindestens 30 % und bis 2040 zu 80 % mit erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme gespeist werden. Bei neuen Wärmenetzen liegt dieser Mindestanteil bei 65 %. Die im Wärmeplan für das jeweilige Untersuchungsgebiet favorisierten Technologien zur Wärmeversorgung wirken sich entsprechend auch auf die Infrastruktur aus, weshalb Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber eine zentrale Rolle bei der Wärmeplanung einnehmen.

Für Kommunen mit über 100.000 Einwohnern sollen die Wärmepläne bis zum 30. Juni 2026 vorliegen, während kleinere Kommunen zwei Jahre länger Zeit haben. Da der Bund die Kommunen nicht direkt verpflichten kann, werden mit dem WPG formal die Bundesländer verpflichtet, für die Umsetzung des Bundesgesetzes Sorge zu tragen. Der Freistaat Sachsen muss den rechtlichen Rahmen noch spezifizieren.

Die Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns werden die Umsetzung der neuen Vorgaben aus GEG und WPG basierend auf der Energieverteilstrategie für die Verteilnetze aktiv begleiten. Dies betrifft sowohl die Unterstützung der Kommunen bei der Durchführung der kommunalen Wärmeplanung, die Energieverteilstrategie und damit die Erstellung zukunftsicherer Wärmeversorgungslösungen für die Kunden.

Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) – Planung eines Wasserstoff-Kernnetzes und Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur

Im Juni 2023 veröffentlichte die Bundesregierung die Fortschreibung der ersten Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) aus dem Jahr 2020. Die Fortschreibung sieht u. a. den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Deutschland vor, die mit dem Wasserstoffmarkt wächst und in den europäischen Binnenmarkt eingebettet ist. Das sogenannte „Wasserstoffkernnetz“ mit einer Länge von 9.700 km soll die Versorgung von Schlüsselindustrien und Regionen mit Wasserstoff sicherstellen und bereits bis 2032 in Betrieb gehen. Die Zielstellung für die heimische Elektrolyseleistung bis 2030 wird auf 10 GW angehoben.

Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG 2023) hat die Bundesregierung die notwendigen Rechtsgrundlagen für das Wasserstoffkernnetz geschaffen, wonach sich die Ausprägung, bzw. der Verlauf des Kernnetzes, auf die Ermöglichung eines überregionalen Transports von Wasserstoff konzentrieren soll. Hierfür sollen die verschiedenen Fernleitungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur (BNetzA) einen gemeinsamen Antrag auf ein entsprechendes Wasserstoffkernnetz zur Genehmigung vorlegen.

Der SachsenEnergie Konzern hat erreicht, dass die Anbindung der Landeshauptstadt Dresden an das Wasserstoffkernnetz in den Antragsentwurf der FNB Gas (Zusammenschluss der Fernleitungsnetzbetreiber „FNB Gas e. V.“) aufgenommen wurde. Auch für die Verbrauchsschwerpunkte im Industriebogen Meißen wurden entsprechende Erweiterungsmeldungen veranlasst. Den finalen Antrag werden die FNB Gas bis Mai 2024 an die BNetzA übermitteln, welche dann abschließend über die Realisierung der gemeldeten

Leitungsabschnitte entscheiden wird. Abseits des Kernnetzes wird die Wasserstoffversorgung über das Gasverteilnetz erfolgen. Die Vorbereitungsarbeiten dafür haben bereits begonnen.

Neben den Regelungen zum Wasserstoffkernnetz wurde mit der EnWG-Novelle auch einem Urteil des europäischen Gerichtshofs zur Stärkung der Bundesnetzagentur Rechnung getragen. Diese soll künftig frei über Netzentgelte und Netzzugänge entscheiden können und unabhängiger vom deutschen Verordnungsgeber sein. Ebenfalls Bestandteil der EnWG-Novelle ist die Einführung des Prinzips „Nutzen statt Abregeln“ von erneuerbaren Energien im Stromsektor. Für eine Netzentgeltbefreiung können nach 2008 errichtete Elektrolyseure und Speicher anstatt wie bisher 2026, nun bis spätestens 2029 in Betrieb genommen werden. Für 2024 wurden bereits weitere Novellierungen des EnWG angekündigt.

Novelle Messstellenbetriebsgesetz – Digitalisierung der Energiewende

Das Inkrafttreten des Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende (GNDEW) am 27. Mai 2023 setzte den Startpunkt des von der Branche lange geforderten rechtssicheren Rollouts von intelligenten Messsystemen. Für Verbraucher bis 100.000 kWh/a – das umfasst alle Privatkunden - und Anlagen bis 100 kW können die Messstellenbetreiber den Rollout auf freiwilliger Basis sofort beginnen oder fortsetzen. Zur Pflicht wird das Rollout für grundzuständige Messstellenbetreiber spätestens ab 1. Januar 2025.

Novelle Energieeffizienzgesetz (EnEfG) – bessere Nutzung vorhandener Energiepotenziale

Am 18. November 2023 ist das neue Energieeffizienzgesetz (EnEfG) in Kraft getreten. Es setzt, im Vorgriff auf die neue EU-Energieeffizienzrichtlinie, Ziele für die jährliche Endenergieeinsparung mit einer besonderen Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Neu sind Regelungen für Informationspflichten zu Abwärmepotenzialen und Abwärmennutzungspflichten für Rechenzentren. Die Anzahl von Unternehmen, die Energie- oder Umweltmanagementsysteme einrichten müssen, wurde durch Absenkung von Grenzwerten erweitert. Bei den Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns sind Energie- und Umweltmanagementsysteme bereits etabliert und es ist bereits die Abwärmeeinspeisung eines Rechenzentrums in das Dresdner Fernwärmenetz in Umsetzung.

Klimaschutzprogramm 2023 – Bundesregierung gibt sich einen Dekarbonisierungsfahrplan

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden und bis 2030 sollen zunächst knapp zwei Drittel aller Emissionen eingespart sein. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund am 4. Oktober 2023 das Klimaschutzprogramm 2023 im Kabinett beschlossen. Nach Einschätzung der Bundesregierung wird die bestehende Klimaschutzlücke bis 2030 durch zahlreiche zusätzliche Maßnahmen deutlich reduziert. Das Klimaschutzprogramm listet diese Maßnahmen nach Sektoren getrennt auf.

Keine Verlängerung der Strom- & Gaspreisbremsen bis 2024

Mit Blick auf die signifikant angestiegenen Energiekosten wurden bereits Ende 2022 die Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Unternehmen in Deutschland beschlossen. Sie waren das gesamte Jahr 2023 wirksam, wurden jedoch nicht über den Jahreswechsel hinaus verlängert.

Für den Erdgas- und Wärmeverbrauch galt: Für Endkunden mit Standardlastprofil sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wurden 80 % des Erdgasverbrauches mit 12 Cent/kWh bzw. 80 % des Wärmeverbrauches mit 9,5 Cent/kWh berechnet. Bei Industriekunden wurden für 70 % des Erdgasverbrauches 7 Cent/kWh bzw. 7,5 Cent/kWh beim Wärmeverbrauch festgelegt. Mit den Kontingenten von 80 % bzw. 70 % wurden weiterhin Sparanreize beim Energieverbrauch gewährleistet. Auch die Strompreisbremse umfasste ein sogenanntes Basispreiskontingent, bei dem eine bestimmte Strommenge zu einem vergünstigten Preis angeboten wurde: Endkunden mit einem Verbrauch von bis zu 30.000 kWh erhielten demnach

ein auf 40 Cent/kWh gedeckeltes Kontingent für bis zu 80 % ihres historischen Netzbezuges. Bei Kunden mit einem höheren Jahresverbrauch wurden 70 % des historischen Netzbezuges auf 13 Cent/kWh gedeckelt. Die Differenzbeträge zu den tatsächlichen Energiekosten wurden den Energieversorgungsunternehmen erstattet.

Die Umsetzung der Preisbremse war eine große organisatorische Herausforderung, da im laufenden Betrieb in bestehende Abrechnungssysteme eingegriffen werden musste. Sie konnte nur mit erheblicher Mehrarbeit unserer Beschäftigten bewältigt werden, da neben der technischen Umsetzung auch ein erhöhtes Niveau an Kundenanfragen zu bewältigen war. Dem SachsenEnergie Konzern ist es gelungen, insbesondere bei der Belieferung der Stromkunden, fast vollständig Preise unterhalb des Limits der Preisbremse anzubieten.

Haushaltsfinanzierungsgesetz zum Bundeshaushalt 2024 – Stromsteuersenkung statt Industriestrompreis & Anhebung des CO₂-Preises ab 2024

Um insbesondere die stromintensive Industrie bei den gestiegenen Stromkosten zu entlasten, wurde seit April 2023 umfangreich über die Einführung eines sogenannten „Industriestrompreises“ diskutiert. Innerhalb der Bundesregierung war man sich dabei jedoch lange uneins über die konkrete Ausgestaltung. Im November 2023 einigte sich die Koalition schließlich darauf, die Stromsteuer für alle Betriebe des produzierenden Gewerbes ab dem Jahr 2024 für mindestens zwei Jahre von derzeit rund 2 Cent/kWh auf den europäischen Mindestwert von 0,05 Cent/kWh abzusenken. Sofern im Bundeshaushalt eine Gegenfinanzierung sichergestellt werden kann, soll diese Regelung bis 2028 verlängert werden. Das entsprechende Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 wurde am 15. Dezember 2023 im Bundestag verabschiedet und vom Bundesrat gebilligt. Im Gegenzug für die Stromsteuersenkung entfällt der bisher geltende Spitzenausgleich.

Ebenfalls Bestandteil des Haushaltsfinanzierungsgesetzes ist eine Anhebung der Festpreise im Brennstoffemissionshandelsgesetz. Dieses wird dahingehend angepasst, dass der CO₂-Preis im Jahr 2024 von 30 EUR/t auf 45 EUR/t und ab 2025 von 45 EUR/t auf 55 EUR/t erhöht wird. Die Änderung betrifft vor allem den privaten Gasverbrauch und Kfz-Kraftstoffe.

Ursprünglich sollte es für 2024 einen Zuschuss des Bundes an die Übertragungsnetzbetreiber i. H. v. EUR 5,5 Mrd. zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte geben. Darauf hatte sich die Bundesregierung mit dem Strompreispaket vom 9. November 2023 geeinigt. Infolge des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichtes wurden diese EUR 5,5 Mrd. jedoch im Bundeshaushalt 2024 wieder eingespart und sind somit nicht mehr Bestandteil des Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024. Dies hat deutlich gestiegene Netzentgelte der Übertragungsnetze zur Folge. Der SachsenEnergie Konzern hat die Entscheidung getroffen, den hieraus resultierenden Anstieg der Strompreise nicht über seine Stromtarife an die Privatkunden weiterzugeben.

Forschung und Entwicklung

Die eigene Zukunft unter den Randbedingungen der Energiewende und der zunehmenden Vernetzung und Digitalisierung zu gestalten, erfordert die proaktive Beschäftigung mit neuen Trends und Marktchancen. Dafür beteiligt sich die SachsenEnergie an ausgewählten perspektivreichen Projekten, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen, Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können.

Mit dem Forschungsvorhaben dymoBat – KI unterstützte Kommunikationstechnologien zur dynamischen Optimierung von Energiespeichern zur Frequenzstabilisierung und Energieversorgung – wird erforscht, ob und wie das bidirektionale Laden von Elektrofahrzeugen in Kombination mit der 5G-Technologie für die Systemsicherheit Anwendung finden kann. Das Forschungsvorhaben wird durch die TU Dresden, Deutsche Telekom Professur für Kommunikationsnetze geleitet. Weitere Partner sind die SAP AG, Meshmerize GmbH, CampusGenius GmbH, Comfort Charge GmbH sowie die Landeshauptstadt Dresden.

Im September 2023 wurde das seit 2017 laufende Projekt „MAtchUP“^[1] abgeschlossen, welches unter dem EU-Programm HORIZON 2020 gefördert wurde und an dem sich der SachsenEnergie Konzern zusammen mit europäischen Partnern beteiligte. Ziel des Projektes war es, Ansätze für weitere Städte zu geben, um diese Konzepte zu adaptieren, wofür in einem Testquartier potenziell replizierbare Smart-City-Konzepte zur Digitalisierung und Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz implementiert wurden. Erarbeitet und umgesetzt wurden u. a. Projekte mit der Wohnungswirtschaft zu Photovoltaik und Mieterstrom mit flexiblen Tarifen. Im Bereich der Elektromobilität entstanden neue Ladepunkte sowie ein verbessertes Bezahl- und Abrechnungssystem für Ladevorgänge. Die Auswirkungen von Schnellladern auf die Wirksamkeit eines netzstabilisierenden Großspeichers konnten innerhalb von MAtchUP analysiert werden. Zur Dekarbonisierung der Energieversorgung wurde die Reduzierung der Vorlauftemperaturen (LowEx) des Fernwärmesystems untersucht, als Voraussetzung für die Integration volatiler erneuerbarer Energien.

Das unter dem EU-Programm HORIZON Europe geförderte Projekt „NEUTRALPATH“ wurde im Januar 2023 gestartet und ist mit einer Laufzeit von fünf Jahren angesetzt. Der SachsenEnergie Konzern untersucht als Projektpartner innerhalb des europäischen Konsortiums, wie Städte zukünftig klimaneutral gestaltet werden können. In Dresden wurden dafür zwei Testquartiere definiert, welche durch die Umsetzung von Dekarbonisierungsmaßnahmen eine positive Energiebilanz erreichen sollen. Ein zentraler Forschungsbestand ist die saisonale Absenkung des Temperaturniveaus der Fernwärmeversorgung. Ziel soll es sein, das Verhalten von Sekundärnetzen bei verringerten Temperaturen und die Trinkwarmwasserbereitung unter den geänderten Bedingungen zu untersuchen. Weiterhin soll der Ausbau schnellladefähiger bidirektional steuerbarer Infrastruktur für die Elektromobilität weiter vorangetrieben und ladedynamische Abrechnungstarife entwickelt werden.

In 2023 wurden die bisherigen Projektergebnisse reflektiert sowie die zukünftige Ausrichtung von energy.NEXT im Kernteam Innovationsmanagement erarbeitet. Die Ausbildung neuer agiler Coaches in 2023 liefert einen essentiellen Beitrag zur weiteren Stärkung der Innovationsfähigkeit der SachsenEnergie AG. Gestützt durch den konzernweiten Rollout von Kollaborationswerkzeugen kann die agile Arbeitsweise von allen Mitarbeitern angewandt und in den Arbeitsalltag integriert werden. Das Kommunikationsformat „mit“ macht allen Geschäftsbereichen Themen wie Agilität, Interdisziplinarität und Kunden-/Nutzenorientierung zugänglich. Zum weiteren Ausbau der Innovationsfähigkeit und der Operationalisierung wurde eine neue Projektvereinbarung abgeschlossen.

SachsenEnergie AG arbeitet mit dem Startup- Accelerator SpinLab im Bereich Scouting und Entwicklung von Kooperationen mit strategisch relevanten Startups zusammen. Die neu gegründeten Unternehmen sollen als externe Impulse dienen, um Innovationen zu fördern und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dafür wird den Fachbereichen von SachsenEnergie AG zu mehreren Terminen im Jahr eine Auswahl an relevanten Unternehmen vorgestellt, bei Bedarf der Kontakt vermittelt und eine potenzielle Zusammenarbeit unterstützt. Die strategischen Geschäftsfelder erhalten Zugang zu den Lösungen dieser jungen Unternehmen, die potenziell bei Lösungsentwicklung und Wachstum helfen können.

Wirtschaftliches Umfeld

Bereits im ersten Quartal des Jahres 2023 wurde in Deutschland kein Wirtschaftswachstum verzeichnet. Während dann im zweiten und dritten Quartal das Wirtschaftswachstum noch stagnierte, ging es im vierten Quartal gegenüber 2022 um 0,2 % zurück. Im Gesamtjahr 2023 gab das Bruttoinlandsprodukt damit um 0,3 % nach.

Preisentwicklung

Die Energiemärkte haben sich im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren beruhigt. Die erheblichen Verwerfungen an den Terminmärkten Gas und Strom wie im Jahr 2022 traten 2023 nicht mehr auf. Seit dem

^[1] MAtchUP: MAximizing the UPscaling and replication potential of high level urban transformation strategies, <https://www.matchup-project.eu/>, aufgerufen am 11.12.2023

Peak Mitte August 2022 sind die Preise am Großhandelsmarkt gefallen, doch es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung nachhaltig ist.

Aktuell sind die Gasflüsse nach Deutschland laut Angaben der BNetzA stabil und ausgeglichen. Die Gefahr einer angespannten Gasversorgung im aktuellen Winter schätzt die BNetzA mittlerweile als gering ein. Die gesetzliche Festlegung, zum 1. November des Jahres 95 % der Gasspeicher befüllt zu haben, wurde früher erfüllt als gefordert. Bereits Ende September wurden 95 % erreicht, per Ende Dezember 2023 lag der Speicherfüllstand immer noch auf diesem Niveau.

Gas (THE CAL +1) wurde im Jahr 2023 mit rund 53 EUR/MWh gehandelt. Das milde Winterwetter des Jahres 2023, gut gefüllte Gasspeicher und zusätzliche LNG-Importe führten dazu, dass die Gaspreise nachgaben und sich dem Niveau von unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine näherten. Für den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) wurden zusätzliche Terminals in Deutschland in Betrieb genommen. Der Anteil von LNG an den gesamten Gasimporten lag im Jahr 2023 bei 7 %.

Erstmals wurden bilanziell im Gesamtjahr 56 % der Elektroenergie in Deutschland aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung gestellt.

Der durchschnittliche Großhandelsstrompreis in Deutschland betrug im Jahr 2023 rund 137 EUR/MWh (Base CAL +1) und liegt damit um ca. 54 % unter dem Durchschnittspreis des Vergleichszeitraums 2022. Verglichen mit dem Durchschnittspreis des Jahres 2021 i. H. v. rund 88 EUR/t bewegten sich die Preise dennoch auf einem hohen Niveau.

Der CO₂-Preis, welcher für die Stromerzeugung aus Gas- und Kohlekraftwerken eine erhebliche Rolle spielt, betrug im Jahr 2023 rund 85 EUR/t und liegt damit leicht über dem Vorjahresniveau.

Geschäftsverlauf

Geschäftstätigkeit 2023 – Kurzüberblick

Die SachsenEnergie AG zieht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine positive Bilanz. Mit EUR 232,1 Mio. liegt das Ergebnis vor Ergebnisabführung weit über dem Vorjahreswert und auch über dem geplanten Wert (EUR 175,1 Mio.).

SachsenEnergie AG		2023	2022
Umsatzerlöse	TEUR	3.799.416	2.626.182
Ergebnis vor Steuern (EBT)	TEUR	288.150	175.381
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	TEUR	232.101	168.706
Investitionen	TEUR	359.559	175.439
Mitarbeitende zum 31. Dezember (inkl. Auszubildende und Vorstand)	Anzahl	647	532

Ergebniserhöhungen resultieren in großem Maße aus den in 2022 eingestellten Rückstellungszuführungen für drohende Verluste Strom und Gas (EUR 70,3 Mio.) als Folge der aktuellen Situation an den Strom- und Gasmärkten, die im Jahr 2023 teilweise verbraucht oder aufgelöst werden konnten (EUR 68,3 Mio.).

Dekarbonisierung im SachsenEnergie Konzern

Das Ziel des SachsenEnergie Konzerns, möglichst bis 2035, spätestens bis 2045, klimaneutral zu werden, soll mit dem im Juni 2023 vom Aufsichtsrat beschlossenen Konzept DECARB35+ umgesetzt werden. Das

geschäftsfeld-übergreifende Programm umfasst die Vermeidung von Emissionen, die bei der Erzeugung von Strom und Wärme in den eigenen Kraftwerken, dem Ausgleich von Netzverlusten sowie im Fuhrpark entstehen. Da ca. 90 % der zu vermeidenden Emissionen des SachsenEnergie Konzerns in der Sächsischen Landeshauptstadt Dresden entstehen, ist die Ergrünung der Fernwärmeversorgung, ein zentraler Bestandteil des Dekarbonisierungskonzeptes. Dessen Umsetzung soll durch die Nutzung industrieller Abwärme, den Einsatz von Großwärmepumpen und -speichern sowie weiteren Elektrodenheizkesseln erfolgen. Neue entscheidende Bausteine zur Neutralisierung der CO₂-Emissionen sind die thermische Abfallverwertung sowie später auch der Einsatz von Wasserstoff.

„RING30“

Beispielhaft für die schrittweise Realisierung des Dekarbonisierungskonzeptes ist das Projekt RING30. Im April 2023 erfolgte die Gründung der RING30 GmbH, einer einhundertprozentigen Tochter der SachsenEnergie AG, mit dem Ziel der Errichtung und dem Betrieb einer Anlage zur klimaschonenden Aufbereitung und energetischen Verwertung von Restabfällen der Stadt Dresden. Die dabei gewonnene Energie soll zur Bereitstellung von Wärme und Strom genutzt werden. Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Planungs- und Genehmigungsphase und wird voraussichtlich 2030 den Dauerbetrieb aufnehmen.

Das neue gemeinsame Ausbildungszentrum in Dresden-Reick

Im Rahmen der Personalbeschaffung hat die eigene Ausbildung im SachsenEnergie Konzern eine wesentliche Bedeutung. Wichtig hierbei ist u. a. ein attraktives Arbeits- und Ausbildungsumfeld mit moderner Gebäude-Infrastruktur. Dafür werden die beiden bisherigen Ausbildungsstätten zusammengelegt und ein neues repräsentatives Ausbildungszentrum am Innovationsstandort Dresden-Reick errichtet. Damit verbunden ist die umfassende Sanierung eines Bestandsgebäudes sowie die Errichtung eines Nebengebäudes. Kürzere Wege werden so zukünftig für eine noch engere Zusammenarbeit der Ausbildungsteams sorgen und die fachbereichsübergreifende Unternehmenskultur fördern.

Ausbau der Wasserversorgung

Die Landeshauptstadt Dresden ist bereits heute der größte Standort der Halbleiter-Industrie in Europa. In den nächsten Jahren wird mit der weiteren Neuansiedlung von branchenähnlichen Firmen gerechnet. Die mit diesen Ausbauplänen verbundene Ausweitung der Produktionskapazitäten wird dazu führen, dass sich die Nachfrage an Industrierwasser durch die Halbleiterindustrie in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren verdoppelt oder gar verdreifacht. Damit wird sich der Anteil dieses Industriezweiges am Gesamtwasserbedarf Dresdens von derzeit 30 % auf ca. 50 % bis zum Jahr 2030 erhöhen.

Um dieser erhöhten Nachfrage der stark wachsenden Chip-Industrie an Industrierwasser bei gleichzeitigem Erhalt der hohen Versorgungssicherheit der Dresdner Bevölkerung mit Trinkwasser gerecht zu werden, soll bis 2030 ein neues Flusswasserwerk und das dazugehörige Transportsystem im Dresdner Nordraum errichtet werden. Mit dem Bau dieses Flusswasserwerkes wird die Industrierwasserversorgung von der Trinkwasserversorgung entkoppelt, so dass industrielle Neuansiedlungen und Erweiterungen ermöglicht werden, ohne die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung zu beeinträchtigen.

Parallel dazu werden bis 2026 die bestehenden Wasserwerke Coschütz, Hosterwitz und Tolkewitz ertüchtigt und das Reserve-Wasserwerk Albertstadt erneut in Betrieb genommen.

Bereits Anfang des Jahres 2023 wurde die Wasserfassung Saloppe mit 15 Uferfiltrat-Brunnen zur abschließlichen Belieferung von Unternehmen im Dresdner Norden in Betrieb genommen. Damit hat der SachsenEnergie Konzern einen ersten wichtigen Schritt zur Errichtung eines umfangreichen reinen Industrierwassersystems getan.

Telekommunikationsdienstleistungen

Mit dem Start der neuen SachsenGigaBit-Marke für den Privat- und Gewerbekundenmarkt sind im September 2023 eine Reihe von Marketingaktivitäten im öffentlichen Raum sowie auch innerhalb des SachsenEnergie Konzerns angelaufen. Gleichzeitig wird mithilfe der neuen Kundenplattform der im Wettbewerb erforderliche Automatisierungs- und Effizienzgrad nun erfolgreich abgebildet. Die Zahl der Vertriebspartner konnte erhöht werden (28 Vertriebspartner mit insgesamt 44 Filialen), um auch hier die Sichtbarkeit und Bekanntheit der neuen Marke im gesamten Versorgungsgebiet auszudehnen.

Neben der Etablierung der neuen Telekommunikationsmarke wird auch der Aufbau eines zukunftsweisen Glasfasernetzes für Dresden seit Ende 2023 in den nördlichen Stadtgebieten Dresden-Hellerau, -Klotzsche, -Rähnitz und -Wilschdorf vorangetrieben. Im Gegensatz zu anderen Marktteilnehmern wird das Glasfasernetz, unabhängig von der sogenannten Vorvermarktungsquote, bis in den Keller bzw. die Wohnung bei Mehrfamilienhäusern kostenfrei errichtet.

Außerhalb Dresdens wurde bereits im Juli 2023 die Partnerschaft zwischen der Wohnungswirtschaft Bautzen und der SachsenGigaBit formell begründet. Im Oktober erfolgte dann die offizielle Unterschrift zum partnerschaftlichen Glasfaserausbau für die Bautzner Wohnungsbaugesellschaft sowie der Bautzner Mietergenossenschaft GAIA eG. Der Bau der Netzebene 3 wird von der Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH übernommen. Die SachsenEnergie AG baut die Netzebene 4 und bietet Produkte an.

Im März 2023 konnte der Zuwendungsbescheid für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge final unterzeichnet werden. Das Projekt mit einem Volumen von EUR 123 Mio. ist das bisher größte Breitbandausbauprojekt für die SachsenEnergie AG und das größte Einzelprojekt, welches der Landkreis je beschlossen hat. Insgesamt werden bis Ende des Jahres 2026 11.000 Adressen erschlossen.

Schaffung einer gemeinsamen Hauptverwaltung: das SachsenEnergie Center

Mit der Fertigstellung eines Anbaus an das bestehende Gebäude CITY CENTER zum 1. Juli 2022 konnten neue Räume für die Mitarbeitenden in einer modernen Arbeitsumgebung geschaffen werden. Der Anbau zeichnet sich dabei durch großzügige, lichtdurchflutete Büros, vielfältige Mehrwertflächen, Teamküchen, begehbare begrünte Dachterrassen und viele Think-Tanks aus.

Das alte Bestandsgebäude wird seit Sommer 2022 umfassend saniert. Nach abgeschlossener Sanierung ab Mitte 2024 werden auch diese Räume wieder bezogen. Damit entsteht eine neue gemeinsame Hauptverwaltung des SachsenEnergie Konzerns: das SachsenEnergie Center.

Zertifizierung des Informationssicherheits- sowie des Umwelt- und Energiemanagementsystems

Die SachsenEnergie AG betreibt seit dem Jahr 2008 ein Umweltmanagementsystem. Das Überwachungsaudit durch die Umweltgutachter der OmniCert Umweltgutachter GmbH, Bad Abbach, im Jahr 2023 bestätigte die Verbesserung der umweltbezogenen Leistung und die Wirksamkeit des Managementsystems nach der internationalen Norm ISO 14001. Die aktuelle Zertifizierung behält bis November 2024 ihre Gültigkeit.



Im Rahmen des Überwachungsaudits wurde das Unternehmen ebenfalls nach ISO 50001 geprüft, womit der Nachweis der fortlaufenden Verbesserung der Energieeffizienz sowie der normkonformen Messung und Verifizierung der energiebezogenen Leistung erbracht werden konnte. Als integriertes Umwelt- und Energiemanagement sind die Systeme Bestandteil einer Verbundzertifizierung im SachsenEnergie Konzern.

Bereits seit dem Jahr 2017 stellen sich Unternehmen des SachsenEnergie Konzerns erfolgreich Audits zur Informationssicherheit gemäß bzw. äquivalent zur ISO/IEC 27001 und arbeiten seitdem auch hinsichtlich dieser Thematik sehr eng zusammen.



Im Jahr 2023 wurde dies mit einer erfolgreichen Erst-Zertifizierung der übergreifenden ISO/IEC 27001-Matrix-Zertifizierung für die SachsenEnergie AG als weiterer Meilenstein bestätigt.

Sie deckt insbesondere die Aspekte der Informationssicherheit im Bereich der Informationstechnologie ab. Somit wird die Informationssicherheit im Rahmen der Bereitstellung und des Betriebes von IT-Services zur Unterstützung des sicheren Betriebes kritischer Infrastrukturen sowie zur Ausübung des technischen Betriebes intelligenter Messsysteme gewährleistet.

SachsenEnergie AG als TOP-Lokalversorger ausgezeichnet



Die SachsenEnergie AG wurde vom Energieverbraucherportal¹ in den Sparten Strom und Gas als „TOP-Lokalversorger 2023“ ausgezeichnet. An diesem Siegel erkennen Strom- und Gaskunden auf einen Blick ein Energieunternehmen mit: transparenter Preispolitik, Engagement und Investitionen in die eigene Region, einem hohen Stellenwert an Umweltgesichtspunkten und mit einer hohen Servicequalität.

SachsenEnergie AG ist „Herausragender Regionalversorger 2022/23“



¹ Vgl. Energieverbraucherportal, <http://www.energieverbraucherportal.de> (22.01.2024)

Die Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien (DtGV)² hat die SachsenEnergie AG in den Bereichen Strom und Gas für ihre Leistung hinsichtlich Kundenservice, Internetauftritt, Tarifoptionen, Nachhaltigkeit und regionales Engagement als „Herausragender Regionalversorger 2022/23“ ausgezeichnet. Unseren Kunden bestätigt es einmal mehr: mit SachsenEnergie AG haben sie einen zuverlässigen und kompetenten Partner rund um das Thema Energie direkt in ihrer Region.

Zukunftsorientiertes Personalmanagement

Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte die SachsenEnergie AG 580 Mitarbeitende (i. Vj. 481) und 64 Auszubildende (i. Vj. 48) sowie drei Vorstände.

Strategisches Personalwachstum im Konzern SachsenEnergie

Der personelle Ausbau der strategischen Geschäftsfelder, die Betreuung und Entwicklung der Mitarbeitenden in Veränderungssituationen, die Digitalisierung der Personalarbeit, die begleitende Umsetzung von Strukturänderungen sowie die Ausgestaltung neuer kollektivrechtlicher arbeitsvertraglicher Regelungen sind beispielhaft für die vielfältigen Schwerpunkte in der Personalarbeit. Ziel ist es, die Unternehmensziele, insb. den Wachstumskurs des SachsenEnergie Konzerns, bestmöglich zu unterstützen.

Die strategische Personalplanung, die seit vielen Jahren in einem jährlichen Dialogprozess gemeinsam mit den Fachbereichen fortgeschrieben wird, ist mit der Konzernbetriebsvereinbarung „Strategische Personalplanung“ systematisch weiterentwickelt worden. Neben formalen Standards für den Planungsprozess wurden Kennzahlen für ein regelmäßiges Reporting an die Interessenvertretungen definiert, um die Transparenz für alle am Prozess beteiligten Instanzen zu erhöhen. Planungsrelevante Kennzahlen werden mit den Fachbereichen und Interessenvertretungen mindestens halbjährlich beraten. Im Kontext der strategischen Personalplanung wurden zudem sogenannte Schlüsselpositionen in der Unternehmensgruppe definiert. Ziel dabei ist, für die organisatorisch und finanziell bedeutenden Positionen präventive Maßnahmen für Vakanzen zu definieren, so z. B. organisatorische (z. B. Bildung von Redundanzen), prozessuale (z. B. frühzeitige Sicherung des Erfahrungs- und Fachwissens) und personenbezogene Maßnahmen (z. B. langfristige Aus- und Weiterbildung).

Aktuelle Herausforderungen der Personalarbeit

Herausforderungen aus dem demographischen Wandel im Einzugsgebiet der Unternehmensgruppe sowie die prognostizierten Altersabgänge stellen im Hinblick auf die Wachstumsziele der Unternehmensgruppe hohe Ansprüche an den Recruiting-Prozess. Rechtzeitig die geeigneten Recruiting-Maßnahmen zu ergreifen, ist ein entscheidender Erfolgsfaktor bei der Gewinnung neuer Mitarbeiter. Neben den klassischen Informationskanälen wurde erfolgreich über „Active Sourcing“ in sozialen Netzwerken und durch Karrieremessen neues Personal für die Unternehmensgruppe akquiriert. Mit der erfolgreichen Einführung des Mitarbeiterempfehlungsprogramms „TalenteFinder“ wurden die Mitarbeitenden aktiv in die Besetzung vakanter Stellen eingebunden. Über eine digitale Plattform engagieren sich die Mitarbeiter als „Markenbotschafter“ und bewerben Stellenausschreibungen eigenmotiviert über vielfältige weitere Kanäle. Mit diesem Kanalmix wurde die Reichweite für unterschiedliche Zielgruppen verbessert. So konnten mit den angestoßenen Initiativen die Bewerbungseingänge erhöht und qualitativ verbessert werden.

Zur Erhöhung der Effizienz und Transparenz haben u. a. die erfolgreiche Einführung der digitalen Personalakte, die Digitalisierung der Arbeitsberichte und das Go-Live des „EnergieCampus“ beigetragen. Manuelle Arbeitsvorgänge auf Papier konnten somit reduziert und eine effiziente Daten- und Informationsverarbeitung etabliert werden. Auf diesem Weg frei gewordene Ressourcen konnten dadurch erfolgreich bei Wachstumsprojekten unterstützen.

2 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien, www.dtgv.de/testa/regionalversorger (22.01.2024)

Im Rahmen des langfristig angelegten Projektes „energy.Work“ begleiten die Bereiche Personal und Liegenschaften gemeinsam mit dem Bereich Unternehmenskommunikation insb. die Veränderung der Arbeitswelt, u. a. in den Themengebieten mobiles Arbeiten, Desksharing und der optimalen Nutzung des neuen SachsenEnergie Centers. Damit verbunden sind Vorbereitungen für den im Jahr 2024 vorgesehenen Bezug des sanierten Bestandsgebäudes am Hauptbahnhof (früher: City Center) und die dadurch ermöglichte Zusammenführung der strategischen Geschäftsfelder und Corporate-Bereiche an einem Standort.

Ausbildung

Neben der externen Personalbeschaffung spielte auch die eigene Ausbildung eine entscheidende Rolle bei der Personalbeschaffung. Konstant hohe Bewerberzahlen und die erfolgreiche Besetzung der Ausbildungsplätze für kaufmännische und technisch-gewerbliche Ausbildungsberufe sowie duale Studiengänge belegen die hohe Reputation als Ausbildungsbetrieb. Auch die hohe Qualität der eigenen Ausbildung lässt sich nachweisen. So wurde die SachsenEnergie AG von der Industrie- und Handelskammer Dresden wiederholt als „Ausgezeichneter Ausbildungsbetrieb“ geehrt. Zudem wurde ein Auszubildender als IHK-Kammerbester und ein Auszubildender als IHK-Landesbester geehrt. Zur Förderung von besonders guten Ausbildungsleistungen beteiligt sich die Unternehmensgruppe am Berufswettbewerb „WorldSkills Germany“. Im Jahr 2023 konnten die Teilnehmenden einen 2. Platz im Segment Elektroinstallation sowie einen 2. und 3. Platz im Segment Anlagenelektrik erringen.

Um die eigene betriebliche Ausbildung zukunftsorientiert, modern und attraktiv aufzustellen sowie die bisherigen zwei Ausbildungszentren zu vereinen, wurde mit dem Ausbau des Ausbildungszentrums in Dresden-Reick begonnen. Die komplette Fertigstellung ist für das Jahr 2026 geplant.

Zur Berufsorientierung erhalten Schüler*innen beispielsweise bei Schülerpraktika oder Karrieremessen einen realistischen Einblick in das Aufgabenportfolio der Unternehmensgruppe. Studierende bekommen die Möglichkeit, über Praktika, Abschlussarbeiten, Werkstudenten-Tätigkeiten und das individuell gestaltete Traineeprogramm den SachsenEnergie Konzern als Arbeitgeber kennenzulernen. Die überwiegende Mehrheit der Trainees kann an die Unternehmensgruppe dauerhaft gebunden werden. Studierende, die einmal Aufgaben, z. B. als Praktikant, absolviert haben, werden für offene Vakanzen aktiv angesprochen und eingesetzt.

Um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften des Unternehmens decken zu können, wurde das Ausbildungsportfolio in 2023 erweitert: der duale Studiengang „Informationstechnologie“ sowie die Ausbildungsberufe „Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung“ und „Fachinformatiker für Systemintegration“ wurden neu aufgenommen.

Employer Branding und Personalmarketing

Zur Stärkung der Position als attraktiver Arbeitgeber wurde im Rahmen des Employer Branding die Arbeitgebermarke „SachsenEnergie“ strategisch weiterentwickelt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Entwicklung von Botschaften, die das Recruiting mit zielgruppenspezifischer und aufmerksamkeitsstarker Bildsprache unterstützen. Im Jahr 2023 wurde neben Printanzeigen und digitalen Media-Flights auf sozialen Netzwerken eine gezielte Kommunikationsmaßnahme für die Zielgruppe Auszubildende und Studierende umgesetzt. Mit einem Hochschulkonzept wird die systematische Stärkung des Recruitings von akademischen Nachwuchskräften gefördert. Kernelemente sind das Traineeprogramm, die Kooperationen mit regionalen Hochschulen und die aktive Interaktion auf zielgruppenspezifischen Veranstaltungen und digitalen Kanälen.

Personalentwicklung

Die SachsenEnergie AG orientiert sich bei der Bereitstellung eines vielfältigen Bildungskataloges an den strategischen Bedarfen der Unternehmensgruppe (u. a. zu Themen Führung, Nachwuchs- und Persönlichkeitsentwicklung, Agilität, Digitalisierung) sowie an den u. a. im Rahmen der Mitarbeitergespräche

adressierten Weiterbildungsbedarfen der Mitarbeitenden und Führungskräfte. Kompetenzbasierende Angebote ermöglichen eine individuelle Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der heterogenen Anforderungen in der Unternehmensgruppe. Das Portfolio von fachlichen, methodischen und persönlich-sozialen Themen fördert und unterstützt das lebenslange Lernen. Rund 1.200 interne Weiterbildungsmaßnahmen mit rund 9.800 Teilnahmen wurden erfolgreich durchgeführt. Im dynamischen Wachstum haben die Führungskräfte und deren systematische Weiterentwicklung eine besondere Bedeutung. Zur Vorbereitung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben wurden insb. neue Führungskräfte vor der Übernahme der Führungsfunktion zu den Themen Mitarbeiterführung, Gesprächsführung und Arbeitsrecht im Rahmen von Grundlagenmodulen geschult.

Zur Förderung und Stärkung der Führungsrolle in komplexen Arbeitssituationen wurden neue Angebote zur Führungskräfteentwicklung sowie die Durchführung von Führungskräftepraxistagen mit allen Führungskräften umgesetzt. Im Zentrum standen dabei Erwartung und Rolle der Führungskräfte im Kontext des Wachstumsprozesses und die Ausgestaltung damit verbundener Entwicklungen und Veränderungen in den eigenen Struktureinheiten. Thematisiert wurden dabei auch die unternehmensweiten Leitplanken für Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation, welche Orientierung für das Miteinander geben und sowohl die Neuausrichtung als auch die Strategie- und Kulturentwicklung der Gruppe unterstützen.

Zukunftsgestaltung steht in engem Zusammenhang mit dem Erwerb neuer Kenntnisse und Qualifikationen, um den sich rasch ändernden Anforderungen begegnen zu können. In der Konzernbetriebsvereinbarung zur Qualifizierung/Weiterbildung wurden Standards festgeschrieben und Fördermechanismen für Fort- und Aufstiegsqualifizierungen geregelt. Die Einführung der digitalen Lernwelt der Unternehmensgruppe - dem sogenannten „EnergieCampus“- bietet den Mitarbeitenden die Möglichkeit, Arbeiten und Lernen orts- und zeitunabhängig nach Bedarf zu verbinden. Der Wissensstand kann dabei in individuellem Lerntempo mittels kurzer Lernformate in digitalen und hybriden Veranstaltungen systematisch erweitert werden.

Das Nachwuchsförderprogramm „Energieträger“ wird fortgesetzt und stetig an neue Anforderungen angepasst. Damit wird ein wichtiger Baustein zur internen Fach- und Führungskräfteentwicklung geleistet. Zusätzlich trägt das Programm zur Motivation und -bindung ausgewählter Talente bei.

Systematische Mitarbeiterbefragungen sind als Grundlage themenbezogener Kulturentwicklung in der Unternehmensgruppe etabliert. Auf den Ergebnissen der jüngsten Befragung zu den Schnittstellen zwischen Abteilungen aufsetzend, wurden sowohl Dialogprozesse zwischen den Abteilungen zur Verbesserung der erkannten Schwachstellen initiiert als auch neue Handlungsfelder identifiziert und Verbesserungen sowie Change-Maßnahmen für Führungskräfte, Teams und die Unternehmensgruppe insgesamt abgeleitet.

Mitarbeitergesundheit und -bindung

Mit zielgruppenspezifischen Gesundheitsangeboten wurden die Gesundheitskompetenz der Mitarbeitenden gefördert sowie ihre Motivation und Leistungsfähigkeit gestärkt. Zur Stärkung der Mitarbeitergesundheit und -bindung wurde ergänzend zu den langjährig bestehenden Sportangeboten in der Unternehmensgruppe eine umfassende Kooperation mit Urban Sports Club für ein Firmenfitnessmodell geschlossen. Den Mitarbeitenden wird dadurch der Zugriff auf Europas vielfältigstes Sport- und Wellness-Angebot ermöglicht.

Durch „meinEAP“ (Employee Assistance Program) besteht für Mitarbeitende und ihre Angehörigen die Möglichkeit, professionelle Unterstützung sowohl bei Alltagsthemen als auch bei ernsten beruflichen oder privaten Krisen in Anspruch zu nehmen.

Im Zuge der baulichen Verschmelzung des SachsenEnergie Centers und des ehemaligen City Centers verantwortet der Personalbereich die Neukonzeption und Einführung des Gastronomiekonzeptes für die Mitarbeiterverpflegung an vier Standorten in Dresden. Nach Abschluss der Konzeptphase wurde die Ausschreibung für die Bewirtschaftung in 2023 begonnen. Der Bewirtschaftungsbeginn an den Standorten ist für die zweiten Jahreshälfte 2024 vorgesehen.

Wirtschaftliche Lage

Ertragslage

Absatzentwicklung

Der Stromabsatz 2023 liegt bei 10.233 GWh (i. Vj. 8.877 GWh) und damit über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg ist im Absatz an Großkunden und in der Portfoliooptimierung begründet.

Der Absatz an Kleinkunden (inkl. Mehr-/Mindermengenabrechnung) liegt im Geschäftsjahr 2023 mit 1.018 GWh (i. Vj. 1.044 GWh) geringfügig unter dem Vorjahreswert. An Großkunden wurden 3.800 GWh (i. Vj. 3.326 GWh) und an Weiterverteiler 1.395 GWh (i. Vj. 1.467 GWh) abgesetzt. Die Lieferungen an andere Stromhändler im Rahmen der Portfoliooptimierung (2.949 GWh) zuzüglich der konzerninternen Stromlieferungen (1.071 GWh), im Wesentlichen aus Direktvermarktung von EEG-Einspeisemengen, liegen deutlich über dem Vorjahresniveau (i. Vj. in Summe 3.040 GWh).

Der Gasabsatz 2023 beträgt 15.968 GWh (i. Vj. 16.968 GWh). Der Rückgang ist insbesondere in geringerem Absatz im Rahmen der Portfoliooptimierung begründet.

Der Absatz an Kleinkunden (inkl. Mehr-/Mindermengenabrechnung) im Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 2.034 GWh lag leicht unter dem Vorjahreswert von 2.112 GWh. Bei den Großkunden verringerte sich der Absatz gegenüber dem Vorjahr leicht auf 2.377 GWh (i. Vj. 2.615 GWh). An Weiterverteiler wurden 6.277 GWh (i. Vj. 6.081 GWh) geliefert. Im Rahmen der Portfoliooptimierung an andere Händler wurden 5.280 GWh (i. Vj. 6.160 GWh) Gas abgesetzt.

Wesentlicher Bestandteil der Portfoliooptimierung ist der Abgleich des langfristigen Kaufs von Strom und Gas mit dem tatsächlich eintretenden Bedarf (Im kurzfristigen Stromhandel [Spotmarkt] werden Stromlieferungen in sowohl 15-Minuten- als auch Stunden-Blöcken gehandelt).

Entwicklung wesentlicher Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse liegen mit EUR 3.799,4 Mio. um EUR 1.173,2 Mio. über dem Vorjahr (EUR 2.626,2 Mio.).

Die Erlöse aus Stromlieferungen (Handel und Erzeugung) stiegen überwiegend preisbedingt um EUR 903,3 Mio. auf EUR 2.284,1 Mio. (i. Vj. EUR 1.380,8 Mio.). Die Erlöse aus Gaslieferungen erhöhten sich mit EUR 1.247,0 Mio. (i. Vj. EUR 1.022,5 Mio.) überwiegend preisbedingt um EUR 224,5 Mio.

Die übrigen Umsatzerlöse betragen EUR 268,3 Mio. (i. Vj. EUR 222,8 Mio.) und resultieren u. a. aus Pacht-erlösen aus den von SachsenEnergie AG an die SachsenNetze HS.HD und die SachsenNetze verpachteten Strom- und Gasnetzanlagen, aus Dienstleistungsentgelten von verbundenen Unternehmen und Dritten, aus Datenverarbeitung, aus Erlösen aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen, weiterverrechneten nationalen Emissionszertifikaten sowie aus Wärmeerlösen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit EUR 98,8 Mio. um EUR 26,7 Mio. über dem Vorjahr von EUR 72,1 Mio. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Inanspruchnahme und der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand beläuft sich auf EUR 3.590,5 Mio. (i. Vj. EUR 2.445,3 Mio.). Ausschlaggebend für den Anstieg sind in erster Linie die preisbedingt höheren Strom- und Gasbezugsaufwendungen. Im Geschäftsjahr 2023 haben wir durch den Verkauf von Futuregeschäften Erträge in zukünftige Perioden verlagert, was das aktuelle Jahresergebnis zu deren Gunsten beeinträchtigt (EUR 71,3 Mio.).

Der Personalaufwand liegt mit EUR 47,1 Mio. über dem Vorjahreswert (i. Vj. EUR 38,4 Mio.). Die Ursachen hierfür sind Tarifierungen, eine im Vergleich zum Vorjahr höhere durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden und Rückstellungszuführungen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen betragen EUR 62,0 Mio. Aufgrund des unverändert hohen Investitionsvolumens erhöhen sie sich um EUR 1,5 Mio. gegenüber dem Vorjahr (i. Vj. EUR 60,5 Mio.).

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf EUR 105,3 Mio. (i. Vj. EUR 135,6 Mio.) resultiert vor allem aus Rückstellungszuführungen im Geschäftsjahr 2022 für drohende Verluste aus Strom- und Gasverkäufen, die im aktuellen Geschäftsjahr 2023 nicht mehr in dem Volumen gebildet werden mussten.

Das Finanzergebnis (Posten 9 bis 13 der GuV) von EUR 201,2 Mio. (i. Vj. EUR 159,3 Mio.) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 41,9 Mio. verbessert. Der Anstieg resultiert aus Erträgen aus Gewinnabführungen von EUR 202,2 Mio. (i. Vj. EUR 146,7 Mio.), vor allem bedingt durch um EUR 51,0 Mio. höhere Gewinnabführungen der DREWAG.

Die Übernahme der Verluste der SachsenNetze, der SachsenNetze HS.HD, der SachsenServices, der SachsenGigaBit, der SachsenIndustriewasser, der RING30 und der SachsenEnergie Delta GmbH (i. Vj. nur SachsenNetze und SachsenServices) aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtungen aus den Gewinnabführungsverträgen wirkt sich 2023 mit EUR -10,7 Mio. (i. Vj. EUR -7,5 Mio.) negativ auf das Jahresergebnis aus.

Die Ertragsteuern haben sich aufgrund des im Geschäftsjahr 2023 neu abgeschlossenen Steuerumlagevertrags mit der TWD um EUR 49,0 Mio. auf EUR 51,9 Mio. erhöht.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung an EVD und vor Einstellung in die Gewinnrücklagen beträgt EUR 232,1 Mio. (i. Vj. EUR 168,7 Mio.).

Finanzlage

Investitionen und Instandhaltung

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen (inkl. Finanzanlagen) i. H. v. EUR 359,6 Mio. (i. Vj. EUR 175,4 Mio.) getätigt.

Stromnetz

Die SachsenEnergie AG verpachtet für das Medium Strom sämtliche Netze und Anlagen an SachsenNetze HS.HD.

Die SachsenEnergie AG investierte nach den Vorgaben der Pächterin im Jahr 2023 EUR 74,8 Mio. (i. Vj. EUR 45,6 Mio.) in das Netz und die Anlagen zur Stromversorgung.

Hauptschwerpunkte der Investitionstätigkeit waren die Erweiterung und Erneuerung von 110-kV-Leitungen, 110-kV-Umspannwerken inklusive Beschaffung Transformatoren, Mittel- und Niederspannungsleitungen, Umspannstationen und die Errichtung von Kundenanschlüssen.

Im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der technischen Sicherheit von bestehenden 110-kV-Freileitungen im Sinne des § 49 Energiewirtschaftsgesetzes wurden diesbezügliche Maßnahmen an ausgewählten Masten und Leitungsabschnitten, u. a. an den Leitungsanlagen Lauba-Friedersdorf, Streumen-Zeithain, Hirschfelde-Schmölln sowie Eschdorf-Oberputzkau, durchgeführt.

Im Bereich der 110-kV-Umspannwerke lag der Schwerpunkt in 2023 auf der Fortführung der Mehrjahresvorhaben, u. a. Umspannwerke Bautzen/Süd und Neustadt/Sa.

Im östlichen Teil des Versorgungsgebietes, in den Regionalbereichen Bautzen und Görlitz, erfolgte vorrangig die kundengetriebene Spannungsumstellung von 10 kV auf 20 kV zur Erhöhung der Übertragungsfähigkeit der Mittelspannungsnetze.

Gasnetz

Die SachsenEnergie AG verpachtet für das Medium Gas das Hochdrucknetz und zugehörige Anlagen an SachsenNetze HS.HD sowie die Mittel- und Niederdrucknetze und zugehörige Anlagen an SachsenNetze. Die Investitionen in das Gasnetz betrugen im Geschäftsjahr 2023 nach den Vorgaben der Pächter EUR 12,1 Mio. (i. Vj. EUR 12,8 Mio.).

Bei der Erneuerung lag der Fokus auf der Ablösung von Netzleitungen entsprechend der festgelegten Nutzungsdauern. Umfangreiche Erneuerungen wurden an den Hochdruckleitungen Großdubrau-Auritz sowie Bad Schandau-Krippen vorgenommen. Neben Maßnahmen am Gasleitungsnetz erfolgten Erneuerungen von Heizungen und einer Odorieranlage im Bereich der Hochdruck-Gasanlagen.

Breitbandinfrastruktur

Seit 2015 baut der SachsenEnergie Konzern die Breitbandinfrastruktur im Netzgebiet stufenweise aus. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden EUR 73,3 Mio. (i. Vj. EUR 30,2 Mio.) investiert. Im Jahr 2023 begann der geförderte Breitbandausbau im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und in der Stadt Riesa. Die laufenden Projekte (u. a. Landkreis Görlitz, Sebnitz, Landkreis Bautzen, Bannewitz, Lommatzsch, Ebersbach, Lampertswalde und Diera-Zehren) werden fortgesetzt. Das Breitband-Vorhaben in Priestewitz wurde im August 2023 erfolgreich abgeschlossen. Mit der Strategie, den geförderten Ausbau auch eigenwirtschaftlich zu ergänzen, wurde Priestewitz vollständig mit Glasfaser erschlossen. Zur Investitionssicherung erfolgt parallel die Vorbereitung der Hausanschlüsse von nicht förderberechtigten Adressen und der weitere Ausbau der netzdienlichen Infrastruktur.

Sachanlagen Bereich Kraft & Wärme - Kraftwerksparte

In Erzeugungsanlagen wurden im Jahr 2023 EUR 1,7 Mio. (i. Vj. EUR 4,1 Mio.) investiert.

Es wurde mit der Planung einiger Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien begonnen. Beispiele hierfür sind die Genehmigungsplanung für den Windpark Neupetershain mit einer Gesamtleistung von etwa 37 MW und die Flächenplanung für die Photovoltaikanlage Jänkendorf mit einer geplanten Leistung von etwa 50 MWp.

Begonnen wurde außerdem mit der Planung der Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung am Standort Königswartha.

Übrige Investitionen

Die übrigen Investitionen der SachsenEnergie AG im Jahr 2023 betrugen EUR 60,5 Mio., darunter EUR 19,2 Mio. in die Informationsverarbeitung und die IT-Infrastruktur sowie EUR 39,6 Mio. im Liegenschaftsbereich. Weiterhin wurden ca. 1,7 Mio. € in Energiedienstleistungen (E-Mobilität, verpachtete PV-Anlagen, Straßenbeleuchtung) investiert.

Investitionen in Finanzanlagen

Die Investitionen in Finanzanlagen betrugen im Jahr 2023 insgesamt EUR 137,0 Mio. Neben der Übernahme des Gesellschafterdarlehens der DREWAG (EUR 100,0 Mio.) wurde in Geschäftsanteile, u. a. an der Quittel GmbH (EUR 10,4 Mio.), der SachsenIndustriewasser GmbH (EUR 5,0 Mio.), der Projektgesellschaft Barlinek in Polen (EUR 3,0 Mio.), der Ring30 GmbH (EUR 2,0 Mio.) sowie der SachsenEmobil GmbH (EUR 1,0 Mio.) investiert. Darüber hinaus wurden Ausleihungen an das verbundene Unternehmen DIGImeto GmbH & Co. KG (EUR 15,0 Mio.) getätigt.

Die Investitionen des Jahres 2023 waren zum großen Teil fremdfinanziert.

Kapitalflussrechnung

Die Liquidität der SachsenEnergie AG war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gesichert.

Kapitalflussrechnung	2023	2022
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	130.375	291.948
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-299.866	-23.668
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	207.574	-218.196

Der Rückgang des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit ist im Wesentlichen durch im Vergleich zum Vorjahr gesunkene Verbindlichkeiten und gestiegene Forderungen verursacht.

Infolge von Liquiditätsabflüssen aus dem Zugang von Sach- und Finanzanlagevermögen hat sich der Cashflow aus der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Aufgrund der Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie von Cashpool-Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ist der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit positiv. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist aufgrund der Änderung des DRS 21 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Aufgrund der Änderung des DRS 21 durch DRÄS 13 werden nur Cashpool-Verbindlichkeiten im Finanzmittelfonds ausgewiesen. Ferner werden Auszahlungen für erhaltene Zuschüsse nunmehr im Cashflow aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Entsprechend wurde die Darstellung im Geschäftsjahr 2023 sowie im Vorjahr angepasst.

Der Finanzmittelfonds betrug am 31. Dezember 2023 EUR 111,5 Mio. (i. Vj. EUR 73,4 Mio.) und setzt sich aus Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von EUR 156,9 Mio. (i. Vj. EUR 73,4 Mio.) saldiert mit Cashpool-Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 45,4 Mio. (i. Vj. EUR 0 Mio.) zusammen.

Die Effektivverschuldung und die kurzfristige Liquidität haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

		2023	2022	2021
Effektivverschuldung ³	EUR Mio.	702	541	616
Kurzfristige Liquidität ⁴	%	118	106	71

Die freien Kreditlinien der SachsenEnergie AG zum 31. Dezember 2023 bei Banken betrugen EUR 228,0 Mio.

³ Effektivverschuldung = Fremdkapital-Umlaufvermögen

⁴ Kurzfristige Liquidität = Umlaufvermögen/kurzfristige Verbindlichkeiten

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf EUR 2.582,4 Mio. (i. Vj. EUR 2.037,2 Mio.). Im Anlagevermögen steht einem Investitionsvolumen (ohne Finanzanlagen) von EUR 222,6 Mio. eine Abschreibungssumme von EUR 62,0 Mio. gegenüber. Der Anstieg der Finanzanlagen um EUR 137,0 Mio. beruht auf Zugängen bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen von EUR 115,5 Mio. und Anteilen an verbundenen Unternehmen von EUR 21,5 Mio. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 59,5 % (40,0 % ohne Finanzanlagen). Insgesamt ist das Anlagevermögen um EUR 295,3 Mio. gestiegen.

Der Anstieg des Umlaufvermögens um EUR 241,9 Mio. auf EUR 1.030,5 Mio. zum 31. Dezember 2023 (i. Vj. EUR 788,6 Mio.) resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (EUR 161,5 Mio.), an Forderungen gegen verbundene Unternehmen (EUR 25,6 Mio.) und an Guthaben bei Kreditinstituten (EUR 83,5 Mio.). Gegenläufig haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände reduziert (EUR 31,2 Mio.). Die Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist verursacht durch gestiegene Forderungen aus Strom- und Gaslieferungen gegen Großkunden. Der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um EUR 25,6 Mio. auf EUR 409,0 Mio. resultiert aus gestiegenen Forderungen aus Ergebnisabführungen und sonstigen Forderungen aus Cashmanagement. Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände ist hauptsächlich auf gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 25,8 Mio. geringere hinterlegte Sicherheiten für die Teilnahme am Energiehandel zurückzuführen.

Die Veränderung der Passivseite der Bilanz ist im Wesentlichen durch die Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals (EUR 142,2 Mio.), bedingt durch die Einstellung des anteiligen Jahresüberschusses in die anderen Gewinnrücklagen, sowie die Erhöhung der Rückstellungen (EUR 184,2 Mio.) und der Verbindlichkeiten (EUR 189,2 Mio.) geprägt. Die Zunahme der sonstigen Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus höheren Rückstellungen für Beschaffungskosten für den Strom- und Gasbezug (EUR 210,6 Mio.). Gegenläufig haben die Rückstellungen für Drohverluste aus Strom- und Gasverkauf abgenommen (EUR 56,5 Mio.). Der Anstieg der Verbindlichkeiten beruht hauptsächlich auf höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten infolge von Darlehensaufnahmen (EUR 253,7 Mio.). Gegenläufig haben die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aufgrund eines früheren Buchungsschlusses, der gleichzeitig zu höheren Rückstellungen geführt hat, abgenommen (EUR 149,1 Mio.).

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt EUR 850,3 Mio. Das wirtschaftliche Eigenkapital – unter Zurechnung anteiliger Sonderposten und Baukostenzuschüsse gemindert um das Sonderverlustkonto – liegt bei EUR 950,9 Mio.

Die mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten haben am Gesamtkapital einen Anteil von 29,4 %, die kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 33,8 %. Damit decken Eigenkapital sowie lang- und mittelfristiges Fremdkapital das Anlagevermögen zu 111 %.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen Bilanzkennzahlen der jüngsten drei Jahre zusammengefasst:

	2023	2022	2021
	%	%	%
Investitionsdeckung (ohne Finanzanlagen) ⁵	28	53	47
Vermögensstruktur ⁶	60	61	71
Fremdkapitalquote ⁷	67	65	64
Bilanzielle Eigenkapitalquote ⁸	33	35	36

Der Vorstand schätzt die wirtschaftliche Lage der SachsenEnergie AG als stabil ein.

Angaben nach § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die SachsenEnergie AG führt die folgenden Tätigkeiten im Sinne des § 6b EnWG durch:

- Elektrizitätsverteilung,
- andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Gasverteilung,
- andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors,
- andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Tätigkeitsabschlüsse werden für die regulierten Bereiche Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetze erstellt und veröffentlicht.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Bestimmung der Leistungsfähigkeit der SachsenEnergie AG werden neben finanziellen auch nichtfinanzielle Steuerungskennzahlen herangezogen. Beide spielen für die Unternehmensentwicklung eine wichtige Rolle.

Am bedeutsamsten für die interne Unternehmensteuerung ist die Verwendung der betriebswirtschaftlich ermittelten Kenngröße "Betriebliches Ergebnis vor Steuern" (EBT). Dieses ist bereits im Abschnitt „Geschäftstätigkeit 2023 – Kurzüberblick“ dargestellt.

⁵ Investitionsdeckung = Abschreibung immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen/Investitionen ins immaterielle Vermögen und Sachanlagevermögen

⁶ Vermögensstruktur = Anlagevermögen/Bilanzsumme

⁷ Fremdkapitalquote = Fremdkapital/Bilanzsumme

⁸ Bilanzielle Eigenkapitalquote = bilanzielles Eigenkapital/Bilanzsumme

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren erfasst die SachsenEnergie AG regelmäßig die Absatzmengen für Strom und Gas sowie die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen. Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte SachsenEnergie 580 Mitarbeitende und 64 Auszubildende sowie drei Vorstände. Im folgenden Jahr 2024 wird von einem Aufbau der Mitarbeiterzahlen ausgegangen (679 Mitarbeitende), wobei die Anzahl der Vorstände konstant bleiben soll. Die Zahl der Auszubildenden wird sich voraussichtlich geringfügig auf 63 reduzieren.

Erklärung zur Zielgröße für den Frauenanteil in den Führungsebenen

Mit Inkrafttreten des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24. April 2015 sind gemäß §§ 76 Abs. 4 und 111 Abs. 5 AktG sowie § 25 Abs. 1 EG-AktG mitbestimmte Aktiengesellschaften verpflichtet, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, im Vorstand sowie den ersten beiden Führungsebenen nach dem Vorstand Zielgrößen festzulegen.

Für die SachsenEnergie AG wurden zuletzt folgende Frauenanteile beschlossen, die bis zum 30. Juni 2027 erreicht werden sollen (Beschluss des Aufsichtsrates vom 21. September 2022; Vorstandsbeschluss vom 21. Dezember 2022):

- Aufsichtsrat: 30 %
- Vorstand: 30 %
- erste Führungsebene (Bereichsleiter): 10 %
- zweite Führungsebene (Abteilungsleiter): 30 %

Im Aufsichtsrat war die Zielgröße zum Jahresende 2023 nicht erfüllt, da nur vier von 20 Mandaten (20 %) im paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat durch Frauen besetzt waren. Die konkrete Besetzung der Sitze der Anteilseigner beruht auf internen Entscheidungen der Hauptaktionäre Landeshauptstadt Dresden (Stadtrat) und KBO. Hinzuweisen ist darauf, dass im Stadtrat der Landeshauptstadt die Zahl der männlichen Stadträte die Zahl der weiblichen Stadträte deutlich übertrifft, was sich letztlich in der Zusammensetzung der Stadtratsvertreter in den städtischen Unternehmen widerspiegelt. Die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite wurden im gesetzlich vorgesehenen Weg auf Initiative der Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmervertretungen und der vertretenen Gewerkschaften bestimmt.

Im Vorstandsbereich war die Zielgröße zum 31. Dezember 2023 nicht erreicht. Der Vorstand ist aktuell mit drei Männern besetzt. Sollte künftig über eine Neubesetzung eines Vorstandspostens zu entscheiden sein, muss die beschlossene Zielgröße im Nachbesetzungsprozess mit bedacht werden.

In der ersten Führungsebene der SachsenEnergie AG liegt der Anteil an Frauen zum Abschlussstichtag bei 0 %. Innerhalb der zweiten Führungsebene beträgt der Frauenanteil 26 %. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Frauenanteil in der ersten Führungsebene unverändert (i. Vj. 0 %). In der zweiten Führungsebene veränderte er sich geringfügig (i. Vj. 24 %). Aufgrund der geringen Fluktuation in den ersten beiden Führungsebenen können die selbstgestellten Zielgrößen erst mittelfristig erreicht werden.

Prognosebericht

Voraussichtliche Ergebnisentwicklung

Laut im November 2023 bestätigtem Wirtschaftsplan plant die SachsenEnergie AG für das Jahr 2024 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 219 Mio. und wird damit wesentlich unter dem Vorjahresniveau liegen. Einen wesentlichen Teil des Unternehmensergebnisses machen die Ergebnisübernahmen aus den Abführungsverträgen (insbesondere DREWAG) aus. Diese liegen im Plan 2024 geringfügig über dem Vorjahreswert. Ohne Berücksichtigung der Ergebnisübernahmen liegt das geplante Ergebnis vor Steuern im

Jahr 2024 wesentlich unter dem Vorjahresergebnis, begründet insbesondere durch die hohen Auflösungen von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2023 sowie höhere geplante Abschreibungen und höheren Personalaufwand im Jahr 2024.

Es wird von folgender voraussichtlicher Absatzentwicklung für das Jahr 2024 ausgegangen:

- eine deutliche Zunahme der Strom- und Gaslieferungen aufgrund von insgesamt höheren Absätzen bei Großkunden und in der Portfoliooptimierung: zum Planungszeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit der DREWAG bestehende Kundenverträge auslaufen und zukünftig alle neuen Verträge mit der SachsenEnergie AG abgeschlossen werden
- entsprechend dieser Absatzentwicklung deutlich über dem Vorjahresniveau liegende Umsatzerlöse und Beschaffungsaufwendungen.

Weiterhin hängt die voraussichtliche Ergebnisentwicklung der SachsenEnergie AG wesentlich von den energiewirtschaftlichen und politischen Regelungen und Rahmenbedingungen ab.

Geplante Investitionen

Der Investitionsrahmen der SachsenEnergie AG beinhaltet für das Jahr 2024 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von EUR 383,1 Mio.

Besondere Schwerpunkte der kommenden Jahre sind:

- Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich
- Ausbau von Breitbandinfrastruktur
- Erweiterung der Infrastruktur Telekommunikationsnetze
- Investitionen in die Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung, insb. für die Errichtung von dezentralen Wärmepumpen mit unterschiedlichen Wärmequellen
- Investitionen in erneuerbare Energien (u. a. in die Projekte Photovoltaikanlage Jacobsthal und WEA Reinsdorf I) und in energienahe Dienstleistungen
- Investitionen in die Informationsverarbeitung (u. a. Umstellung des Abrechnungssystems und Einführung SAP S/4 HANA als neues ERP-System)
- Ersatz und Erweiterung der Liegenschaften (u. a. Sanierung Bestandsgebäude SachsenEnergie Center)
- Investitionen in Finanzanlagen.

Auswirkungen Russland-Ukraine-Krieg und Nahost-Konflikt

Die weiteren Auswirkungen des noch immer andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin weder geopolitisch noch energiepolitisch und wirtschaftlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar.

Auch der seit Oktober 2023 eskalierte israelisch-arabische Konflikt sowie die Befürchtung vor einer Ausweitung auf Nachbarländer hat zu einer angespannten und unsicheren geopolitischen Lage geführt, dessen wirtschaftliche Folgen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind.

Somit sind auch eine belastbare Prognose und eine vollumfängliche Bewertung der Folgen dieser Konflikte für Unternehmen und Verbraucher nicht möglich.

Die SachsenEnergie AG beobachtet die aktuelle Lage genau und bewertet sie regelmäßig entlang der bestehenden Vorsorgepläne neu.

Für das Jahr 2024 geht SachsenEnergie AG zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Erreichen des geplanten EBT aus.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der SachsenEnergie AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Dazu erfasst der Risikomanagementprozess die potenziellen Abweichungen von der geplanten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für den dargelegten Planungszeitraum. Abweichungen von dieser Planung werden als Risiken und Chancen erfasst. Der Betrachtungsschwerpunkt im Risikomanagement liegt auf dem mittelfristigen Planungszeitraum. Hinzu kommen Risiken und Chancen über diesen Zeitraum hinaus, wenn sie von besonderer Bedeutung sind.

Der Risikomanagementprozess umfasst als wesentliche Bestandteile die Identifikation, Analyse mit Bewertung, Frühwarnung, Steuerung und Dokumentation mit Berichterstattung. Zur Umsetzung dieses Prozesses folgt das Risikomanagement der SachsenEnergie AG sowohl einem zentralen als auch einem dezentralen Ansatz. Während das zentrale Risikomanagement insbesondere für einheitliche Prozesse und Methoden sowie für die Berichterstattung zuständig ist, werden durch dezentral angesiedelte Risikobeauftragte fachspezifische aktuelle Informationen ausgewertet. Das zentrale Risikomanagement übernimmt in Umsetzung der Funktionstrennung auch Überwachungsaufgaben für marktnahe Strukturen im Sinne der MaRisk⁹.

Generelle Festlegungen zum Risikomanagement sind in allgemeingültigen Richtlinien geregelt. Für marktnahe Strukturen existiert eine spezifische Untersezung der allgemeinen Regelungen. Aktuelle Fragen und Sachverhalte dieser Strukturen werden jährlich mehrfach in einem Risikoausschuss behandelt. Dieser ist interdisziplinär besetzt.

Der vorstehend beschriebene Risikomanagementprozess ist ein kontinuierlicher Prozess, welcher jährlich mit einer Risiko- und Chancenbestandsaufnahme beginnt. Die dort aufgenommenen Sachverhalte bilden die Basis für eine quartalsweise Berichterstattung. Zu diesen Berichtsterminen werden die betrachteten Sachverhalte aktualisiert und um neu hinzugekommene ergänzt. Da Risiken häufig grundsätzlich abschätzbar, aber dennoch zufällig sind, werden für diese Fälle Monte-Carlo-basierte Modelle verwendet, die mithilfe einer Simulationssoftware umgesetzt werden. Damit sind sowohl für Risiken als auch für Chancen etablierte Value-at-Risk-Aussagen möglich. Sind Sachverhalte aus objektiven Gründen nicht quantifizierbar, werden sie verbal in die Berichte aufgenommen.

Bei Bedarf erfolgt unabhängig von diesem Berichtsraster eine zusätzliche aktuelle Beurteilung von Sachverhalten nach dem beschriebenen Risikomanagementprozess.

DREWAG, SachsenNetze, SachsenNetze HS.HD und andere verbundene Unternehmen sind direkt in das Risikomanagementsystem eingebunden.

Aktuelles Risikoumfeld

Insgesamt sieht sich die SachsenEnergie AG gegenwärtig mit einer fortwährend hohen Volatilität an den Energiemärkten konfrontiert. Ursächlich hierfür sind die weiterhin unsicheren globalen Lieferketten bei Erdgas durch mögliche langandauernde und besonders intensive Kälteperioden, eine mögliche Einstellung der Erdgasbelieferung durch Russland an andere europäische Staaten und die damit einsetzende solidarische

⁹ MaRisk: Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Lieferpflicht (bspw. Österreich), sowie die Störungen der LNG-Lieferketten im Roten Meer im Kontext des Nahost-Konfliktes. Hierdurch sind jederzeit starke Ausschläge der Großhandelspreise und damit der Beschaffungskosten zur Kundenbelieferung möglich.

Gleichzeitig erzeugt das aktuell wieder gesunkene Großhandelspreisniveau im Spot-Bereich einen starken Wettbewerb mit in der Beschaffung kurzfristig agierenden Wettbewerbern. Diese sind gegenwärtig in der Lage, besonders günstige Endkundenpreise anzubieten und damit einen Margendruck zu erzeugen. Bei einem möglicherweise wieder anziehenden Niveau der Großhandelspreise ergeben sich hieraus sowohl Insolvenzrisiken der betreffenden Wettbewerber und damit eine ansteigende Nachfrage im Bereich der Grund-/Ersatzversorgung als auch potenzielle Insolvenzrisiken der Endkunden durch die volkswirtschaftliche Belastung bei steigenden Energiepreisen.

Zentral für das zukünftige erfolgreiche Agieren der SachsenEnergie AG ist die Verteidigung der Stellung als kommunaler Infrastrukturanbieter in der Region Dresden und Ostsachsen. Hierfür ist eine Erzeugung erneuerbarer Energien, eine Ertüchtigung der Netze aller Medien sowie eine weitere Digitalisierung (insb. auch durch den Ausbau der Glasfasernetze) notwendig. Weiterhin ist die SachsenEnergie AG auf einen stabilen politischen Rahmen zur Umsetzung der Dekarbonisierungsziele aller Infrastrukturbereiche angewiesen.

Die sich aus diesen übergeordneten Themenfeldern ergebenden Risiken sind im Folgenden nach absteigender Bedeutung für das Unternehmen sortiert und können unter Umständen erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SachsenEnergie AG haben.

Preis- und Marktrisiken

Die SachsenEnergie AG deckt den Bedarf ihrer Kunden sowohl durch eigene Energieerzeugung als auch über Zukäufe am Markt ab. Potenzielle Abweichungen vom geplanten Mengenabsatz durch konjunkturelle Einflüsse, Wettbewerb und Wettereinflüsse führen in Verbindung mit schwankenden Marktpreisen zu Risiken in den Bereichen Energiehandel und Energieerzeugung. Hier sind durch die angespannte wirtschaftliche und geopolitische Situation hohe Schwankungen zu erwarten.

Der Mengenabsatz im Industriekundensegment ist von der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung abhängig. Weicht der Konjunkturverlauf negativ von den in der Planung zugrunde gelegten Prämissen ab, besteht für nicht abgesetzte Mengen ein Wiedervermarktungsrisiko aufgrund ungünstigerer Preiskonstellationen am Markt sowie das Risiko reduzierter Vertriebsmargen.

Die Verschärfung des Wettbewerbs birgt das Risiko von Kundenverlusten. Die dadurch nicht abgesetzten Mengen unterliegen wie im Falle des Konjunkturrisikos einem Wiedervermarktungsrisiko sowie dem Risiko reduzierter Vertriebsmargen. Durch eine stärker strukturierte Produktentwicklung und eine Optimierung der internen Kostenstruktur steuert die SachsenEnergie AG diesem Risiko entgegen.

Sparten- und teilportfoliospezifisch können sowohl nicht als auch zusätzlich abgesetzte Mengen durch Abweichung des sich einstellenden Wetters gegenüber dem langjährigen Mittel entstehen. Hierdurch anfallende Differenzmengen werden kurzfristig an Spotmärkten gekauft oder verkauft. Durch den Unterschied zwischen den realisierten Preisen bei der Eindeckung der von Kunden benötigten Menge und den Preisen am Spotmarkt entstehen Risiken. Diese werden teilweise über Risikozuschläge abgedeckt.

Zur Risikobegrenzung wurden zahlreiche Maßnahmen getroffen. Der auf die Stromerzeugung entfallende Brennstoffbezugsanteil wird für das jeweils laufende Geschäftsjahr größtenteils abgesichert und die wärmegeführte Stromerzeugung wird weitgehend verkauft. Das Koppelprodukt Fernwärme verfügt über eine Preisgleitung, welche die der Wärmeerzeugung zuzurechnenden Gaspreisänderungen größtenteils abdeckt.

Strom und Erdgas beschafft die SachsenEnergie AG zeitlich und strukturell differenziert. Zur Abdeckung individuell abgeschlossener Verträge größerer Kunden erfolgt die Beschaffung zwecks Risikobegrenzung unmittelbar nach Vertragsschluss (back to back). Die Kontrolle der Energiehandelsgeschäfte ist zur Wahrung einer strikten Funktionstrennung in einer vom Handelsbereich unabhängigen Struktur angesiedelt.

Dort wird für den Strom- und den Gashandel eine regelmäßige Überwachung und Bewertung der offenen Positionen in Verbindung mit vorgegebenen Risikolimiten vorgenommen. Limite gelten sowohl je Handelspartner als auch je Produktportfolio. Die entsprechenden Vorgaben sind in Risikohandbüchern festgelegt und unterliegen einer jährlichen Überprüfung. Für neue Energiehandelsgeschäfte und Vertriebsprodukte existiert ein Produktfreigabeprozess mit Beteiligung des Risikomanagements.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch den Ausfall von Kontrahenten und damit verbundener Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen. Die SachsenEnergie AG hat insbesondere für Ausfälle von Handelspartnern in der Energiebeschaffung und für Ausfälle von Kunden im Vertrieb risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt. Bei Ausfall eines Handelspartners in der Energiebeschaffung besteht neben Forderungsausfall auch das Risiko eines finanziell ungünstigeren Ersatzgeschäftes. Daher unterliegen die Handelspartner einem Ratingprozess, der mit Handelsfreigaben verbunden ist. Vertragsgrundlage sind EFET¹⁰- oder Rahmenverträge mit Vereinbarungen zur Lieferung von Sicherheitsleistungen bei Bonitätsverschlechterungen. Bonität und Positionen von Handelspartnern werden vom zentralen Risikomanagement überwacht.

Kunden des Vertriebes unterliegen ebenfalls einem Ratingprozess mit darauf aufbauenden Festlegungen zur Zahlungsausfallprävention, z. B. durch Erbringen von Sicherheitsleistungen oder dem Abschluss einer Warenkreditversicherung. Ferner existieren Regelungen zum Forderungsmanagement, welche mit einem permanenten Überwachungsprozess verbunden sind.

Die SachsenEnergie AG arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung dieser Prozesse, da diesem Thema eine hohe Bedeutung beigemessen wird.

Finanzrisiken

Die SachsenEnergie AG ist durch Zinsschwankungen Finanzrisiken ausgesetzt.

Zinszahlungen für Neuaufnahme von Fremdkapital können durch Schwankungen des Marktes über den geplanten Aufwendungen liegen. Die Planwerte leiten sich aus den bestehenden und neu aufzunehmenden Finanzverbindlichkeiten anhand von geplanten Zinssätzen ab. Die eigentliche Finanzierung erfolgt zu gegebener Zeit zum dann vorherrschenden Zinsniveau. Da dieses nicht dem geplanten Zinsniveau entsprechen muss, besteht ein Zinsänderungsrisiko. Zur Risikobegrenzung beobachtet die SachsenEnergie AG permanent das Zinsumfeld und prüft den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bestehen in erster Linie durch unvorhergesehenen Finanzbedarf (z. B. ungeplante Ersatzinvestitionen, erhöhte Margin-/Clearingzahlungen aus Energiehandel o. ä.) oder durch Marktversagen. Diesen Risiken wird durch eine regelmäßig aktualisierte Liquiditätsplanung begegnet. Im Ergebnis werden durch die SachsenEnergie AG Kreditlinien über den geplanten Bedarf hinaus bei verschiedensten Kreditinstituten vorgehalten. Darüber hinaus ist im TWD-Konzern ein Cash-Management implementiert, das es erlaubt, auf zusätzliche Finanzierungsquellen zurückzugreifen. Im Falle der außerplanmäßigen Nutzung der Kreditlinien käme es zu zusätzlichen Zinsaufwendungen.

Risiken aus globalen Krisen und Pandemien

Neben dem aktuellen Russland-Ukraine-Krieg sowie dem Nahost-Konflikt können weitere lokale und globale Krisen, verursacht z. B. durch Epidemien, Anschläge, Kriege oder Naturkatastrophen, den

¹⁰ EFET: European Federation of Energy Traders

Geschäftsablauf erheblich beeinflussen. Für existenzielle Kernprozesse sind Notfallpläne im Handbuch Notfallmanagement (Anlage 2) hinterlegt. Diese legen auch Kernpersonal für Kernprozesse zur Aufrechterhaltung eines Minimalbetriebes der Versorgung fest. Sämtliche Regelungen werden durch das konzernweite Krisenmanagement koordiniert.

Die SachsenEnergie AG beobachtet permanent die Entwicklung an den Beschaffungsmärkten sowie den Absatzverlauf und aktualisiert auf Basis dieser Informationen und unter Hinzunahme der Aussagen von Wirtschaftsinstituten fortlaufend die Prognosen für die Strom-, Gas und CO₂-Bewirtschaftung. Dies trägt zur Reduktion von Risiken bei.

In Krisensituationen erfolgen beispielsweise kurzfristig einberufene Besprechungen des Krisenstabs zur Beurteilung der aktuellen Lage mit Prüfung und Beschluss von risikominimierenden Maßnahmen unter Teilnahme von Geschäftsleitung, Risikomanagement und Fachabteilungen.

Politische, rechtliche und regulatorische Risiken

Das Geschäft der Versorgungsunternehmen ist und wird auch künftig maßgeblich durch die politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Für die SachsenEnergie AG und die zugehörigen verbundenen Unternehmen sind besonders die politischen Vorgaben zur Umsetzung der Energiewende und zum Erreichen der Klimaziele, Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung bei privaten Haushalten und Industrie sowie die Rolle der KWK und der Verteilnetze im zukünftigen Energiekonzept von Bedeutung. Mit den politischen Vorgaben wird die Rentabilität und Risikobehaftung von Geschäftsaktivitäten beeinflusst. Diese Vorgaben haben erheblichen Einfluss auf die zukünftige Marktposition der SachsenEnergie AG.

Ändert der Gesetzgeber die Vergütungen für Erneuerbare Energien-Anlagen, können Investitionen der SachsenEnergie AG in Windenergie-, Biogas- oder Photovoltaikanlagen betroffen sein.

Regulatorische Risiken können die SachsenEnergie AG insbesondere über ihre verbundenen Unternehmen SachsenNetze und SachsenNetze HS.HD treffen. Die Festlegungen der Regulierungsbehörden können gegebenenfalls zu einer Veränderung der Einnahmensituation gegenüber der Planung führen. Die Bundesnetzagentur hat die ihr zugesprochene weitreichende Gestaltungsfreiheit bei der Methodenwahl zur Festlegung der Eigenkapitalverzinsung in Verbindung mit dem geringen Marktzinsniveau genutzt und die Eigenkapitalverzinsung für die vierte Regulierungsperiode festgelegt. Die weitere Absenkung des Verzinsungsanspruchs mit negativen Auswirkungen auf die Investitions- und Finanzkraft der Branche wurde in der aktuellen Planung berücksichtigt. Allerdings sind das Ausgangsniveau und der Effizienzwert der vierten Regulierungsperiode jeweils für Gas und Strom noch nicht beschieden. Des Weiteren bestehen laufende Verfahren zu einer Erhöhung der anerkannten Verzinsung und einer verkürzten Abschreibungsdauer insbesondere im Bereich Gas für die vierte Regulierungsperiode.

Beteiligungs- und Investitionsrisiken

Risikokomponenten von Beteiligungsrisiken sind der Wertverlust, der Ausfall ausgereicherter Kredite und der Ausfall oder die Reduzierung eingeplanter Ausschüttungen oder im Einzelfall die Inanspruchnahme gewährter Haftungsgarantien.

Durch die Ergebnisabführungsverträge wie beispielsweise mit DREWAG, SachsenNetze und SachsenNetze HS.HD kann das Ergebnis der SachsenEnergie AG zusätzlich belastet werden. Durch die Einbindung in den Risikomanagementprozess der SachsenEnergie AG ist ein umfassendes Management der Risiken gewährleistet.

Die SachsenEnergie AG unterliegt auch mit ihren weiteren Beteiligungen wie bspw. SachsenGigaBit, SachsenEnergieBau, SachsenServices, Windgesellschaften oder Biogasanlagen dem Risiko eines schwankenden Jahresertrages. Das Risiko bewegt sich aufgrund der Größe der Beteiligungen auf einem überschaubaren Niveau. Jahresergebnis und Beteiligungsansatz sind mit Unsicherheit belastet.

Operative Risiken

Operative Risiken entstehen aus der Komplexität der Prozesse in Energieversorgungsunternehmen sowie aus fehlenden Kontrollen an wichtigen Punkten der Prozessketten. Die SachsenEnergie AG wirkt diesem Risiko durch zahlreiche implementierte Kontrollen entgegen.

Die Abwehr von Cyber-Angriffen hat an Bedeutung gewonnen. Eine stärkere Betonung eines ganzheitlichen Ansatzes im Sinne technischer und organisatorischer Maßnahmen wirkt diesem Risiko entgegen.

Aufgrund aktueller demographischer Entwicklungstendenzen wird dem Risiko fehlenden (Fach-)Personales eine hohe Bedeutung, insbesondere im Kontext des angestrebten Wachstums der SachsenEnergie AG, beigemessen. Zur Minderung dieses Risikos wurden zahlreiche interne und externe Maßnahmen ergriffen. Im Rahmen der Investitionen sind zahlreiche Bauprojekte geplant. Aufgrund von unvorhersehbaren internen und externen Ressourcenverknappungen im Bauablauf kann es zu Verzögerungen und damit verbundenen Kostensteigerungen kommen.

Sonstige Risiken

Insbesondere die verbundenen Unternehmen SachsenNetze und SachsenNetze HS/HD sind Risiken aus Umwelteinflüssen ausgeliefert. Unter Umwelteinflüssen werden wetterbedingte Extremsituationen wie Hochwasser, Sturm, Orkan, Gewitter oder Eislasten verstanden, welche mit ihren Auswirkungen hohe Schäden an technischen Anlagen und flächendeckende Versorgungsausfälle verursachen können. Bei der Beseitigung der dadurch entstehenden Schäden ist mit hohen Aufwendungen zu rechnen. Zum Hochwasserschutz sind von der SachsenEnergie AG zahlreiche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung umgesetzt worden.

Risiken aufgrund technischer Schäden betreffen hauptsächlich die Netze und Erzeugungsanlagen. Zur Begrenzung der Schäden sind vertragliche, technische und organisatorische Maßnahmen umgesetzt.

Chancenbericht

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden auch Chancen als potenzielle Ertrags- oder Vermögensverbesserungen gegenüber den Planwerten erfasst und bewertet. Chancen bestehen überwiegend bei Absatz und Beschaffung von Strom und Gas sowie in einer reduzierten Inanspruchnahme von bilanzierten Risikovorsorgen.

Kommt es durch neue Entscheidungen des Gesetzgebers oder der Regulierungsbehörden zu einer Verbesserung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens im Vergleich zur Planung, wirkt sie sich positiv auf das Ergebnis aus.

Weitere Chancen bestehen in Verbindung mit der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts im weiteren Ausbau der Fernwärme, bei der Entwicklung neuer marktkonformer Energiedienstleistungen, in der Gebäudeklimatisierung, im Contracting, bei Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie bei der Fortführung von Investitionen und Eigenprojektentwicklungen in erneuerbare Energien und Komplementärtechnologien. Der Ausbau von Produkten auf Basis smarter Technologien und die Sicherung der Stromnetzstabilität erfordern die intensive Beteiligung der Verteilnetzbetreiber. Als Partner verschiedener Kommunen erschließt die SachsenEnergie AG zahlreiche Ortschaften Ostsachsens mit Glasfaser.

Mit einer kontinuierlichen Prüfung neuer Geschäftsansätze und deren Umsetzung, der Wahrnehmung von sich ergebenden Chancen in Veränderungsprozessen und der permanenten Verbesserung von Arbeitsabläufen sichert die SachsenEnergie AG ihre Wettbewerbsposition. Die transparenten und serviceorientierten Geschäftsmodelle werden durch eine hohe Kundenzufriedenheit bestätigt.

Chancen ergeben sich aus der erlangten Resilienz gegenüber Energiemarktkrisen, die durch eine Anpassung der Kundenverträge insbesondere im Großkundenbereich sowie die Berücksichtigung der finanziellen

Risiken aus der Volatilität in den Kundenverträgen erlangt werden konnte. Weiterhin wird die SachsenEnergie AG sowohl politisch als auch durch die Kunden als stabiler und verlässlicher Energieversorger auch in Krisenzeiten wahrgenommen.

Beginnend im Jahr 2024 stellt sich die SachsenEnergie AG mit der neuen Tochtergesellschaft SachsenEnergie Vertriebs GmbH neben dem angestammten Marktgebiet in Dresden und Ostsachsen zusätzlich auch als Versorger für den gesamten sächsischen Raum auf und kann damit aus der gewachsenen Rolle als zuverlässiger und stabiler Versorger auch in den volatilsten Marktphasen Chancen im Vertrieb heben. Das mehrfach ausgezeichnete Niveau der Ausbildungsleistungen der SachsenEnergie AG wird sich in der Qualität und Leistungsfähigkeit des nachwachsenden Mitarbeiterstamms ausdrücken.

Gesamtaussage

Auch künftig muss die Energiebranche mit tiefgreifenden Veränderungen, instabilen Rahmenbedingungen und volatilen Energiemärkten rechnen. Die Geschäftstätigkeit der SachsenEnergie AG ist demzufolge mit Risiken behaftet.

Vorteilhaft ist die thematisch breite Aufstellung sowie die diversifizierte Kundenstruktur der SachsenEnergie AG. Dies wird durch die Eingliederung der DREWAG verstärkt. Die umgesetzten Maßnahmen zur Risikobegrenzung sichern ein vielfältig zusammengesetztes Chancen- und Risikoprofil.

Obwohl die SachsenEnergie AG eine klare Ausrichtung hat, kann sie, wie viele Teile der gesamten Volkswirtschaft, die Folgen globaler Krisen, die Umsetzung der klimapolitischen Ziele, die allgemeine Ressourcenverknappung und damit die weitere Entwicklung für den SachsenEnergie Konzern nur unzureichend in Gänge absehen. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 ist deshalb weiterhin mit Unsicherheiten verbunden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zur Absicherung von Preisrisiken im Strom- und Gasvertrieb und der Strom- und Gasbeschaffung werden durch die SachsenEnergie AG Commodity-Termingeschäfte eingesetzt. Grundlage für die Erfassung und Bewertung der Commodity-Positionen sowie zur Messung und Überwachung von Commodity-Risiken sind interne Regelungssysteme und Risikohandbücher, die regelmäßig im Rahmen des internen Kontrollsystems auf Aktualität geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Die Commodity-Positionen werden in einem geeigneten EDV-System erfasst und mit aktuellen Marktparametern bewertet. Dabei stehen sowohl Einzelgeschäfte als auch Kundengruppenportfolios im Fokus.

Dresden, den 6. Mai 2024

Der Vorstand

Dr. Frank Brinkmann

Dr. Axel Cunow

Lars Seiffert

Anlage 7 – Lagebericht der KBE

Lagebericht

1. Allgemeines

Die KBE ist mit 56.007.286 Aktien im Aktienbuch der enviaM eingetragen. Von diesen Aktien werden 2.529.387 enviaM-Aktien treuhänderisch verwaltet. Der eigene Aktienbestand der KBE beträgt 53.477.899 enviaM-Aktien. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Aktienbestand nicht geändert.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 30. Juni 2024 wurden keine Geschäftsanteile gekündigt und der KBE zum Kauf angeboten.

Die KBE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter HRB 20040 eingetragen und hat ein Stammkapital von 54.134.451 EURO. Die eigenen Anteile betragen 829.622 EURO.

Im Geschäftsjahr 2023/2024 wurden keine Aktien in die KBE eingelegt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2023/2024

2.1 Konsortialgespräche mit E.ON

Im Wirtschaftsjahr 2023/2024 fanden insgesamt 2 Konsortialgespräche mit E.ON statt. Dabei standen im Wesentlichen folgende Themen im Fokus:

Status Wertschöpfungsprojekte

Im Rahmen des 8. Nachtrags zur Konsortialvereinbarung zwischen KBE, KBM und E.ON wurden die regionalen Wertschöpfungsprojekte PEN@enviaM, TowerCo@E.ON und EngineeringDL@enviaM initiiert.

Im Konsortialgespräch vom 18. März 2024 wurde für alle 3 Projekte der IST-Umsatz und die künftige Ausrichtung vom Vorstand vorgestellt.

TowerCo: E.ON hat unter dem Namen „TowerCo“ ein Konzept zur zentralen Vermarktung und Vermietung von Assets der E.ON-Konzerngesellschaften an Mobilfunknetzbetreiber erarbeitet, das durch Einrichtung eines Kompetenzzentrums bei der enviaM umgesetzt werden soll (Standortstärkung). TowerCo ist ein Zukunfts- und Wachstumsgeschäft zum 5G-Ausbau mit entsprechendem Wachstumspotential. Teil des angedachten Konzepts sind die Bündelung des Vertragsmanagements und die Vermarktung geeigneter Standorte einschließlich der mittelfristigen Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

PEN@enviaM: Eine der vier Säulen der Digitalisierungsstrategie im E.ON-Netz ist der Aufbau einer „Plattform of Energy Networks (PEN)“. PEN konsolidiert Daten und schafft die Voraussetzung für eine kundenorientierte, effiziente und skalierbare Kommerzialisierung der Daten durch E.ON-Gesellschaften (Schaffung einer Brücke zwischen der transaktionalen Datenbasis und den intelligenten Netz- und Kundenlösungen). Mit dem Projekt PEN wird der Aufbau einer Daten-Plattform im E.ON-Konzern als Basis für eine Daten-Kommerzialisierung aller E.ON-Gesellschaften bei enviaM eingerichtet.

EngineeringDL@enviaM: Im Energiesystem werden zunehmend qualitative Ingenieurdienstleistungen nachgefragt. enviaM plant die Ausgründung eines Ingenieurdienstleisters (konventionelles Geschäft, Ausbau der Energieverteilnetze, Smartifizierung von Nieder- und Mittelspannungsnetzen) und stellt damit externen Kunden und der E.ON-Gruppe einen leistungsstarken Ingenieurpartner zur Seite, um Know-how, Gewinn- und Planungskompetenz zu sichern. Die Realisierung erfolgt bei enviaM SERVICE am Standort Cottbus.

Status Wertschöpfungsinitiativen – Stand: 02.2024

	Jahr	FTE 29.02. akt. Stand (alt)	Investitionen akt. Stand (alt) in Mio. €	Umsatz akt. Stand (alt) in Mio. €	EBIT in T€	Initialisierung	Stellenbesetzung	Vertragsabschlüsse
	2021	4 (5)	0,0 (0,0)	0,5 (0,7)	50	Geschäftsaufbau im Plan		Pflege- und Hoistingvertrag (OPEX) und Leasingvertrag (CAPEX) zwischen enviaM und FGS abgeschlossen.
	2022	11 (15)	0,0 (0,0)	1,6 (2,7)	100			
	2023	14 (15)	0,0 (0,0)	3,5 (3,7)	350		15 von 15	Upstreamvertrag für die Verrechnung von Eigenleistungen zwischen enviaM und FGS abgeschlossen.
	2024	15 (15)	0,0 (0,0)	3,5 (3,7)	350			
	2021	3 (3)	3,1 ^{1,2} (3,0)	0,0 (0,0) ¹	-100	Gründung E.ON Tower Co GmbH zum 01.10.21 erfolgt		7 Pilotstandorte in HS-Maste (4 Verträge unterzeichnet – 1 Telefonica, 3DTAG)
	2022	4 (6)	0,0 ¹ (0,0)	0,0 (0,0) ¹	-450	Operative Tätigkeit ist aufgenommen	4 von 10	4 Pilotstandorte Neubaumasten
	2023	4 (8)	0,0 ¹ (0,0)	0,1 (0,6) ¹	-660	4 FTE seit 01.11.2022		2 Vertriebspartnerverträge unterzeichnet
	2024	10 (10)	0,0 ¹ (0,0)	0,2 (1,3) ¹	-700			
	2021	10 (14)	0,1 (0,1)	0,5 (1,6)	64	Vorstandsbeschluss zum Geschäftsaufbau getroffen		Verlängerung RV MITNETZ & edis Akquise bei REVUS, REG 3, Dritten
	2022	17 (17)	0,2 (0,2)	1,1 (2,8)	105	Geschäftsaufbau im Plan		Rahmenvertrag eTEL
	2023	18 (22)	0,2 (0,2)	1,3 (2,7) ¹	-500	Implementierung Ingenieurleistungen für eMobilität	18 von 22	Aufträge von Joullibra und FEO Weitere Projekte für eMobility, Batteriespeicher etc
	2024	26 (22)	0,2 (0,2)	3,4 (3,0)	200			HS-Projekte > 100 T€ mit MITNETZ

Ausblick 2024 - Update



PEN: Ausblick Ziele 2024

- Rollout EnergiePortal* und EnergieMonitor* bei Kommunen ab Q4/2024 geplant (nach SPACE-Go-Live)
- Rollout der enviaM-eigenen Lösung SNAP* zu weiteren E.ON Netzbetreibern
- Rollout der Lösungen Online Connection Check*, Connection Request* und Grid Monitoring* bei Mitnetz

*EnergiePortal: <https://www.bayernwerk.de/de/huetekommunen/dienste-loesungen/energieportal.html>
 EnergieMonitor: <https://energiemonitor.bayernwerk.de/lebenbuur-landkreis>
 SNAP: <https://snap.mitnetz-strom.de>
 Online Connection Check: <https://envia.com/de/iga/netzanschluss/Connection-Request>
 Grid Monitoring: <https://envia.com/de/online-monitoring-und-state-estimation/>

TowerCo: Ausblick Ziele 2024

- 2 HS-Pilotstandorte in Betrieb genommen (Februar 2024)
- Telekom Rahmenvertrag abgeschlossen (Q1 2024)
- Bearbeitung 150 Telekom Anfragen
- 50 Telekom Standorte realisiert
- Vertriebspartner-Portfolio vervollständigt
- Besetzung 5. FTE (voraus. ab Mai 2024)

EngineeringDL: Ausblick Ziele 2024

- Optimierung der Prozesse durch Digitalisierung der derzeitige Implementierung Projektierungstoll
- Spezialisieren in ausgewählten Bereich hin zum Alleinstellungsmerkmal z.B. in Sekundärtechnik, Batteriespeicher und Ladeinfrastruktur
- Kooperation Ingenieurbüros
- Abwicklung von Projekten als Generalunternehmer
- Regionale/geografische Erweiterung durch Filialgründungen mit Steuerung aus Cottbus
- Personalakquise professionalisieren und forcieren

Verwendung kommunales Investitionsbudget für das Jahr 2023

Die Umsetzung des Projektes „Breitbandausbau Erzgebirge“ mit einem Volumen von 30 Mio. Euro aus dem kommunalen Investitionsbudget hat am 13. März 2024 mit dem symbolischen Spatenstich in Niederdorf begonnen. Der Vorstand informierte am 7. Dezember 2023 über, aus Sicht enviaM, angezeigten notwendigen Veränderungen. Die Mitglieder der Partnerversammlung sind hier gegenwärtig noch im Austausch mit Vorstand und E.ON über eine sinnvolle Aktualisierung.

Dekarbonisierung und damit Auswirkungen auf das Gasgeschäft

Aufgrund des von der Politik beschlossenen Ausstiegs aus Kohle und Gas wird es einen starken Aufwuchs im Strombereich geben. Erwartet wird deshalb u.a. ein noch härterer Wettbewerb um Stromkonzessionen.

Strategische Ausrichtung

Die strategische Ausrichtung der enviaM-Gruppe innerhalb des E.ON-Konzerns bildet den ständigen Schwerpunkt der Konsortialgespräche. Aufgrund der zunehmenden Unabwägbarkeiten mit der die Politik die Energieversorger konfrontiert, ist es richtig, hier den Kompass und die strategische Ausrichtung nicht zu verlieren. Gleichzeitig ist eine schnelle Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten wichtig. enviaM ist dies im Berichtszeitraum gut gelungen. Die KBE achtet dabei gemeinsam mit der KBM auf die Einhaltung der kommunalen Ziele wie:

- enviaM muss ein eigenständiges kommunal mitbestimmtes Unternehmen bleiben.
- Die enviaM-Gruppe sichert Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in der Region.
- enviaM erzeugt eine nachhaltige Wertschöpfung für die Region.
- Dividendenkontinuität ist ein wichtiges Instrument für die Haushalte der Kommunen.
- enviaM steht für gemeinsames und partnerschaftliches Engagement für die Energie-wende.
- Eine Vereinbarung sichert die Gewerbesteuer für alle regionalversorgten Städte und Gemeinden.

2.2 Dividendenerwartung enviaM 2023 – Ausschüttung 2024

Die Hauptversammlung der enviaM hat am 7. Mai 2024 auf der Grundlage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 eine Dividende in Höhe von 0,67 €/enviaM-Aktie beschlossen. Das ist eine Steigerung um 0,02 €/enviaM-Aktie und macht in Summe 1.069.557,98 € allein für die KBE aus. Damit erhält die KBE für ihre Gesellschafter eine Dividende in Höhe von 35.830.192,33 €.

2.3 Zinswende – keine Vorabausschüttung 2023

Die positive Zinsentwicklung eröffnet der KBE auch im Jahr 2024 die Möglichkeit, das Finanzergebnis der KBE weiterhin positiv zu stärken. Deshalb hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 21. März 2024 beschlossen, auch im Jahr 2024 keine Vorabausschüttung vorzunehmen und die Dividende der enviaM in voller Höhe bis zur Gewinnausschüttung der KBE im Dezember 2024 verzinst anzulegen.

2.4 Gewerbesteuererlegung für die Veranlagungszeiträume 2020 - 2024

Die bestehende Gewerbesteuererlegungsvereinbarung der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM, dem Finanzamt Chemnitz und der enviaM, die zum 31. Dezember 2024 endet, wurde im September 2023 für die Erhebungszeiträume 2025 – 2029 verlängert. Da die Städte und Gemeinden im Versorgungsgebiet an der Gewerbesteuer partizipieren, ist es wichtig, dass die Vereinbarung, wonach die Gewerbesteuer der enviaM nach dem Schlüssel

- 60 % Stromabsatz im Versorgungsgebiet und
- 40 % Löhne

aufgeteilt ist.

3. Einlage von Treugeberaktien – Ankauf von Geschäftsanteilen

Im Geschäftsjahr 2023/2024 hat kein Treugeber bzw. Direktaktionär der enviaM seine Aktien in die KBE eingelegt. Es wurden auch keine Geschäftsanteile zum Kauf angeboten.

4. Kapitalgeldanlagen der KBE

Die KBE verfügt zum 30. Juni 2024 über nachfolgende Geldanlagen:

Anlageform	Betrag
Termingeld	2.000.000 €
Termingeld	700.000 €
Termingeld	17.500.000 €
Termingeld	17.500.000 €
Termingeld	750.000 €
Gesamt	38.450.000 €

Der zu erwartende Zinsgewinn von ca. 650.000 € fließt dem Finanzergebnis der KBE zu und dient damit einer Stabilisierung der eignen Ausschüttungspolitik.

5. Interne Angelegenheiten der KBE

5.1 Geschäftsstelle der KBE

Die Geschäftsstelle der KBE befindet sich seit Mai 2020 in den Geschäftsräumen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Glacisstraße 3 in 01099 Dresden.

5.2 Koordinierungsstelle kommunal

Die Koordinierungsstelle kommunal bündelt die Interessen der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM gegenüber dem Vorstand enviaM, der E.ON SE als dem Hauptanteilseigner und sonstigen Dritten. Die Kooperation hat sich bewährt und trägt dazu bei, dass es ein gemeinsames Auftreten der beiden Anteilseignergesellschaften KBE und KBM nach außen gibt. Die Anteilseignergesellschaften KBE und KBM haben sich in der Partnerschaftvereinbarung vom 6./7. April 2022 darauf verständigt, die Koordinierungsstelle kommunal (KBE und KBM) bei der Geschäftsstelle der KBE anzusiedeln und die Geschäftsführung der KBE gleichzeitig zur Leitung der Koordinierungsstelle kommunal zu berufen. Die Kosten für die Koordinierungsstelle werden zu 60 % von der KBE und zu 40 % von der KBM getragen.

5.3 Personal der KBE

Die Geschäftsstelle hat eine schmale Personaldecke mit einem Geschäftsführer und einer Mitarbeiterin. 50 % der Personalkosten werden der Koordinierungsstelle kommunal zugeordnet und dort zu 40 % von der KBM und zu 60 % von der KBE getragen. Die rechtliche und steuerrechtliche Beratung wird extern beauftragt.

5.4 Internet-/Intranet-Auftritt

Der modernisierte Internet- und Intranet-Auftritt der KBE wird fortlaufend aktualisiert. Für die Gesellschafter und den Aufsichtsrat gibt es einen eigenen Intranet-Bereich. Damit können Gesellschafter zu jeder Zeit Informationen wie Satzung, Beteiligungsbericht, Beteiligungswert zur Doppik, Protokolle der Gesellschafterversammlung u.a. einsehen bzw. abrufen. Der Aufsichtsrat hat einen eigenen Intranet-Zugang.

6. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

6.1 Ausschüttung

Die Gesellschaftersammlung der KBE hatte am 3. November 2023 beschlossen, für das Geschäftsjahr 2022/2023 das festgestellte Jahresergebnis zum 30. Juni 2023 und einen Teil der Gewinnrücklage mit insgesamt 35.000.000 EURO an die Gesellschafter auszuschütten. Die Ausschüttung in voller Höhe erfolgte nach Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung vom 3. November 2023 am 11. Dezember 2023.

Nach dem vorliegenden Wirtschafts-, Ertrags- und Finanzplan 2023/2024 ist für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 eine Ausschüttung in Höhe von insgesamt 35.000.000 EURO geplant. Über die endgültige Ausschüttung entscheidet die Gesellschafterversammlung am 8. November 2024.

6.2 Ankauf von Geschäftsanteilen – Kündigung zum 30. Juni 2024

Bis zum 30. Juni 2024 gab es keine Kündigung von Geschäftsanteilen und damit keinen Ankauf durch die KBE.

6.3 Aufsichtsrat der KBE

Der Aufsichtsrat der KBE bestand zum Beginn des Wirtschaftsjahres aus 17 Mitgliedern. Für Herrn Herold Quick, der zum 28. Februar 2023 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war, wurde in der Gesellschafterversammlung am 3. November 2023 Herr Göran Schrey, Amtsdirektor Amt Plessa in den Aufsichtsrat der KBE nachgewählt. Im Wirtschaftsjahr 2023/2024 schied Herr Roland März, Bürgermeister Gemeinde Doberschütz zum 1. April 2024 aus dem Aufsichtsrat aus.

In der Gesellschafterversammlung am 8. November 2024 erfolgt die Neuwahl des Aufsichtsrates der KBE.

6.4 Mitwirkung in den Aufsichtsräten der enviaM – MITGAS – MITNETZ STROM

Die KBE ist im Aufsichtsrat der enviaM mit vier Mitgliedern und in den Aufsichtsräten der MITGAS und der MITNETZ STROM mit je einem Mitglied vertreten.

Dem Aufsichtsrat der enviaM gehören von Seiten der KBE an:

Herr Thomas Zenker (Aufsichtsratsvorsitzender KBE), Herr Karsten Schütze (erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der KBE), Frau Astrid Münster (Mitglied des Aufsichtsrates KBE) und Herr Mike Ruckh (Geschäftsführer KBE). Herr Thomas Zenker ist zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden enviaM und Mitglied des Personalausschusses.

Im Aufsichtsrat der MITGAS und im Aufsichtsrat der MITNETZ STROM vertritt der Geschäftsführer der KBE, Herr Mike Ruckh, die kommunalen Anteilseigner.

Durch die Mitwirkung in den Aufsichtsräten besteht ein unmittelbarer Einfluss auf enviaM und deren größte Tochtergesellschaften.

6.5 Vermögens- und Finanzlage/Einnahmeerwartung

Grundlage für die Beurteilung der Vermögens- und Finanzlage der KBE ist die Beteiligung an der enviaM, d.h. Chancen und Risiken der enviaM sind auch Chancen und Risiken der KBE. Der Wert der Beteiligung an der enviaM ist, wie im Gutachten AC Christes & Partner GmbH bestätigt, positiv einzustufen.

Wie kaum eine andere Branche werden die Betriebsergebnisse derzeit von politischen Entscheidungen beeinflusst. Dabei ist es sehr erfreulich, dass enviaM die vorgegebene Dividendenerwartung von 0,65 €/enviaM-Aktie nicht nur erreicht, sondern übertroffen hat. Wir streben an, 0,67 €/enviaM-Aktie zumindest mittelfristig als Dividende zu festigen.

Risiken für die zukünftigen Dividendeneinnahmen bilden nach wie vor eine Reihe noch ausstehender gesetzlicher Regelungen und Verordnungen, die dazu führen könnten, dass die Ertragskraft sinkt, da weiterhin enorme Investitionen sowohl in die Versorgungsnetze durch den massiven Ausbau der

erneuerbaren Energien notwendig sein werden. Hier besteht seitens der Politik Handlungsbedarf. Die Energiebranche braucht insoweit Planungssicherheit und auskömmliche Renditen, um zukunftsorientiert ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ebenso müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt und auf ein notwendiges Maß reduziert werden.

Der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die Erhöhung des Digitalisierungsgrades sind unabdingbare Voraussetzungen für die Stabilität und Werthaltigkeit des Unternehmens enviaM. Künstliche Intelligenz wird bei der Zunahme von PV-Anlagen und Windparks eine große Rolle spielen. Das kostet Geld und Zeit. Politik und Bundesnetzagentur müssen auch die Refinanzierung der Investitionen der Verteilnetzbetreiber im Auge haben.

Die KBE hat keine Darlehensverpflichtungen. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft verfügt über Rücklagen, die in den nächsten Jahren die Kontinuität der Ausschüttung gewährleisten. Für Ankäufe von Geschäftsanteilen wurde mittelfristig ein Betrag von jährlich 200.000 EURO eingeplant. Weitere Ankäufe wären aus der Rücklage möglich. Die laufenden Kosten entsprechen mit Anpassungen dem bisherigen Niveau bzw. werden in der Mittelfristplanung transparent dargestellt.

6.6 Betriebsprüfung des Finanzamtes Chemnitz-Süd für den Zeitraum von 2018 bis 2020

Das Finanzamt Chemnitz-Süd führte für den Veranlagungszeitraum von 2018 bis 2020 eine Betriebsprüfung vom 8. Februar 2024 bis zum 28. März 2024 durch. Die Prüfung erstreckte sich auf die Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und Kapitalertragsteuer. Mit Schreiben vom 4. April 2024 teilte das Finanzamt Chemnitz-Süd der KBE mit, dass die Betriebsprüfung abgeschlossen ist und zu keiner Änderung der Besteuerungsgrundlagen führt.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung für das kommende Geschäftsjahr

Für das folgende Jahr setzt sich enviaM das ambitionierte Ziel, den Kundenbestand bei den privat- und Gewerbekunden zu stabilisieren. In den Bereichen Vertriebshandel, Geschäftskunden und Weiterverteiler werden aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation sowie der politischen Rahmenbedingungen rückläufige Absätze erwartet. Der Gesamtabatz für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden im Geschäftsjahr 2024 wird mit rund 2.914 GWh (2023: 3.685 GWh) geplant.

Das unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen stabile Kerngeschäft ist Grundlage für eine nachhaltige Ergebnisentwicklung. Aufgabe der Geschäftsführung KBE und des Aufsichtsrates ist es, diese Entwicklung konstruktiv zu begleiten und dabei den kommunalen Interessen der Daseinsvorsorge Gehör und Berücksichtigung zu verschaffen.

In der kommenden Gesellschafterversammlung am 8. November 2024 wird der Aufsichtsrat der KBE neu gewählt. Dabei gilt es zu beachten, die erfolgreiche Arbeit der KBE zum Wohle ihrer Gesellschafter fortzusetzen.

8. Chancen und Risiken – zukünftige Entwicklung

Die positive Entwicklung der KBE setzt eine positive Entwicklung der enviaM-Gruppe voraus. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass die Mitwirkungsrechte der kommunalen Anteilseigner durch den 8. Nachtrag gestärkt worden sind und gelebt werden. Die kommunalen Anteilseigner werden sich, wie in der Vergangenheit praktiziert, einbringen und so zur zukunftsorientierten Entwicklung der enviaM-Gruppe beitragen. Die Konzessionen und damit auch die anstehenden Neuabschlüsse, die Erweiterung des Portfolios zu einem Energiedienstleister mit vielen Produkten, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Öffnung zu Kooperationen z.B. im Bereich Wasserstoff, Wärmelösungen für Kommunen, Ladeinfrastruktur oder Breitbandausbau, dass weitere Fortschreiten der Digitalisierung sind Erfolgsfaktoren, die von den kommunalen Anteilseignern gefordert und unterstützt werden.

Die Dividende ist die Grundlage für das Wirken der KBE für die kommunalen Anteilseigner als Aktionäre. Die zukunftsfähige Ausrichtung der enviaM-Gruppe ist der Garant, dass die übertragene Aufgabe Strom

als Daseinsvorsorge zum Wohle der regionalversorgten Städte und Gemeinden mit hoher Versorgungssicherheit erfüllt werden kann. Aus dem Eigeninteresse heraus muss gemeinsam dafür Sorge getragen werden, dass die Dividendenkontinuität sowie die Werthaltigkeit der Beteiligung feste Bestandteile in der Zukunft bleiben. Die Mitwirkung in den Aufsichtsräten, bei Strategiegesprächen und in den sonstigen Gremien ist wichtig, um die Zukunft der enviaM-Gruppe und damit auch die eigene Zukunft mitgestalten zu können.

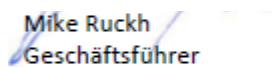
Für die KBE und KBM ist es wichtig, dass das Regionalwerk enviaM, das von 650 regionalversorgten Städten und Gemeinden getragen wird, in seiner Größe, in seinem Gewicht und seiner Selbstständigkeit erhalten bleibt. Strom und Gas ist Daseinsvorsorge, ist Versorgungssicherheit. Die Konzessionen bilden die Basis.

Um die Chancen zu mehren und die Risiken zu mindern, unterstützen die kommunalen Anteilseigner den Vorstand in seiner Arbeit.

Die KBE ist eine Solidargemeinschaft von Städten und Gemeinden, die in vielfältiger Weise die regionalversorgten Städte und Gemeinden in ihren Belangen unterstützt. Die KBE ist gleichermaßen Dienstleister und Interessensvertreter ihrer Gesellschafterkommunen und der Treugeber.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von KBE. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Geschäftsführer davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Chemnitz, Juli 2024

 Mike Ruckh
Geschäftsführer

Anlage 8 – Lagebericht der enviaM

3.2.7 Lagebericht der enviaM (Stand: 31.12.2023)

Ertragslage

	2023		2022	
	Mio €	%	Mio €	%
Umsatzerlöse	2.529,6	94,8	2.547,9	96,2
Andere betriebliche Erträge	139,2	5,2	99,4	3,8
Betriebliche Erträge	2.668,8	100,0	2.647,3	100,0
Materialaufwand	-2.165,5	-81,1	-2.173,6	-82,1
Personalaufwand	-74,2	-2,8	-79,6	-3,0
Abschreibungen	-92,3	-3,5	-94,4	-3,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-131,1	-4,9	-128,4	-4,9
Betriebliche Aufwendungen	-2.463,1	-92,3	-2.476,0	-93,5
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	205,7	7,7	171,3	6,5
Ergebnis Finanzanlagen	275,2	10,3	100,3	3,8
Zinsergebnis	-16,2	-0,6	-7,4	-0,3
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-1,9	-0,1	-45,3	-1,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	462,8	17,3	218,9	8,3
Steuern	-80,1	-3,0	-79,0	-3,0
Sonstige Steuern	-7,4	-0,2	-0,6	0,0
Jahresüberschuss	375,3	14,1	139,3	5,3

(rundungsbedingte %-Abweichungen möglich)

Ergebnis:

Der Jahresüberschuss liegt mit insgesamt 375,3 Mio. € deutlich über dem Niveau des Vorjahres (im Vorjahr: 139,3 Mio. €). Die Ursache für diese Entwicklung ist hauptsächlich im Ergebnis Finanzanlagen sowie in den gegenüber dem Vorjahr geringeren Abschreibungen auf Finanzanlagen und den höheren Zuschreibungen auf Finanzanlagen innerhalb der anderen betrieblichen Erträge zu sehen.

In der Sparte Strom belaufen sich die Umsatzerlöse vor Stromsteuer auf 2.068,3 Mio. € (im Vorjahr: 2.094,4 Mio. €). Im Segment Privat- und Gewerbekunden sind die Umsatzerlöse trotz niedrigerer Absatzmengen preisbedingt aufgrund höherer Beschaffungskosten gestiegen (+210,8 Mio. €). Infolge der Weitergabe unterjährig gesunkener Großhandelspreise liegt im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel ein Rückgang der Umsatzerlöse vor.

Die Umsatzerlöse vor Energiesteuer in der Sparte Gas liegen auf Vorjahresniveau (80,9 Mio. €; im Vorjahr: 79,7 Mio. €).

Es wurden sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 443,3 Mio. € (im Vorjahr: 452,9 Mio. €) erzielt. Die Verminderung um 9,6 Mio. € ist insbesondere auf geringere Erlöse aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten zurückzuführen. Dem entgegen wirken höhere Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen und aus Warenverkäufen.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge, die Bestandsveränderung und die anderen aktivierten Eigenleistungen. Sie summieren sich auf 139,2 Mio. € (im Vorjahr: 99,4 Mio. €). Die Erhöhung um 39,8 Mio. € resultiert mit 21,5 Mio. € aus Zuschreibungen auf

Finanzanlagen und mit weiteren 21,5 Mio. € aus Erträgen aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

Der Materialaufwand ist um 8,1 Mio. € gesunken. Bereinigt um die Veränderung periodenfremder Effekte (-15,8 Mio. €) haben sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren infolge geringerer Bezugsmengen trotz gestiegener spezifischer Bezugspreise für Strom und Gas um 6,2 Mio. € reduziert. Die bezogenen Leistungen sind um 13,9 Mio. € gestiegen, was u.a. auf höhere Aufwendungen für IT und Netznutzung zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand ist insgesamt um 5,4 Mio. € gesunken. Während bei den Löhnen und Gehältern u.a. infolge einer Tarifierhöhung und einer leichten Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter ein Anstieg zu verzeichnen ist, liegt bei den Aufwendungen für Altersversorgung ein Rückgang vor.

Die Abschreibungen des Berichtsjahres liegen mit 2,1 Mio. € unter den Abschreibungen des Vorjahres. Die Verminderung im Vergleich zum Vorjahr resultiert insbesondere aus im Geschäftsjahr erfolgten Anlagenabgängen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahres (+2,7 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist um 174,9 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg resultiert maßgeblich aus deutlich höheren Erträgen aus Ergebnisabführungsverträgen und betrifft im Wesentlichen den Ergebnisabführungsvertrag mit MITNETZ STROM. Außerdem hat sich das Beteiligungsergebnis erhöht. Die MITGAS hat im Berichtsjahr wieder eine Gewinnausschüttung vorgenommen, während dies im Vorjahr nicht erfolgte.

Im Berichtsjahr waren keine Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens (im Vorjahr: 45,3 Mio. €) erforderlich.

Der Steueraufwand liegt insgesamt auf Vorjahresniveau (80,1 Mio. €, im Vorjahr: 79,0 Mio. €). Aufgrund des höheren steuerlichen Ergebnisses hat sich der Ertragssteueraufwand für das Geschäftsjahr um 21,7 Mio. € erhöht. Demgegenüber verringerten sich die periodenfremden Steuern (-20,6 Mio. €).

Die Erhöhung der sonstigen Steuern (7,4 Mio. €; im Vorjahr: 0,6 Mio. €) resultiert im Wesentlichen aus Rückstellungszuführungen.

Anlage 9 – Beteiligungsbericht AZV „Kamenz-Nord“

Der Beteiligungsbericht zum 31.12.2023 wurde durch die ewag kamenz als Geschäftsbesorger aufgestellt. Nachfolgend wird der Inhalt des an die Stadt Bernsdorf übermittelten Berichtes wiedergegeben.

Beteiligungsbericht zum 31.12.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Habel,

wir schreiben Ihnen im Auftrag des Abwasserzweckverbandes (AZV) „Kamenz-Nord“.

Für den durch die Stadt Bernsdorf für das Jahr 2024 zu erstellenden Beteiligungsbericht übersenden wir Ihnen die nach § 99 Abs. 2 Satz 3 SächsGemO geforderten Angaben:

„Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.“

1. Angaben gemäß § 99 Abs. 2 SächsGemO

1.1. Beteiligungsbericht, § 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SächsGemO

Rechtsform des Unternehmens

Körperschaft des öffentlichen Rechts, Zweckverband im Sinne des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

- (1) Gemäß § 3 der Verbandssatzung des AZV „Kamenz-Nord“ vom 26.09.2000, zuletzt geändert am 28.11.2024, nimmt der Zweckverband nach § 3 Abs. 1 der Verbandssatzung die Aufgaben, Rechte und Pflichten aus der Entflechtung und Abwicklung des nach dem Urteil des Sächsischen Obergerichtes nicht rechtmäßig gebildeten Trink- und Abwasserzweckverbandes Hoyerswerda wahr.
- (2) Der Verband ist in seinem räumlichen Wirkungskreis gemäß § 1 Abs. 2 der Verbandssatzung Abwasserbeseitigungspflichtiger im Sinne von § 50 SächsWG und, nach Maßgabe der Verbandssatzung, für Niederschlagswasser, das von öffentlichen Verkehrsflächen abfließt. Er ist auch Beseitigungspflichtiger von anfallendem Schlamm aus Kleinkläranlagen und von Grubeninhalten aus abflusslosen Gruben. Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder zur

Abwasserentsorgung und die hiermit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gegenüber Einleitern und Dritten gehen in vollem Umfang auf den Verband über.

- (3) Zur Erfüllung dieser Aufgabe übernimmt, plant, errichtet, unterhält, erneuert und betreibt er die hierzu erforderlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Ortsnetze und Sonderbauwerke.
- (4) Der Verband kann Abwasser auch von außerhalb des Gebietes nach § 1 Abs. 2 zur Entsorgung annehmen.
- (5) Der Verband hat das Recht, gemäß § 60 Abs. 3 SächsKomZG, Entgelte (Beiträge und Gebühren) zu erheben und im Rahmen seiner Aufgaben die entsprechenden Satzungen zu erlassen. Soweit dies zweckmäßig oder möglich ist, kann er die Entsorgung auf privatrechtlicher Basis mit den Verbrauchern regeln und abrechnen.
- (6) Der Verband erfüllt seine Aufgaben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Er verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.
- (7) Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.
- (8) Der Verband beschäftigt keine hauptamtlichen Bediensteten, es sei denn, die Notwendigkeit ergibt sich aus der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1.

Prozentualer Anteil der Gemeinde

Die Stadt Bernsdorf ist Mitglied des AZV „Kamenz-Nord“, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Geschäftsanteile an einem Zweckverband bestehen nicht.

1.2. Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband, § 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SächsGemO

- | | |
|---|----------|
| - Summe aller Gewinnabführungen an den Haushalt der Gemeinde: | 0,00 EUR |
| - Summe aller per Bescheid im Wirtschaftsjahr 2024 erhobenen bzw. festgesetzten Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Haushalt der Gemeinden für das Wirtschaftsjahr 2024: | |

Der AZV "Kamenz-Nord" hat gegenüber den Mitgliedsgemeinden auf der Grundlage der Haushaltssatzung die Bescheide der Umlage für nicht gebührenfähige Kosten für das Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von insgesamt EUR 254.794,00 erlassen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

• Stadt Lauta:	165.048,05 EUR
• Stadt Bernsdorf:	79.302,49 EUR
• Gemeinde Elsterheide:	10.443,46 EUR
- Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen:	0,00 EUR
- Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen:	0,00 EUR

1.3. Lagebericht des Zweckverbandes, § 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SächsGemO

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024 des AZV „Kamenz-Nord“ liegt diesem Schreiben als Anlage bei.

Sollten noch weitere Angaben erforderlich sein, so bitten wir Sie, sich an uns zu wenden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Energie und Wasserversorgung
Aktiengesellschaft Kamenz

als Geschäftsbesorger des Abwasserzweckverbandes „Kamenz-Nord“

Torsten Pfuhl

Vitus Rudolf
Verbandsbetreuung

Anlage

Lagebericht für das Jahr 2024



Abwasserzweckverband "Kamenz-Nord", Bernsdorf Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der Abwasserzweckverband "Kamenz-Nord", mit Sitz in Bernsdorf, (im Folgenden auch AZV "Kamenz-Nord" genannt) ist ein Vollzweckverband, dem die Pflicht zur Abwasserbeseitigung aufgrund von § 50 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes und, nach Maßgabe der Verbandssatzung, für Niederschlagswasser, das von öffentlichen Verkehrsflächen abfließt, von seinen Mitgliedsgemeinden übertragen wurde. Zur Erfüllung dieser Aufgabe übernimmt, plant, errichtet, unterhält, erneuert und betreibt der Zweckverband die hierzu erforderlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Ortsnetze und Sonderbauwerke. Ferner kann er auch für andere, nicht zum Verbandsgebiet gehörige Gemeinden, Abwasser zur Entsorgung übernehmen.

Verbandsvorsitzender des AZV "Kamenz-Nord" ist Herr Harry Habel, Bürgermeister der Stadt Bernsdorf und stellvertretender Verbandsvorsitzender ist Herr Frank Lehmann, Bürgermeister der Stadt Lauta.

In der Verbandsversammlung am 13. Juni 2024 wurde die Satzungsänderung zur Einführung eines elektronischen Amtsblattes als Veröffentlichungsmedium für den Zweckverband beschlossen. Bisher erfolgen die Veröffentlichungen satzungsgemäß im Wochenkurier. Da die Zustellung des Wochenkuriers nicht mehr im gesamten Entsorgungsgebiet gewährleistet ist, war diese Änderung erforderlich. Seit Genehmigung der Satzungsänderung durch die Rechtsaufsichtsbehörde veröffentlicht der Zweckverband alle Sachverhalte eigenständig auf seiner Homepage im elektronischen Amtsblatt.

Die Verbandssatzung des AZV "Kamenz-Nord" vom 26. September 2000 wurde zuletzt mit Beschluss vom 28. November 2024 geändert. Mit dieser Verbandssatzungsänderung erfolgte der Beitritt des OT Großgrabe und der Ortslage Heide des OT Wiednitz der Stadt Bernsdorf in den AZV "Kamenz-Nord". Die Stadt Bernsdorf bleibt für den verbleibenden OT Wiednitz abwasserbeseitigungspflichtig. Die Änderung der Verbandssatzung wurde mit Bescheid der Rechtsaufsichtsbehörde vom 3. Dezember 2024 genehmigt und trat mit Wirkung zum 28. Dezember 2024 in Kraft.

Mit Beschluss 13/2024 VVS hat die Verbandsversammlung am 28. November 2024 den öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Eingliederung des AZV "Kamenz-Nord" in den Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz (WAZV Lausitz) bestätigt. Aufgrund von aktuellen Änderungen in der Verbandssatzung wurde in der Verbandsversammlung am 12. Juni 2025 der Beschluss erneut gefasst. Die gleichlautende Beschlussfassung soll in der nächsten Verbandsversammlung auch durch den WAZV Lausitz erfolgen.

Anlage 4



Der Jahresabschluss mit dem Lagebericht des AZV "Kamenz-Nord" für das Wirtschaftsjahr 2024 wurde zum 3. Juni 2025 aufgestellt.

Folgende Städte und Gemeinden waren zum 31. Dezember 2024 Mitglied des AZV "Kamenz-Nord":

	Einwohner (Stand: 30. Juni 2024)
Bernsdorf – ohne OT Straßgräbchen und Wiednitz (außer Ortslage Heide)	4.559
Elsterheide	3.396
Lauta	7.979

Im Verbandsgebiet des AZV "Kamenz-Nord" werden mittels mobiler Entsorgung oder durch direkten Anschluss an die öffentliche Abwasserentsorgung die Abwässer von ca. 16.000 Einwohnern sowie den im Verbandsgebiet ansässigen Industrie- und Gewerbebetrieben entsorgt.

Die Kläranlage Bernsdorf ist derzeit zu 68% ausgelastet. Die Kläranlage Zeißholz zeigt eine konstante Entwicklung und ist derzeit zu 30% ausgelastet.

Kläranlagen	EW*	eingeleitete Abwassermenge in m³
Bernsdorf	4.396	159.010
Zeißholz	48	5.002

*) Angeschlossene Einwohnerwerte zzgl. Einwohnergleichwerte (Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Anteil Fäkalienannahme)

Der überwiegende Anteil des zu reinigenden Abwassers im Verbandsgebiet wird in die Kläranlage Hoyerswerda eingeleitet. Dazu wurde ein Vertrag mit der Versorgungsbetriebe Hoyerswerda GmbH, Hoyerswerda (kurz VBH) geschlossen. Die jährlich eingeleitete Jahres-schmutzwassermenge ergibt sich aus den jeweils zum 31. Dezember abgerechneten Trinkwasserverbräuchen der in die Kläranlage Hoyerswerda einleitenden Abnahmestellen des AZV "Kamenz-Nord" zuzüglich eines Fremdwasseranteils von 25 %. Die eingeleitete Jahres-niederschlagswassermenge errechnet sich als Saldo der Jahresgesamteinleitmenge auf der Grundlage des Zählerstandes der Kläranlage Hoyerswerda abzüglich der ermittelten Jahres-schmutzwassermenge.

Im Wirtschaftsjahr 2024 war die zu entsorgende Schmutzwassermenge mit 457.592 m³ gegenüber dem Vorjahr (458.728 m³) leicht rückläufig. Damit werden Umsatzerlöse aus Schmutzwassergebühren in Höhe von TEUR 2.003 (Vorjahr TEUR 2.019) ausgewiesen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Schmutzwassergebühren für das Wirtschaftsjahr 2024 aufgrund der neu geltenden Gebührenkalkulation und der darin enthaltenen Kostenüberdeckung gesunken sind.



Daneben wurde eine Grundstücksfläche von 110.889 m² (Vorjahr 111.046 m²) für Niederschlagswasser veranschlagt. Es wurden Erlöse aus Niederschlagswassergebühren in Höhe von TEUR 118 (Vorjahr TEUR 54) erzielt. Unter Berücksichtigung der neu geltenden Gebührenkalkulation und der sich dabei ergebenden Kostenunterdeckung erfolgte eine Gebührenerhöhung in diesem Bereich.

Es wurden Erlöse aus der mobilen Abwasserentsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben in Höhe von TEUR 104 (Vorjahr TEUR 101) erzielt. Die Entsorgungsmenge beträgt 6.628 m³ (Vorjahr 6.781 m³).

Nichtfinanzielle Leistungsfaktoren

Die Strukturanpassungen in der Entsorgungswirtschaft, die Herausforderungen durch die Energiewende, die Notwendigkeiten der Digitalisierung von Geschäftsabläufen, die demographische Entwicklung im Entsorgungsgebiet, die zunehmenden Gesetzesregelungen und steigenden Anforderungen an die Abwasserentsorgungsanlagen sowie das Personal sind Herausforderungen, denen sich der AZV "Kamenz-Nord" stellen muss. Gemeinsam mit dem Geschäftsbesorger wird der AZV "Kamenz-Nord" die notwendigen Maßnahmen umsetzen.

Als modernes Dienstleistungsunternehmen ist die Kundenpflege eine wichtige Aufgabe für den AZV „Kamenz-Nord“. Die Kundenzufriedenheit steht daher für den AZV "Kamenz-Nord" an erster Stelle.

Der Zweckverband arbeitet daher stetig daran, die Kundenfreundlichkeit zu verbessern. Als regionaler Entsorger ist es wichtig, vor Ort für den Kunden leicht und schnell erreichbar zu sein.

Neben dem Kundenservice ist die preiswerte und umweltfreundliche Abwasserentsorgung für den AZV "Kamenz-Nord" sehr wichtig. Kundenzufriedenheit und die Gebühren- und Beitragshöhen stehen dabei im Focus. Den steigenden Aufwendungen, die Gebührenerhöhungen zur Folge haben können, wird durch regelmäßige Budgetüberwachungen begegnet.



2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Wirtschaftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von TEUR - 351 (Vorjahr Jahresgewinn TEUR 198) ab. Damit erzielt der AZV "Kamenz-Nord" gegenüber dem Vorjahr ein um TEUR 549 geringeres Ergebnis.

Die erzielten Umsatzerlöse betrugen TEUR 2.362 (Vorjahr TEUR 2.793) und sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 431 gesunken. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der periodenfremde Aufwand aus der Zuführung zur sonstigen Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung in Höhe von TEUR 252 sowie der Aufwand aus der Zuführung zur Rückstellung für die kalkulatorische Kostenüberdeckung in Höhe von TEUR 165 (Vorjahr TEUR 120).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen TEUR 288 und werden gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1 höher ausgewiesen. Sie beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Umlagen gegenüber Mitgliedsgemeinden (TEUR 255, Vorjahr TEUR 255), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 7, Vorjahr TEUR 0) und periodenfremde Erträge (TEUR 18, Vorjahr TEUR 21).

Der Materialaufwand betrug TEUR 2.036 und wird gegenüber dem Vorjahr um TEUR 103 höher ausgewiesen. Hierin enthalten sind im Wesentlichen die Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung mit TEUR 855 (Vorjahr TEUR 687), das Einleitungsentgelt VBH mit TEUR 775 (Vorjahr TEUR 780) sowie die bezogenen Leistungen im Rahmen von Havariefällen mit TEUR 197 (Vorjahr TEUR 249).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in Höhe von insgesamt TEUR 134 (Vorjahr TEUR 122) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen die Versicherungen, Zählerlernaufschlag, Sonstige Instandhaltungsaufwendungen, Abwasserabgabe, Abschluss- und Prüfungskosten und Fremdleistungen.

Finanz- und Vermögenslage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Wirtschaftsjahr 2024 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (hier zusammengefasste Darstellung):

	2024 TEUR	2023 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	223	252
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-85	-352
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-380	-380
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-242	-480
Finanzmittelbestand Anfang der Periode	2.349	2.829
Finanzmittelbestand Ende der Periode	2.107	2.349

Unterschiede im Finanzmittelfonds am Anfang oder am Ende der Periode können sich aufgrund der Stichtagsbetrachtung ergeben. Der Zweckverband war im Wirtschaftsjahr 2024 jederzeit in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Der AZV "Kamenz-Nord" weist zum 31. Dezember 2024 eine Bilanzsumme von TEUR 33.864 (Vorjahr TEUR 34.614) aus.

Das Anlagevermögen beträgt zum 31. Dezember 2024 TEUR 30.686 (Vorjahr TEUR 31.268) und unterliegt somit einem Rückgang um TEUR 582. Im Wirtschaftsjahr 2024 sind im AZV "Kamenz-Nord" Anlagenzugänge in Höhe von TEUR 90 (Vorjahr TEUR 424) zu verzeichnen. Die Abschreibungen betragen im Wirtschaftsjahr 2024 TEUR 646 (Vorjahr TEUR 649) und sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 90,6 % (Vorjahr 90,3 %) und ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte gestiegen.

Das Umlaufvermögen zum 31. Dezember 2024 beträgt TEUR 3.170 (Vorjahr TEUR 3.338). Veränderungen innerhalb des Umlaufvermögens betreffen im Wesentlichen den Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, der im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 1.063 (Vorjahr 989) gestiegen ist. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten insbesondere Forderungen aus Schmutzwassergebühren einschließlich mobiler Entsorgung in Höhe von TEUR 426 (Vorjahr TEUR 398) und aus der Regenwassereinleitung in die Kläranlagen in Höhe von TEUR 110 (Vorjahr TEUR 52). Auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 19 (Vorjahr TEUR 23) und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von TEUR 5 (Vorjahr TEUR 4) vorgenommen. Hinsichtlich der Veränderung der Forderungen an die Gemeinde/andere Eigenbetriebe sowie der sonstigen Vermögensgegenstände wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen. Bezüglich der Veränderung der flüssigen Mittel verweisen wir auf die vorstehende zusammengefasste Kapitalflussrechnung.

Anlage 4



Das bilanzielle Eigenkapital des AZV "Kamenitz-Nord" entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2024 wie folgt:

	Stand 1.1.2024 TEUR	Abgang 2024 TEUR	Zuführung 2024 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR
Kapitalrücklage	12.996	14	2	12.984
Gewinnvortrag	264	0	198	462
Jahresverlust/-gewinn	198	198	-351	-351
	<u>13.458</u>	<u>212</u>	<u>-151</u>	<u>13.095</u>

Der AZV "Kamenitz-Nord" weist unter Berücksichtigung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und der Empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2024 ein wirtschaftliches Eigenkapital in Höhe von TEUR 23.923 (Vorjahr TEUR 24.490) aus und ist gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % gesunken. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf den Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2024 sowie die Veränderung der Zuschüsse zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote – gemessen am wirtschaftlichen Eigenkapital – beträgt 70,6 % (Vorjahr 70,8 %).

Der Zweckverband hat im Wirtschaftsjahr 2024 keine Fördermittel erhalten. Die erhaltenen Fördermittel aus Vorjahren wurden im Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von TEUR 181 (Vorjahr TEUR 270) aufgelöst. Die Auflösung wird unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2024 wie folgt entwickelt:

	Stand 1.1.2024 TEUR	Aufzinsung 2024 TEUR	Umgliedg. in so. Verbindl. 2024 TEUR	Inanspruch- nahme 2024 TEUR	Auflösung 2024 TEUR	Zuführung 2024 TEUR	Abzinsung 2024 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR
Kalkulatorische Kostenüberdeckung	667	42	709	0	0	165	18	147
Abschluss- und Prüfungskosten	14	0	0	10	4	12	0	12
Abwasserabgabe	25	0	0	22	3	11	0	11
Ausstehende Kostenrechnung	0	0	0	0	0	1	0	1
	<u>706</u>	<u>42</u>	<u>709</u>	<u>32</u>	<u>7</u>	<u>189</u>	<u>18</u>	<u>171</u>

Der Gebührenkalkulationszeitraum des AZV "Kamenitz-Nord" endet regulär zum 31. Dezember 2025. Mit Beschluss Nr. 15/2023 VVS hat die Verbandsversammlung den Geschäftsbesorger beauftragt, gemeinsam mit der Allevo Kommunalberatung GmbH, Reichenbach/V., (Allevo) zu prüfen, ob ein vorzeitiger Abbruch des derzeitigen Gebührenkalkulationszeitraums notwendig ist. Durch die Allevo wurde aufgrund der Beschlusslage die



Gebührenkalkulation mit dem Vorauskalkulationszeitraum 2024 bis 2028 einschließlich der Nachberechnung für die Wirtschaftsjahre 2021 bis 2023 erarbeitet. Die Kalkulationsergebnisse zeigten, dass die aktuellen Gebühren in einzelnen Gebührentatbeständen die tatsächlichen Kosten nicht decken. Darüber hinaus bestand bereits eine hohe Kostenüberdeckung im Bereich der zentralen Abwasserbeseitigung, sodass eine Anpassung der Gebühren ab dem Wirtschaftsjahr 2024 wirtschaftlich sinnvoll ist. Der bestehende Gebührenkalkulationszeitraum endete damit vorzeitig zum 31. Dezember 2023.

Die zum 31. Dezember 2023 ausgewiesene Rückstellung der Kostenüberdeckung für den Folgezeitraum in Höhe von TEUR 709 (vor Abzinsung) wurde im Wirtschaftsjahr 2024 in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert und an die Ergebnisse der Nachberechnung für die Wirtschaftsjahre 2021 bis 2023 angepasst. Im Rahmen der Jahresabschlusserstellung wurde die Nachberechnung für das Wirtschaftsjahr 2024 durchgeführt. Im Ergebnis wurde eine Rückstellung für die kalkulatorische Kostenüberdeckung für den Folgezeitraum zum 31. Dezember 2024 in Höhe von TEUR 165, unter Berücksichtigung der Abzinsung in Höhe von TEUR 147, gebildet. Diese Zuführungsbuchung wird erlösmindernd unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag werden langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 8.606 ausgewiesen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 273 gestiegen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 79 gestiegen und betragen TEUR 1.164 (Vorjahr TEUR 1.085). Es wird hierzu auf die Darstellung der "Verbindlichkeiten" im Anhang verwiesen. Die Veränderung der Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen auf die planmäßige Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 380 sowie auf die Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung von TEUR 693 auf TEUR 1.304 zurückzuführen. Kreditneuaufnahmen erfolgten im Wirtschaftsjahr 2024 nicht.

Zum 31. Dezember 2023 wurde eine sonstige Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung in Höhe von TEUR 693 ausgewiesen. Im Wirtschaftsjahr 2024 erfolgte eine Umgliederung aus der zum 31. Dezember 2023 ausgewiesenen Rückstellung der Kostenüberdeckung in Höhe von TEUR 709 in die sonstige Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung. Darüber hinaus ergab sich aufgrund der mit der Gebührenkalkulation durchgeführten Nachberechnung für die Wirtschaftsjahre 2021 bis 2023 eine weitere Zuführung in Höhe von TEUR 252. Aufgrund der im Wirtschaftsjahr 2024 erfassten linearen Auflösung in Höhe von TEUR 326 und einer Auflösung für Vorjahre in Höhe von TEUR 24 wird zum 31. Dezember 2024 eine sonstige Verbindlichkeit von TEUR 1.304 ausgewiesen.



Gesamtbeurteilung der Lage des Zweckverbands

Die wirtschaftliche Lage des AZV "Kamenitz-Nord" zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts wird positiv beurteilt.

3. Risiko- und Chancenbericht

Durch die bestehenden Lieferkettenprobleme, die Preissteigerungen an den Energiemärkten und für Dienstleistungen sowie Materialaufwendungen wird die wirtschaftliche Entwicklung des Zweckverbandes weiter negativ beeinflusst. Damit verbunden können Gebührenerhöhungen für die Folgejahre nicht ausgeschlossen werden. Erste Auswirkungen wurden bereits in der derzeit geltenden Gebührenkalkulation für den Vorkalkulationszeitraum 2024 bis 2028 mit dem Nachrechnungszeitraum 2021 bis 2023 berücksichtigt.

Die Abwässer der Mitgliedsgemeinden Lauta und Elsterheide, OT Geierswalde und Tätzschwitz, des AZV "Kamenitz-Nord" werden über eine Abwasserdruckleitung in die Kläranlage der VBH in Elsterheide, OT Bergen, geleitet. Diese Leitung verläuft über das Gelände des ehemaligen Tagebaus Laubusch/Kortitzmühle, das aufgrund von großflächigen Geländeeinbrüchen 2011 durch die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH gesperrt wurde. Der AZV "Kamenitz-Nord" unterliegt einem Betretungsverbot dieses Sperrbereichs, wodurch notwendige Wartungs- und Reparaturarbeiten unmöglich sind. Ein Havariefall würde zu unkontrolliertem Abwasseraustritt und der Notwendigkeit einer mobilen Entsorgung für ca. 10.000 Einwohner führen. Dabei handelt es sich um ca. 266.000 m³/a. Um dieses Risiko zu minimieren, muss die vorhandene Abwasserdruckleitung außerhalb des Sperrgebietes neu errichtet werden. Eine eigenständige Finanzierung dieses Vorhabens ist für den AZV "Kamenitz-Nord" nicht möglich, weshalb Fördermittel erforderlich sind. Der AZV "Kamenitz-Nord" hat einen Projektantrag gemäß der Förderrichtlinie 1. RL - StEP Revier bei der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung GmbH (SAS) eingereicht. Nach einem erfolgreichen Antragsverfahren und der Fördermittelbeantragung bei der SAB liegt dem AZV "Kamenitz-Nord" der Zuwendungsbescheid für das Investitionsvorhaben "Schaffung einer bergbauunabhängigen Abwasserentsorgung in den Mitgliedsgemeinden Lauta und Elsterheide" vor. Die Realisierung dieses Bauvorhabens wird zukünftig eine Hauptaufgabe des AZV "Kamenitz-Nord" sein und ist bis Ende Dezember 2028 abzuschließen. Mit Abschluss dieses Bauvorhabens wird ein großes Problem im Entsorgungsgebiet des AZV "Kamenitz-Nord" geklärt. Die umweltfreundliche und sichere Abwasserentsorgung ist dann wieder vollständig gegeben.

Mit der geplanten Eingliederung des AZV "Kamenitz-Nord" in den Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz zum 1. Januar 2026 und der damit verbundenen Konsolidierung besteht die Möglichkeit, Aufwendungen, insbesondere im Verwaltungsbereich, zu minimieren.



Dies will der Zweckverband mit nutzen, um auf zukünftige Preissteigerungen besser Einfluss nehmen zu können.

Die gestundeten Forderungen für Abwasserbeiträge in Höhe von TEUR 402 (Vorjahr TEUR 418) stellen derzeit kein großes Liquiditätsrisiko dar. Verzögerungen von Kundenzahlungen können kurzfristige Liquiditätsengpässe verursachen, welche aktuell im Zweckverband nicht zu verzeichnen waren.

4. Voraussichtliche Entwicklung

Der AZV "Kamenz-Nord" prüft weiterhin aufgrund der erlassenen gesetzlichen Vorschriften, inwieweit für ihn die Umsatzsteuerpflicht zukünftig Anwendung findet.

Am 18. Februar 2025 erhielt der AZV "Kamenz-Nord" die Prüfungsankündigung zur Überörtlichen Prüfung des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Löbau für die Wirtschaftsjahre 2015 bis 2023. Die Prüfungshandlungen haben im Mai 2025 begonnen. Derzeit werden weiterhin die angeforderten Unterlagen zusammengestellt und dem beauftragten Prüfer übergeben.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 ist grundsätzlich von einer positiven Entwicklung des AZV "Kamenz-Nord" auszugehen. Es wird mit Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 2.922 sowie mit einem Jahresgewinn in Höhe von TEUR 7 geplant.

Im Ergebnis der Gebührenkalkulation erhebt der AZV "Kamenz-Nord" weiterhin kostendeckende Gebühren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kostenüber- und Kostenunterdeckungen aus dem vergangenen abgeschlossenen Gebührenkalkulationszeitraum gebührenmindernd bzw. gebührenerhöhend wirken. Insoweit werden die Einnahmen und Ausgaben des Zweckverbandes regelmäßig überwacht, um Liquiditätsprobleme vorzubeugen.

Der AZV "Kamenz-Nord" plant mittelfristig Investitionen in die Abwasserbeseitigung der Stadt Lauta und der Gemeinde Elsterheide (OT Geierswalde und Tätzschwitz). Die Realisierung des Projekts war ursprünglich vom 19. Februar 2024 bis zum 11. April 2025 geplant. Die Landestalsperrenverwaltung (LTV) des Freistaates Sachsen lehnte jedoch die Verlegung der Druckleitung im vorgenannten Umsetzungs- und Bewilligungszeitraum ab. Zur Klärung und Abstimmung von Alternativen fanden Beratungen mit Vertretern des Geschäftsbesorgers, der LTV, der Unteren Wasserbehörde Bautzen und der LMBV statt, um die Umsetzung bis zum 31. Dezember 2026 zu prüfen. Im Ergebnis der Abstimmung wird der AZV "Kamenz-Nord" mit der LMBV zusammenarbeiten und die Trassenlegung ändern. Es ist geplant, das Projekt unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse bis zum 31. Dezember 2028 zu realisieren.

Anlage 4



5. Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO

Der AZV "Kamenz-Nord" hat gegenüber den Mitgliedsgemeinden auf der Grundlage der Haushaltssatzung die Bescheide der Umlage für nicht gebührenfähige Kosten für das Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von insgesamt EUR 254.794,00 erlassen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Stadt Lauta	165.048,05
Stadt Bernsdorf	79.302,49
Gemeinde Elsterheide	10.443,46

Die Anforderungen gemäß § 289 Abs. 2 Handelsgesetzbuch i. V. m. § 30 Sächsische Eigenbetriebsverordnung sind für den AZV "Kamenz-Nord" nicht relevant.

Bernsdorf, den 27. Juni 2025

Harry Habel
Verbandsvorsitzender

Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz, Kamenz Beteiligungsbericht für das Berichtsjahr 2024

1. Unmittelbare Beteiligung des Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz an der ewag kamenz Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft Kamenz, Kamenz

Der Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz (WAZV Lausitz) ist zu 63,34 % mit 7.067.459 Stückaktien an der ewag kamenz Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft Kamenz, Kamenz (ewag kamenz) beteiligt.

1.1. Angaben gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO für die ewag kamenz

Rechtsform des Unternehmens

Aktiengesellschaft

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Strom, Wärme, Gas und anderen Energien, die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft diese Aufgaben für Gemeinden, Zweckverbände und Dritte erfüllen. Die Energieversorgung umfasst die Erzeugung oder Gewinnung von Energie zur Belieferung von Kunden, den Vertrieb der Energie an den Kunden und den Betrieb von Energieversorgungsnetzen. Weitere damit im Zusammenhang stehende Aufgaben können auf die Gesellschaft übertragen werden.

Grundkapital

Das Grundkapital der ewag kamenz beträgt zum 31. Dezember 2024 EUR 11.157.959,00.

Prozentualer Anteil des WAZV Lausitz

Der Anteil des WAZV Lausitz an der ewag kamenz beträgt zum 31. Dezember 2024 63,34%.

1.2. Finanzbeziehungen zwischen dem WAZV Lausitz und der ewag kamenz gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO

Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen an den Verbandshaushalt

- Keine

Summe aller vom Verband übernommenen sonstigen Gewährleistungen

Der WAZV Lausitz hat im Jahr 2006 gegenüber der Ostsächsische Sparkasse Dresden eine weiche Patronatserklärung erteilt, aus der dem WAZV Lausitz keine finanzielle Belastung entsteht.

- Weiche Patronatserklärung des WAZV Lausitz vom 03. Juli 2006 über EUR 1.137.429,73
 - tatsächlich in Anspruch genommener Kreditbetrag zum 31. Dezember 2024 EUR 0,00

1.3. Lagebericht (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO) der ewag kamenz

Der Lagebericht der ewag kamenz für das Geschäftsjahr 2024 liegt diesem Beteiligungsbericht als Anlage 1 bei.

2. Angaben gemäß § 99 Abs. 3 SächsGemO für die ewag kamenz

2.1. Beteiligungsbericht § 99 Abs. 3 Nr. 1 SächsGemO

Organe des Unternehmens gemäß § 6 der Satzung unter namentlicher Nennung

Die Organe der Gesellschaft sind:

- Hauptversammlung
- Aufsichtsrat
Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren bis zum 4. August 2024:
 - Roland Dantz, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Kamenz
 - Heiko Driesnack, Bürgermeister der Stadt Königsbrück (Aufsichtsratsvorsitzender)
 - Jan Geppert, Geschäftsführer
 - Harry Habel, Bürgermeister der Stadt Bernsdorf
 - Dietmar Koark, Bürgermeister i.R. (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
 - Markus Posch, Bürgermeister der Stadt Wittichenau
 - Hubertus Rietscher, Bürgermeister der Gemeinde Ralbitz-Rosenthal
 - Frank Wachholz, Bürgermeister der Stadt Elstra
 - Rolf Ziesche, Geschäftsführer.

Im Berichtsjahr hat sich der Aufsichtsrat neu konstituiert und besteht nunmehr aus folgenden Mitgliedern:

- Roland Dantz, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Kamenz (ab 1. Oktober 2024)
- Heiko Driesnack, Bürgermeister der Stadt Königsbrück (ab 5. August 2024), (Aufsichtsratsvorsitzender)
- Antje Gasterstädt, Bürgermeisterin der Gemeinde Elsterheide (ab 5. August 2024)
- Jan Geppert, Geschäftsführer (ab 1. Oktober 2024)
- Harry Habel, Bürgermeister der Stadt Bernsdorf (ab 5. August 2024)
- Markus Posch, Bürgermeister der Stadt Wittichenau (ab 5. August 2024), (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ab 28. Oktober 2024)
- Hubertus Rietscher, Bürgermeister der Gemeinde Ralbitz-Rosenthal (ab 5. August 2024)
- Frank Wachholz, Bürgermeister der Stadt Elstra (ab 5. August 2024)
- Rolf Ziesche, Geschäftsführer (ab 1. Oktober 2024).

- **Vorstand**

Herr Torsten Pfuhl, Diplom-Ingenieur, vertritt als Vorstand die Gesellschaft.

Der Vorstand hat Frau Carola Sende und Herrn Matthias Wiemann Prokura zur Vertretung der ewag kamenz erteilt. Die Prokura berechtigt zur Vertretung der ewag kamenz, soweit die Vertretung durch den Vorstand wegen Urlaub, Krankheit oder aus anderen Gründen nicht möglich ist.

Anzahl der Mitarbeiter

Die ewag kamenz beschäftigt im Geschäftsjahr 2024 durchschnittlich 108 Mitarbeiter.

Name des bestellten Abschlussprüfers

eureos gmbh, wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden

Andere Anteilseigner

Kommunale Dienste Kamenz GmbH, Kamenz,
Stand 31. Dezember 2024

36,66 %

2.2. Beteiligungsbericht § 99 Abs. 3 Nr. 2 SächsGemO

2.2.1. Wesentliche Bilanz- und Leistungskennzahlen der ewag kamenz einschließlich der Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

	2024	2023	2022
	TEUR	TEUR	TEUR
Investitionen	5.729	2.511	2.319
Anlagevermögen	64.897	64.680	67.439
Umlaufvermögen	18.730	18.697	12.394
Übrige Aktiva	86	105	87
Aktive latente Steuern	0	0	0
wirtschaftliches Eigenkapital	45.796	42.665	40.446
Langfristige Verbindlichkeiten *	26.740	29.095	29.694
Kurzfristige Verbindlichkeiten *	10.821	11.343	9.915
- in Verbindlichkeiten enthaltene Bankdarlehen	22.827	25.400	24.755
Übrige Passiva	8	8	0
Passive latente Steuern	348	371	405
Bilanzsumme	83.713	83.482	80.460
Umsatz	38.896	39.275	34.969
AP = Umsatz je Mitarbeiter	360	364	357
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.609	7.303	4.143
Eigenkapitalquote (in %) **	54,7	51,1	50,3
Eigenkapitalrentabilität (in %) **	2,0	5,9	0,9
Gesamtkapitalrentabilität (in %) ***	1,8	3,8	1,0

* gemäß Prüfungsbericht zum jeweiligen Jahresabschluss

** bezogen auf das wirtschaftliche Eigenkapital

*** Jahresergebnis zzgl. Fremdkapitalzins bezogen auf die Bilanzsumme

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 934 (Vorjahr TEUR 2.538) ab.

Die erzielten Umsatzerlöse betrugen TEUR 38.896 (Vorjahr TEUR 39.275) und setzen sich wie folgt zusammen:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Trinkwasserversorgung	11.676	9.997
Trinkwasser (Betriebsführung)	599	495
Abwasser (Betriebsführung)	5.752	5.374
Energieerzeugung	2.080	1.947
Stromvertrieb	9.467	11.906
Wärmeversorgung	6.382	6.591
Elektrizitätsverteilung	2.757	2.780
Strombetrieb Netz Nebengeschäfte	117	106
Andere Aktivitäten	66	79
	38.896	39.275

Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Trinkwasserversorgung betrugen TEUR 11.676 (Vorjahr TEUR 9.997). Damit werden die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 unter Berücksichtigung der seit dem 1. April 2024 geltenden Trinkwasserentgelte um TEUR 1.679 höher ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Trinkwasserentgeltkalkulation für den Vorkalkulationszeitraum 2023 bis 2027 und dem Nachrechnungszeitraum 2018 bis 2022 wurde eine Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung des abgeschlossenen Kalkulationszeitraumes mit einem Betrag in Höhe von TEUR 66 gebildet, die im Geschäftsjahr 2024 mit einem Betrag in Höhe von TEUR 13 aufgelöst wurde. Im Rahmen der Jahresabschlusserstellung für das Geschäftsjahr 2024 wurde eine Nachberechnung zur Trinkwasserentgeltkalkulation vorgenommen. Eine Kostenüberdeckung ergab sich daraus für das Geschäftsjahr 2024 nicht.

Für die Trinkwasserbetriebsführungen wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 599 (Vorjahr TEUR 495) vereinnahmt. Dabei sind die Betriebsführungen für die Trinkwasserbereiche des WAZV Lausitz mit enthalten.

Im Rahmen der Betriebsführung Abwasserentsorgung wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 5.752 (Vorjahr TEUR 5.374) erzielt.

Der Geschäftsbereich Energieerzeugung erzielte im Geschäftsjahr 2024 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 2.080 (Vorjahr TEUR 1.947). Damit steigen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um TEUR 133. Witterungsbedingt wurden im Geschäftsjahr 2024 höhere Umsatzerlöse aus der Einspeisevergütung für die Photovoltaikanlage auf dem Verkehrslandeplatz Kamenz erzielt. Weiterhin vereinnahmt der Geschäftsbereich Energieerzeugung Erlöse aus vermiedenen Netzentgelten.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden im Geschäftsbereich Stromvertrieb Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 9.467 (Vorjahr TEUR 11.906) erzielt. Die gesunkenen Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 sind im Wesentlichen auf die vorgenommenen Preisanpassungen und auf Kundenverluste zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 6.382 (Vorjahr TEUR 6.591) erzielt. Die Umsatzerlöse sind unter Berücksichtigung der vorgenommenen Preisanpassungen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 209 gesunken.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Elektrizitätsverteilung betrugen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 2.757 (Vorjahr TEUR 2.780). Gegenüber dem Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2024 somit TEUR 23 geringere Umsatzerlöse erzielt.

In den Umsatzerlösen sind des Weiteren Erlöse für Nebengeschäfte des Stromnetzbetriebes in Höhe von TEUR 117 (Vorjahr TEUR 106) enthalten.

Es ist zu berücksichtigen, dass der Ausweis der Umsatzerlöse der Geschäftsbereiche Energieerzeugung, Stromvertrieb und Elektrizitätsverteilung ohne Berücksichtigung der Inenumsätze zwischen diesen Geschäftsbereichen erfolgt. Bei den Inenumsätzen handelt es sich um die Verrechnung der innerbetrieblichen Netznutzungsentgelte des Geschäftsbereiches Elektrizitätsverteilung an den Geschäftsbereich Stromvertrieb, um die Vereinnahmung von Erlösen der dezentralen Erzeugungsanlagen durch den Geschäftsbereich Elektrizitätsverteilung, welche an die Energieerzeugung verrechnet werden und um innerbetriebliche Energielieferungen des Geschäftsbereiches Energieerzeugung an die Geschäftsbereiche Stromvertrieb und Wärmeversorgung.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Andere Aktivitäten in Höhe von TEUR 66 beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen für die DIGImeto GmbH & Co. KG.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen TEUR 1.285 und werden gegenüber dem Vorjahr um TEUR 324 geringer ausgewiesen. Sie beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (empfangene Baukostenzuschüsse/Ertragszuschüsse, Investitionszuschüsse und Erschließungsvereinbarungen), Erträge aus Weiterberechnungen, Erträge aus der Erstattung der Stromsteuer und Energiesteuer,

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen, Erträge aus Schadensfällen sowie Versicherungsentschädigungen und periodenfremde Erträge.

Der Materialaufwand betrug TEUR 19.956 und wird gegenüber dem Vorjahr um TEUR 294 höher ausgewiesen. Dies ist hauptsächlich auf die Entwicklung der Netzentgelte sowie Umlagen für das vorgelagerte Netz zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen unterliegen einer Steigerung um TEUR 335, die im Wesentlichen mit einer Entgeltsteigerung zum 1. Januar 2024 begründet ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in Höhe von insgesamt TEUR 6.722 (Vorjahr TEUR 5.882) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2024 sind die Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen sowie Wartungs- und Instandhaltungskosten gestiegen.

Die ewag kamenz weist für das Geschäftsjahr 2024 einen Aufwand aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von insgesamt TEUR 373 (Vorjahr TEUR 801) aus. Davon betreffen im Wesentlichen TEUR 430 Ertragsteueraufwand für das Geschäftsjahr 2024 sowie TEUR 34 einen Erstattungsanspruch für Vorjahre.

Finanz- und Vermögenslage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Geschäftsjahr 2024 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (hier zusammengefasste Darstellung):

	2024 TEUR	2023 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.609	7.303
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.090	-2.039
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.205	28
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-2.686	5.292
Finanzmittelbestand Anfang der Periode	8.425	3.133
Finanzmittelbestand Ende der Periode	5.739	8.425

Unterschiede im Finanzmittelfonds am Anfang oder am Ende der Periode können sich aufgrund der Stichtagsbetrachtung ergeben. Die ewag kamenz war im Geschäftsjahr 2024 jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die ewag kamenz weist zum 31. Dezember 2024 eine Bilanzsumme von TEUR 83.713 (Vorjahr TEUR 83.482) aus.

Im Anlagevermögen in Höhe von TEUR 64.897 (Vorjahr TEUR 64.680) steht dem Investitionsvolumen von TEUR 5.729 (Vorjahr TEUR 2.511) eine Abschreibungssumme in Höhe von TEUR 5.238 (Vorjahr TEUR 5.215) sowie im Übrigen Anlagenabgänge gegenüber. Die Investitionen betreffen hauptsächlich das Sachanlagevermögen mit TEUR 5.610 (Vorjahr TEUR 2.422). Die größten Einzelinvestitionen betreffen den Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt unverändert wie im Vorjahr 77,5 %.

Das Umlaufvermögen zum 31. Dezember 2024 beträgt TEUR 18.730 (Vorjahr TEUR 18.697). Veränderungen innerhalb des Umlaufvermögens betreffen im Wesentlichen den Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, der im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 12.079 (Vorjahr 9.391) gestiegen ist. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus der Trinkwasser-, Strom- und Wärmelieferung sowie aus der Geschäftsbesorgung. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten unter anderem Forderungen gegen den WAZV Lausitz als Gesellschafter. Bezüglich der Veränderung der flüssigen Mittel verweisen wir auf die vorstehende zusammengefasste Kapitalflussrechnung. Sonstige Wertpapiere werden in Höhe von TEUR 2.048 (Vorjahr TEUR 0) ausgewiesen und betreffen eine Fondsanlage.

Das wirtschaftliche Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 7,34 % gestiegen und beträgt TEUR 45.796 (Vorjahr TEUR 42.665). Die Veränderung ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Zuschüsse und auf den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2024 zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote, gemessen am wirtschaftlichen Eigenkapital, beträgt 54,7 % (Vorjahr 51,1 %).

Die ewag kamenz hat im Geschäftsjahr 2024 Fördermittel in Höhe von TEUR 3.088 (Vorjahr TEUR 74) erhalten.

Rückstellungen werden in Höhe von insgesamt TEUR 2.277 (Vorjahr TEUR 2.264) ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag werden langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 23.327 ausgewiesen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.218 gesunken. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 615 gesunken und betragen TEUR 8.872 (Vorjahr TEUR 9.487).

Von den zum 31. Dezember 2024 ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von insgesamt TEUR 22.827 sind TEUR 2.538 besichert. Die

Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 2.573 ist auf planmäßige Tilgungen zurückzuführen.

2.2.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren der ewag kamenz für das Geschäftsjahr 2024

Die Strukturanpassungen in der Ver- und Entsorgungswirtschaft, die Herausforderungen durch die Energiewende, die Notwendigkeiten der Digitalisierung von Geschäftsabläufen, die demographische Entwicklung in den Ver- und Entsorgungsgebieten der ewag kamenz und die Konkurrenzsituation am Markt sind Herausforderungen, denen sich die ewag kamenz stellen muss. Den damit verbundenen erhöhten Anforderungen an die Mitarbeiter wird auch künftig durch zielgerichtete Qualifikation der Mitarbeiter begegnet.

Ziel ist es, dass bestehende Fachpersonal der ewag kamenz im Unternehmen zu halten, neues Fachpersonal für die ewag kamenz zu gewinnen, den altersbedingten Personalwechsel im Unternehmen zu sichern und dem bestehenden Personal eine attraktive Perspektive im Unternehmen aufzuzeigen.

Als modernes Dienstleistungsunternehmen ist die Kundenpflege eine wichtige Aufgabe für die ewag kamenz. Die ewag kamenz arbeitet daher stetig daran, ihre Kundenfreundlichkeit zu verbessern. Als regionaler Versorger ist es wichtig, vor Ort für den Kunden leicht und schnell erreichbar zu sein. Ziel ist es insbesondere die Bestandskunden zu halten, aber auch Neukunden zu gewinnen.

Mit der Erzeugung von Strom und Wärme aus den eigenen Erzeugungsanlagen der ewag kamenz wird die CO₂-Neutralität auch von der ewag kamenz angestrebt. Die preisgünstige und umweltverträgliche Versorgung mit Trinkwasser, Strom und Wärme ist dabei oberstes Gebot. Die mit der Energiewende einhergehenden Änderungen wird auch die ewag kamenz zukünftig umsetzen.

2.2.3. Vergleich der Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2024 gegenüber den Annahmen des Wirtschaftsplanes

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von TEUR 38.896 übersteigen den anteiligen Wirtschaftsplanansatz für das Jahr 2024 in Höhe von TEUR 37.074 um TEUR 1.822. Der wesentliche Anstieg der Umsatzerlöse basiert auf der vorgenommenen Preisanpassung im Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung.

Der Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung weist Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 11.676 aus, welche um TEUR 1.218 den Planansatz übersteigen. Die Zunahme resultiert aus den seit dem 1. April 2024 geltenden Trinkwasserentgelten.

Die Umsatzerlöse für die Trink- und Abwassergeschäftsbesorgungen in Höhe von TEUR 6.351 übersteigen den Planansatz um TEUR 205.

Im Geschäftsbereich Energieerzeugung wurden gegenüber dem Planwert witterungsbedingt um TEUR 136 geringere Umsatzerlöse erzielt. Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Einspeisevergütung der Photovoltaikanlage auf dem Verkehrslandeplatz Kamenz. Darüber hinaus werden vermiedene Netznutzungsentgelte für die KWK-Anlage in Pulsnitz und Erlöse aus der E-Mobilität vereinnahmt.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Wärmeversorgung übersteigen witterungsbedingt den Planansatz um TEUR 35 und werden in Höhe von TEUR 6.382 ausgewiesen.

Der Geschäftsbereich Stromvertrieb weist einen um TEUR 444 höheren Umsatz gegenüber dem Wirtschaftsplan aus. Insbesondere die Änderungen der gesetzlichen Abgaben und Umlagen in Verbindung mit den vorgenommenen Preisanpassungen führten zu dieser Erlössteigerung gegenüber dem Wirtschaftsplan.

Im Geschäftsbereich Elektrizitätsverteilung werden um TEUR 43 höhere Umsatzerlöse als geplant ausgewiesen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die KWK-Zuschläge für die KWK-Anlagen der ewag kamenz im eigenen Stromnetzgebiet der Große Kreisstadt Kamenz im Geschäftsjahr 2024 bereits gesunken sind.

Die Umsatzerlöse der Anderen Aktivitäten werden gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 um TEUR 12 höher ausgewiesen.

Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 19.956 wird gegenüber dem Planwert des Wirtschaftsplanes 2024 um TEUR 270 geringer ausgewiesen.

Im Wirtschaftsplan 2024 wurden Personalkosten in Höhe von TEUR 6.772 eingestellt, die im Geschäftsjahr 2024 um TEUR 154 geringer ausgewiesen werden.

Das im Wirtschaftsplan berücksichtigte Investitionsvolumen wurde im Geschäftsjahr 2024 nur zum Teil umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Bau befindliche Anlagen der Vorjahre im Geschäftsjahr 2024 aktiviert. Dies führt dazu, dass gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz um TEUR 78 geringere Abschreibungen (IST 2024: TEUR 5.238; Plan 2024: TEUR 5.316) ausgewiesen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 6.722 und werden gegenüber dem Planansatz um TEUR 1.308 höher ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2024 sind die Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen sowie Wartungs- und Instandhaltungskosten gestiegen.

Zinserträge wurden in Höhe von TEUR 216 erzielt und werden um TEUR 120 höher gegenüber dem Planansatz ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 575 werden um TEUR 142 geringer als im Wirtschaftsplan prognostiziert ausgewiesen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden auf der Grundlage des erzielten Jahresergebnisses um TEUR 159 höher ausgewiesen.

Der Jahresüberschuss der ewag kamenz zum 31. Dezember 2024 beträgt TEUR 934. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 erzielte die ewag kamenz ein um TEUR 635 höheres Ergebnis.

Wie in den vergangenen Jahren legte die ewag kamenz mit der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 eine konservative Planung zugrunde.

2.3. Beteiligungsbericht § 99 Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

Der Lagebericht der ewag kamenz für das Geschäftsjahr 2024 ist als Anlage 1 zum Punkt 1.3. beigelegt.

3. Unmittelbare Beteiligung der ewag kamenz an der MSE Mobile Schlammmentwässerungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH, Zwickau

Die ewag kamenz hält einen Geschäftsanteil am Stammkapital der MSE Mobile Schlammmentwässerungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH, Zwickau, (im Folgenden auch "MSE" genannt) im Wert von EUR 268.400,00. Dies entspricht einer Beteiligung von 31,95 %. Im Nachfolgenden werden auf der Grundlage der unmittelbaren Beteiligung der ewag kamenz an der MSE die Angaben gemäß § 99 SächsGemO für die MSE dargestellt:

3.1. Angaben gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO für die MSE

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Durchführung der mobilen und stationären Schlammmentwässerung und -behandlung; Entwicklung von Schlammmentsorgungskonzepten; Durchführung der Entsorgung des bei kommunalen und gewerblichen Abwasseranlagen sowie der mobilen Schlammmentwässerung anfallenden Klärschlamms; Pflege stehender und fließender

Gewässer einschließlich Entschlammung und Mahd; Entsorgung und Behandlung sandhaltiger Abfälle

Stammkapital

Das Stammkapital der MSE beträgt zum 31. Dezember 2024 EUR 840.000,00.

Prozentualer Anteil der ewag kamenz

Der Anteil der ewag kamenz an der MSE beträgt zum 31. Dezember 2024 31,95 %, entspricht EUR 268.400,00.

3.2. Finanzbeziehungen zwischen der ewag kamenz und der MSE gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO

Zwischen der ewag kamenz und der MSE bestehen außer der Erbringung und Abrechnung von Lieferungen und Leistungen, u. a. Klärschlamm Entsorgung sowie Eindickung und Entwässerung von Überschussschlamm, keine weiteren Finanzbeziehungen.

3.3. Lagebericht (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO) der MSE

Der Lagebericht der MSE für das Geschäftsjahr 2024 liegt diesem Beteiligungsbericht als Anlage 2 bei. Der Lagebericht stellt den Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens so dar, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird.

3.4. Angaben gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 1 SächsGemO für die MSE

Organe der MSE

Die Organe der MSE sind:

- **Aufsichtsrat**

Dem Aufsichtsrat der MSE gehörten im Geschäftsjahr 2024 folgende Personen an:

- Herr Wolfgang Leonhardt, Bürgermeister der Gemeinde Zschorlau (Aufsichtsratsvorsitzender)
- Herr Marten Eger, Technischer Geschäftsführer LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG, Cottbus
- Herr Torsten Pfuhl, Vorstand ewag kamenz Energie und Wasserversorgung AG, Kamenz
- Frau Eike Friede, Juristin, Zwickau.

- **Geschäftsführung**

Als Geschäftsführer war Herr Camilo Friede, Rechtsanwalt, Zwickau, bestellt.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2024 waren neben dem Geschäftsführer durchschnittlich 28 gewerbliche Arbeitnehmer und 6 Angestellte bei der MSE tätig.

Name des bestellten Abschlussprüfers

Als Jahresabschlussprüfer für das Jahr 2024 wurde die DONAT WP GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden, durch die MSE bestellt.

Andere Anteilseigner

- Vererdungsanlagen Westerzgebirge GmbH, Schwarzenberg EUR 536.900,00 (63,92 %)
- Herr Camillo Friede, Zwickau 34.700,00 (4,13 %)

3.5. Angaben gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 SächsGemO der MSE

Zu den Angaben gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 SächsGemO wird auf den Lagebericht der MSE für das Geschäftsjahr 2024, der als Anlage 3 der Zuarbeit zum Beteiligungsbericht zum 31. Dezember 2024 der Große Kreisstadt Kamenz beiliegt, insbesondere auf die Seiten 8 und 9 unter dem Punkt "D. Angaben nach § 10 des Gesellschaftsvertrages i. V. m. § 99 SächsGemO", verwiesen.

4. Unmittelbare Beteiligung der ewag kamenz an der DIGImeto GmbH & Co. KG, Dresden

Die ewag kamenz hat sich am 18. Mai 2020 an der DIGImeto GmbH & Co. KG, Dresden, (im Folgenden auch "DIGImeto" genannt) mit einem Anteil von 2,37 % des Kommanditkapitals als Kommanditistin beteiligt. Die von der ewag kamenz zu leistende Pflichteinlage betrug TEUR 486. Mit dieser Beteiligung wurde die Grundzuständigkeit des Messstellenbetriebes der ewag kamenz an die DIGImeto mit Wirkung zum 1. Januar 2020 übertragen. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 21. Oktober/16. Dezember 2024 durch eine weitere Beteiligung einer Netzgesellschaft an der DIGImeto mit Wirkung ab dem 1. Januar 2025 geändert. Somit ändert sich der Anteil der ewag kamenz ab 1. Januar 2025 von 2,34 % auf 2,32 %. Im Nachfolgenden werden auf der Grundlage der unmittelbaren Beteiligung der ewag kamenz an der DIGImeto die Angaben gemäß § 99 SächsGemO für die DIGImeto dargestellt:

4.1. Angaben gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO für die DIGImeto**Rechtsform des Unternehmens**

Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG)

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

Der Unternehmensgegenstand der DIGImeto ist im Gesellschaftsvertrag unter § 1 Gegenstand wie folgt enthalten:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme des Messstellenbetriebs als grundzuständiger Messstellenbetreiber für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme im Auftrag der Betreiber von Energieversorgungsnetzen, die ihre Grundzuständigkeit für den Messstellenbetrieb dieser Messeinrichtungen nach § 41 des Gesetzes über den Messstellenbetrieb und die Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen (Messstellenbetriebsgesetz) auf die Gesellschaft übertragen haben. Die Gesellschaft ist zudem als Dienstleister für ihre Gesellschafter tätig.
- (2) Die Grundzuständigkeit für den Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme (nachfolgend „Grundzuständigkeit“) umfasst die Verpflichtung zur Wahrnehmung des Messstellenbetriebs mit modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen im jeweiligen Netzgebiet für diejenigen Messstellen, die nach Maßgabe der §§ 29 bis 32 des Messstellenbetriebsgesetzes mit modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen auszustatten sind und für die kein Dritter nach den §§ 5 und 6 des Messstellenbetriebsgesetzes den Messstellenbetrieb durchführt.
- (3) Die Wahrnehmung der Aufgabe als grundzuständiger Messstellenbetreiber umfasst insbesondere Einbau, Betrieb und Wartung der Messstellen und ihrer Messeinrichtungen und Messsysteme einschließlich des technischen Betriebs dieser Messstellen sowie die Gewährleistung einer mess- und eichrechtskonformen Messung entnommener, verbrauchter und eingespeister Energie einschließlich der Messwertaufbereitung und form- und fristgerechten Datenübertragung sowie der Tätigkeit als Smart-Meter-Gateway-Administrator nach Maßgabe des Messstellenbetriebsgesetzes sowie die Erfüllung aller Anforderungen, die sich aus dem Messstellenbetriebsgesetz sowie den hierzu erlassenen Rechtsverordnungen ergeben.
- (4) Die Gesellschaft übernimmt die Grundzuständigkeit insbesondere für ihre Gesellschafter. Eine Übernahme der Grundzuständigkeit für andere Betreiber von Energieversorgungsnetzen oder die Übernahme von Leistungen zum Messstellenbetrieb für andere Betreiber von Energieversorgungsnetzen ist im unwesentlichen Umfang zulässig.
- (5) Darüber hinaus ist die Gesellschaft, soweit regulatorisch zulässig, zum Angebot von Zusatzleistungen und sonstigen Mehrwertdiensten einschließlich des Tätigwerdens als Dritter Messstellenbetreiber im Sinne der §§ 5 und 6 Messstellenbetriebsgesetzes, berechtigt sowie zu allen Handlungen, die unmittelbar oder mittelbar diesen Zwecken zu dienen geeignet sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer

Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen mit ähnlichem Gegenstand beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Gesellschaftskapital

Das Gesellschaftskapital der DIGImeto beträgt zum 31. Dezember 2024 TEUR 20.735.

Prozentualer Anteil der ewag kamenz

Der Anteil der ewag kamenz an der DIGImeto beträgt zum 31. Dezember 2024 2,34%, entspricht TEUR 486.

4.2. Finanzbeziehungen zwischen der ewag kamenz und der DIGImeto gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO

Zur Risikominimierung hat die ewag kamenz die Grundzuständigkeit des intelligenten Messstellenbetriebes durch Beteiligung an der DIGImeto mit Wirkung zum 1. Januar 2020 auf diese übertragen. Finanzbeziehungen zwischen der ewag kamenz und der DIGImeto für das Geschäftsjahr 2024 resultieren aus den aufgrund der geschlossenen Verträge durch die ewag kamenz zu erbringenden Dienstleistungen für die DIGImeto im Netzgebiet der ewag kamenz, welche durch die DIGImeto nach entstandenem Aufwand vergütet werden.

4.3. Lagebericht (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO) der DIGImeto

Der Lagebericht der DIGImeto für das Geschäftsjahr 2024 liegt diesem Beteiligungsbericht als Anlage 3 bei. Der Lagebericht stellt den Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens so dar, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird.

Kamenz, den 20. August 2025

Markus Posch
Verbandsvorsitzender

Beteiligungsbericht für das Berichtsjahr 2024

Lagebericht der ewag kamenz
Energie und Wasserversorgung
Aktiengesellschaft Kamenz
für das Geschäftsjahr 2024

ewag kamenz Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft Kamenz, Kamenz Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die ewag kamenz Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft Kamenz, Kamenz, (im Folgenden auch "ewag kamenz" genannt) gliedert sich in die Unternehmensbereiche Öffentliche Ver- und Entsorgung und Energieversorgung. Der Unternehmensbereich Öffentliche Ver- und Entsorgung besteht aus den Geschäftsbereichen Trinkwasserversorgung, den Betriebsführungen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sowie den Anderen Aktivitäten. Der Unternehmensbereich Energieversorgung besteht aus den Geschäftsbereichen Energieerzeugung, Stromvertrieb, Wärmeversorgung und Elektrizitätsverteilung.

Die ewag kamenz bezieht für den Unternehmensbereich Energieversorgung Strom, Erdgas und Holzpellets als Energieträger. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2024 wird von den sich weiter auf einem hohen Preisniveau befindlichen Energiemärkten für Strom, Erdgas und Holzpellets beeinflusst. Seit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine haben sich die Energiepreise stark erhöht. Aufgrund der weiter steigenden CO₂-Abgaben wird das Preisniveau für fossile Energieträger auch zukünftig unabhängig von der Marktentwicklung steigen.

Zur Risikominimierung und zur Sicherung der Energieträgerbeschaffung bindet die ewag kamenz bis zu drei Jahre im Voraus die benötigten Energieträger. Die Energiepreise, die Lieferkettenprobleme, die Inflationsentwicklung und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung werden die Geschäftsentwicklung der ewag kamenz auch im Geschäftsjahr 2025 beeinflussen.

Seit dem Geschäftsjahr 2022 ändern sich durch den Bundesgesetzgeber in erheblichem Umfang die rechtlichen Rahmenbedingungen der Energieversorgung. Das Tempo der Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen hält unvermindert an und stellt die ewag kamenz vor große Herausforderungen bei der Umsetzung.

Die ewag kamenz muss sich der Herausforderung stellen, die von der Bundesregierung vorgegebene Energiewende umzusetzen. Deshalb hat die ewag kamenz im Geschäftsjahr 2023 mit der Transformationsplanung ihrer Wärmenetze begonnen. Durch das BEW wurde vorgegeben, dass diese Planung bis spätestens zum 31. Dezember 2026 abgeschlossen sein muss. Die Transformationsplanung bildet eine der Grundlagen, um Zuwendungen nach dem BEW beantragen und nutzen zu können. Die ewag kamenz ist hierbei auf die Unterstützung der Großen Kreisstadt Kamenz angewiesen. Inwieweit sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen durch die neue Bundesregierung weiter ändern, ist noch nicht absehbar.

Dies hat auch Einfluss auf die Energieerzeugung der ewag kamenz und erfordert, früher als dies mit der Modernisierung der Energieerzeugungsanlagen geplant und gesetzlich vorgeschrieben war, erhebliche Investitionen in die Energieerzeugungsanlagen zur Dekarbonisierung der Strom- und Wärmeerzeugung. Mit der Transformationsplanung soll auch die für die ewag kamenz zukünftig notwendige Anlagenkonfiguration zur CO₂-neutralen Erzeugung von Wärme und Strom erreicht werden. Die Transformationsplanung bildet eine der Grundlagen für die Beantragung und Nutzung von Zuwendungen, die durch den Gesetzgeber zur Verfügung gestellt werden.

Mit Abschluss des Geschäftsjahres 2024 muss die ewag kamenz die Endabrechnungen gemäß dem StromPBG und des EWPBG gegenüber dem Gesetzgeber bzw. dessen Beauftragten vornehmen. Dafür wird eine Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft benötigt.

Die ewag kamenz wird auch zukünftig die Digitalisierung der von ihr zu bearbeitenden Prozesse im erheblichen Umfang umsetzen. Dazu werden neben dem Fachpersonal auch Dienstleister und vorhandene sowie neu anzuschaffende Produkte eine wichtige Rolle spielen.

Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit der ewag kamenz bleibt eine preisgünstige, umweltverträgliche und sichere öffentliche Ver- und Entsorgung sowie Energieversorgung in Zusammenarbeit mit den Kommunen im Landkreis Bautzen zum Wohle der hier lebenden Einwohner und ansässigen Unternehmen weiter anzubieten.

Trinkwasserversorgung

Im Geschäftsjahr 2024 ist der Trinkwasserabsatz mit 2.982.652 m³ gegenüber dem Vorjahr (2.911.656 m³) im Wesentlichen auf gleichem Niveau geblieben.

Die Trinkwasserversorgungskonzeption zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet des Wasser und Abwasser Zweckverband Lausitz (im Folgenden auch WAZV Lausitz genannt) wird unter Berücksichtigung des Strukturwandels in der Region fortgeschrieben. Mit der Fortschreibung werden abschließende Einschätzungen zum zukünftigen Investitionsaufwand, zu Investitionen für die Bereitstellung von Trinkwasser aus eigenen Wasserfassungen, zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit und zur Netzstabilisierung getroffen. Die Wasserversorgungskonzeption soll auch den Wasserbedarf weiterer Beschaffungspartner berücksichtigen.

Die Trinkwasserentgeltkalkulation für den Nachberechnungszeitraum 2018 bis 2022 und den Vorkalkulationszeitraum 2023 bis 2027 wurde im Geschäftsjahr 2023 erarbeitet und im I. Quartal 2024 beschlossen. Seit dem 1. April 2024 gelten die kostendeckenden Entgelte dieser Kalkulation, diese führen zu einer Umsatzsteigerung. Die Trinkwasserversorgung wird

zukünftig insbesondere durch Aufwendungen für Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen am Versorgungsnetz sowie Investitionen in die Versorgungssicherheit beeinflusst. Dem gegenüber sind Neuanschlüsse nur im geringen Umfang zu erwarten.

In einigen Mitgliedsgemeinden des WAZV Lausitz sind Ortsteile teilweise noch nicht an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen. Der WAZV Lausitz hat für die Erschließung dieser Ortsteile Fördermittel nach der Fördermittelrichtlinie "Sonderprogramm öffentliche Trinkwasserinfrastruktur, RL öTIS/2019" erhalten. Mehrere Vorhaben wurden unter Verwendung dieser Fördermittel realisiert.

Der WAZV Lausitz hat weitere Fördermittelanträge gestellt, die bereits bewilligt wurden. Die Anlagen werden durch den WAZV Lausitz selbst errichtet und betrieben. Diese werden Teil der einheitlichen öffentlichen Einrichtung der Trinkwasserversorgung des WAZV Lausitz. Für die Betriebsführung der Anlagen bedient sich der WAZV Lausitz der ewag kamenz.

Durch die Einstellung der Trinkwasserlieferung der LEAG ist zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit die Nutzung alternativer Wasserfassungen im eigenen Versorgungsgebiet und die gemeinsame Abstimmung mit den anderen Wasserversorgern des Verbundsystems notwendig. Insbesondere die Wasserversorgung im nördlichen Teil des WAZV Lausitz ist abhängig von der Wasserlieferung Dritter. Hierfür wurden Lieferverträge mit Wasserversorgern geschlossen, um das entstandene Bilanzdefizit durch die Einstellung der Wasserlieferung der LEAG aus dem Wasserwerk Schwarze Pumpe zu kompensieren. Beim Ausfall der Wasserwerke dieser Versorger oder einer Unterbrechung der bestehenden Fernwasserleitung von Tettau bis zum Hochbehälter Skaska ist ohne das Fortbestehen des Verbundsystems in der Lausitz die Aufrechterhaltung der Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet des WAZV Lausitz nicht möglich. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist neben dem Erhalt des Trinkwasserverbundsystems die Einspeisung von zusätzlichen Wassermengen aus dem südlichen Bereich des WAZV Lausitz in das Verbundsystem geplant. Dazu ist eine bereits geschaffene Rohwasserentnahmestelle über eine Rohwasserleitung an die Wasseraufbereitung im Wasserwerk Kamenz Jesau anzuschließen und eine Reinwasserleitung vom Wasserwerk Kamenz Jesau bis zum Hochbehälter Skaska zu errichten. Dieses und weitere zur Sicherung der Trinkwasserversorgung notwendige Vorhaben sind nur mit Fördermitteln realisierbar. Die ewag kamenz hat zur Finanzierung dieser Vorhaben Projektanträge unter Verwendung von Zuwendungen gemäß der 1. RL StEP Revier bei der SAS eingereicht und die Bestätigung der Fördermöglichkeit erhalten. Die ersten Zuwendungsbescheide gingen der ewag kamenz für das Teilprojekt 1 am 8. Dezember 2023 und für das Teilprojekt 2 am 22. März 2024 zu.

Zur Sicherstellung, Erhalt und Ausbau des Trinkwasserverbundsystems Lausitzer Revier hat die ewag kamenz mit nunmehr sechs weiteren Trinkwasserversorgern aus Brandenburg und Sachsen eine länderübergreifende kommunale Arbeitsgemeinschaft "Trinkwasserverbund Lausitzer Revier" gegründet. Zweck der kommunalen länderübergreifenden Arbeitsgemein-

schaft ist die Erarbeitung und Umsetzung eines Betriebskonzeptes zur langfristigen Sicherstellung und Flexibilisierung der Trinkwasserversorgung im Lausitzer Revier. Die Auswirkungen des Kohleausstiegs und des damit einhergehenden Strukturwandels sind maßgeblich für die Erarbeitung und Umsetzung des Betriebskonzeptes. Die sichere und ausreichende Versorgung mit Trinkwasser ist Voraussetzung, um den Strukturwandel positiv zu gestalten.

Die Erweiterung des räumlichen Wirkungskreises des WAZV Lausitz soll der langfristigen und sicheren Trinkwasserversorgung aller Verbandsmitglieder dienen und die kommunale Zusammenarbeit fördern.

Zukünftig muss die ewag kamenz verstärkt Ersatzinvestitionen im Trinkwasserbereich ohne Neuanschlüsse realisieren. Ob die Ersatzinvestitionen vollständig durch Abschreibungen gedeckt werden können, ist offen. Insoweit können für Ersatzinvestitionen Kreditaufnahmen notwendig werden.

Betriebsführungen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung

Die Aufgaben für Betriebsführungen in den Geschäftsbereichen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung haben weiter zugenommen.

Die ewag kamenz nimmt die Betriebsführungen für die Abwasserzweckverbände Obere Schwarze Elster und „Kamenz-Nord“ wahr.

Seit der Eingliederung des Abwasserzweckverbandes „Am Klosterwasser“ und dem Beitritt der Gemeinde Steina zum 1. Januar 2023 in den WAZV Lausitz nimmt die ewag kamenz weitere Aufgaben als Betriebsführer wahr. Der Organisationsaufwand in der ewag kamenz für den WAZV Lausitz ist damit erheblich gestiegen. Die ewag kamenz geht davon aus, dass dieser Aufwand auch zukünftig entsteht, dieser ist vollständig von der ewag kamenz zu erfüllen.

Die Realisierung der Investitionen für die Zweckverbände wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Förderungen in den Folgejahren weiter eine wesentliche Aufgabe der ewag kamenz sein. Diese Aufgaben werden das Personal der ewag kamenz binden. Die ewag kamenz hat dazu das Personal verstärkt, auch um altersbedingtes Ausscheiden von Mitarbeitern frühzeitig zu kompensieren.

Andere Aktivitäten

Zu den anderen Aktivitäten gehört die Erschließungsmaßnahme "Verwaltungszentrum Kamenz" für die Große Kreisstadt Kamenz. Die Übertragung der Grundstücke mit den öffentlichen Erschließungsanlagen im "Verwaltungszentrum Kamenz" konnte noch nicht mit der Großen Kreisstadt Kamenz abgeschlossen werden.

Die ewag kamenz nutzt seit Mitte 2024 das Verwaltungsgebäude alleine. Notwendige Instandhaltungen wurden im Geschäftsjahr 2024 vorgenommen und werden auch zukünftig notwendig sein. Zur Risikominimierung hat die ewag kamenz die Grundzuständigkeit des intelligenten Messstellenbetriebes durch Beteiligung an der DIGImeto GmbH & Co. KG, Dresden, (DIGImeto) mit Wirkung zum 1. Januar 2020 auf diese übertragen. Die ewag kamenz erbringt aufgrund der geschlossenen Verträge Dienstleistungen für die DIGImeto in ihrem Stromnetzgebiet, welche durch die DIGImeto vergütet werden.

Energieerzeugung

Zum Geschäftsbereich Energieerzeugung gehören die Heizkraftwerke in Kamenz und Pulsnitz, die Photovoltaikanlage auf dem Verkehrslandeplatz Kamenz und die Aktivitäten für die E-Mobilität. Um den gesetzlichen Anforderungen des EnWG nachzukommen, hat die ewag kamenz im Geschäftsjahr 2025 die E-Ladeinfrastruktur in eine Tochtergesellschaft, die E&L Energie und Ladepunkte GmbH, ausgegliedert.

Die Kosten der Energieerzeugung werden im Wesentlichen, außer durch die staatlichen Abgaben und Netzentgelte, von den Energieträgerbezugskosten bestimmt. Die Eigenerzeugung erhält im Rahmen der Energiewende zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensbereiches Energieversorgung mit preiswertem Strom und Wärme eine immer größere Bedeutung. Die Preisentwicklungen, Netzentgelte und die CO₂-Abgaben für Erdgas, Heizöl und Holzpellets werden die Kosten für die Energieerzeugung auch zukünftig stark beeinflussen.

Der Einsatz von hocheffizienten KWK-Anlagen zur Energieerzeugung sowie die Schaffung dezentraler Energieerzeugungsanlagen durch den Einsatz erneuerbarer Energien war und ist notwendig, um die wirtschaftlichen Risiken zu verringern und eine preisgünstige und nachhaltige Wärmeversorgung in Kamenz und Pulsnitz zu sichern. Seit der Fertigstellung der Energieerzeugungsanlagen in Kamenz und Pulsnitz setzt die ewag kamenz zur Erzeugung von Strom und Wärme als Energieträger keinen Braunkohlestaub und Heizöl mehr ein, sondern Erdgas und Holzpellets. Eine Umstellung auf grüne Energieträger ist zukünftig notwendig und geplant.

Im Geschäftsjahr 2024 erzeugten die Energieerzeugungsanlagen unter Einsatz der KWK-Anlagen Strom und Wärme, wobei die Kosten der Energieträgerbeschaffung das Preisniveau

des Geschäftsjahres 2023 überstiegen. Dadurch sind auch die Kosten für die Erzeugung von Strom und Wärme gestiegen, auch wenn die Geschäftsbereiche Stromvertrieb und Wärmeversorgung trotzdem preisgünstig beliefert werden konnten. Die vereinnahmten KWK-Zuschläge und vermiedene Netzentgelte minderten die Erzeugungskosten.

Die Bundesregierung hat seit 2021 die Energiewende in Deutschland verstärkt vorangetrieben. Eine zügige Dekarbonisierung der Energieerzeugung wird politisch weiter angestrebt. Auch der seit Februar 2022 anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine führt zu Einschränkungen beim Einsatz fossiler Brennstoffe für die Energieerzeugung.

Stromvertrieb

Der Stromabsatz im Geschäftsjahr 2024 mit 39.750.020 kWh ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 mit 43.655.792 kWh gesunken. Im Tarifikundenbereich der ewag kamenz sind trotz einer stabilen Kundenanzahl Mengenverluste von rund 2.046.000 kWh zu verzeichnen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich das Verbrauchsverhalten der Kunden seit dem Geschäftsjahr 2023 durch die deutlich gestiegenen Strompreise verändert hat und zunehmend Strommengen durch dezentrale Erzeugungsanlagen (PVA) von Kunden selbst erzeugt werden.

Im Geschäftsjahr 2024 nahm der Wettbewerbsdruck im Stromvertrieb wieder deutlich zu. Insbesondere Internetanbieter ohne Bestandskundengeschäft bieten Stromlieferverträge zu sehr günstigen Konditionen an. Die ewag kamenz muss als Grundversorger bei Insolvenz und Lieferausfall solcher Anbieter die Versorgung auch dieser Stromkunden absichern.

Darüber hinaus stellt der Geschäftsbereich Stromvertrieb dem Stromnetzbetreiber ewag kamenz innerbetrieblich die entstandenen Netzverluste in Rechnung.

Die ewag kamenz gibt weiterhin über Ihre Stromprodukte "ewag transparent" die Netzentgelte, Abgaben und Umlagen an ihre Kunden in der an sie berechneten Höhe weiter.

Neben dem erheblichen Wettbewerbsdruck muss sich die ewag kamenz als Stromlieferant auch den sich ständig ändernden Anforderungen durch gesetzliche Neuregelungen stellen. Diese haben insbesondere Einfluss auf die Software, die von der ewag kamenz eingesetzt wird. Damit verbunden steigen die jährlichen Aufwendungen für die Einrichtung und Anpassung der Software sowie der Schulungsaufwand für die Mitarbeiter.

In Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Energieerzeugung werden die Möglichkeiten zur Nutzung eigener Energieerzeugung insbesondere durch Nutzung regenerativer Energien unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten und unter Einbeziehung der kommunalen Partner, verstärkt geprüft. Im Geschäftsjahr 2024 erzeugte die ewag kamenz durch KWK-Anlagen Strom, der an den Stromvertrieb geliefert wurde.

Wärmeversorgung

Der Wärmeabsatz im Geschäftsjahr 2024 betrug 39.284.483 kWh und ist damit gegenüber dem Vorjahr mit 38.724.145 kWh gestiegen. Der Mengenzuwachs basiert auf den Witterungsverhältnissen im Jahr 2024.

Der Geschäftsbereich Wärmeversorgung bezog die Wärme im Geschäftsjahr 2024 vom Geschäftsbereich Energieerzeugung.

Zukünftig werden im Rahmen der Energiewende durch die CO₂-Bepreisung Änderungen in den Abrechnungen innerhalb der ewag kamenz und gegenüber den Wärmekunden notwendig. Darüber hinaus haben die Veröffentlichungspflichten auf der Homepage und den Kundenrechnungen deutlich zugenommen. Der hierdurch verursachte Verwaltungsaufwand führt zu weiteren Kosten.

Für die Wärmewende müssen zukünftig hohe Beträge in den Ausbau der Wärmeerzeugungsanlagen und der Wärmenetze investiert werden. Zu berücksichtigen ist, dass die Bundesregierung im Jahr 2024 die Preisbildung durch die Anpassung der Wärmeverordnung weiter eingeschränkt hat.

Die ewag kamenz muss Investitionen im Geschäftsbereich Wärmeversorgung im Wesentlichen mit Eigenmitteln und mit Zuwendungen gemäß dem BEW sowie dem KWKG finanzieren. Die Eigenmittel der ewag kamenz werden aufgrund der Höhe des geplanten Investitionsvolumens, auch unter Berücksichtigung der Inanspruchnahmen von Zuwendungen, nicht ausreichen. Darüber hinaus werden Zuwendungen teilweise erst nach Abschluss der Maßnahme ausgereicht.

Weitere Kreditaufnahmen sind dafür notwendig. Um die notwendigen Kredite zu erhalten, muss die ewag kamenz ihren Eigenmittelanteil erhöhen.

Die ewag kamenz strebt im Rahmen der städtebaulichen Planungen der Großen Kreisstadt Kamenz weitere Fernwärmeneuanschlüsse, auch in dem städtebaulichen Entwicklungsgebiet "Gründerzeitviertel", an. Insbesondere unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungen seit dem Geschäftsjahr 2022 ist es der ewag kamenz nicht mehr wie in der Vergangenheit möglich, ohne Beteiligung des Kunden an den Investitionskosten, Hausanschlüsse zum Anschluss an das Fernwärmenetz zu errichten. Die Investitionskosten für die Errichtung der Hausanschlüsse sind stark gestiegen. Hier muss sich die ewag kamenz nunmehr dem Wettbewerb mit anderen Erzeugungstechnologien neben der Belieferung mit Erdgas stellen. Inwieweit Neuanschlüsse tatsächlich realisiert werden können, hängt von der Wirtschaftlichkeit und von der Höhe der Zuwendungen sowie von der Bereitschaft der Kunden, Kosten zu übernehmen, ab.

Die ewag kamenz plant die weitere Modernisierung des Fernwärmenetzes, besonders der Hausanschlussstationen. Damit soll erreicht werden, dass die Fernwärmeversorgung umweltverträglicher und energieeffizienter erfolgt.

Elektrizitätsverteilung

Im Geschäftsjahr 2024 hat die ewag kamenz als Netzbetreiber 39.584.855 kWh (Vorjahr 39.257.802 kWh) über ihr Verteilungsnetz abgesetzt.

Das Geschäftsjahr 2021 bildet das Basisjahr für das Anreizregulierungsverfahren der vierten Regulierungsperiode, beginnend seit dem Jahr 2024. Der Kostenprüfungsantrag wurde fristgerecht im Geschäftsjahr 2022 gestellt. Mit Schreiben vom 24. März 2025 erhielt die ewag kamenz das Anhörungsschreiben zum Entwurf des Bescheides zur Festsetzung der Erlösobergrenze. Es ist davon auszugehen, dass gegenüber dem Antrag aus dem Jahr 2022 Kürzungen der Erlösobergrenzen erfolgen. Die ewag kamenz hat dazu fristgerecht Stellung genommen.

Die sich aus dem novellierten Energiewirtschaftsgesetz ergebenden Anforderungen zum Unbundling werden von der ewag kamenz vollumfänglich erfüllt.

Zukünftig steht der Netzbetreiber ewag kamenz vor der Herausforderung, dass die weiter zunehmenden Errichtungen von dezentralen Einspeiseanlagen auch in das Versorgungsnetz der ewag kamenz einspeisen können. Dazu ist der Netzbetreiber gesetzlich verpflichtet. Inwieweit die ewag kamenz zur Aufgabenerfüllung weitere Investitionen vornehmen muss, ist zu prüfen.

Des Weiteren ist der Netzausbau durch den Anschluss von Wärmepumpen zur Wärmezeugung notwendig. Eine wichtige Voraussetzung, um den hohen Fremdkapitalbedarf der kommenden Jahre zu decken, ist die notwendige Stärkung der Eigenkapitalquote.

Zusammenarbeit mit Kommunen, Sponsoring und Spenden

Die Zusammenarbeit mit den Kommunen im Landkreis Bautzen bildet für die ewag kamenz die Grundlage für eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Ver- und Entsorgung auf kommunaler Ebene.

Am Erfolg der ewag kamenz nehmen die Einwohner im Landkreis Bautzen in vielfältiger Weise teil. Durch Sponsoring und Spenden in den Bereichen Sport, Kultur sowie Kinder- und Jugendarbeit partizipiert die Bevölkerung am wirtschaftlichen Erfolg der ewag kamenz im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Im Gegenzug wird der Bekanntheitsgrad der ewag kamenz erhöht und das Vertrauen in die ewag kamenz als zuverlässiger kommunaler Ver- und Entsorger im Landkreis gestärkt.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 934 (Vorjahr TEUR 2.538) ab.

Die erzielten Umsatzerlöse betrugen TEUR 38.896 (Vorjahr TEUR 39.275).

Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Trinkwasserversorgung betrugen TEUR 11.676 (Vorjahr TEUR 9.997). Damit werden die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 unter Berücksichtigung der seit dem 1. April 2024 geltenden Trinkwasserentgelte um TEUR 1.679 höher ausgewiesen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Trinkwasserentgeltkalkulation für den Vorauskalkulationszeitraum 2023 bis 2027 und dem Nachberechnungszeitraum 2018 bis 2022 wurde eine Verbindlichkeit für die kalkulatorische Kostenüberdeckung des abgeschlossenen Kalkulationszeitraumes mit einem Betrag in Höhe von TEUR 66 gebildet, die im Geschäftsjahr 2024 mit einem Betrag in Höhe von TEUR 13 aufgelöst wurde. Im Rahmen der Jahresabschlusserstellung für das Geschäftsjahr 2024 wurde eine Nachberechnung zur Trinkwasserentgeltkalkulation vorgenommen. Eine Kostenüberdeckung ergab sich daraus für das Geschäftsjahr 2024 nicht.

Für die Trinkwasserbetriebsführungen wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 599 (Vorjahr TEUR 495) vereinnahmt. Darin sind die Erlöse der Betriebsführungen für die Trinkwasserbereiche des WAZV Lausitz mit enthalten.

Im Rahmen der Betriebsführung Abwasserentsorgung wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 5.752 (Vorjahr TEUR 5.374) erzielt.

Der Geschäftsbereich Energieerzeugung erzielte im Geschäftsjahr 2024 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 2.080 (Vorjahr TEUR 1.947). Damit steigen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um TEUR 133. Witterungsbedingt wurden im Geschäftsjahr 2024 höhere Umsatzerlöse aus der Einspeisevergütung für die Photovoltaikanlage auf dem Verkehrslandeplatz Kamenz erzielt. Weiterhin vereinnahmt der Geschäftsbereich Energieerzeugung Erlöse aus vermiedenen Netzentgelten.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden im Geschäftsbereich Stromvertrieb Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 9.467 (Vorjahr TEUR 11.906) erzielt. Die gesunkenen Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 sind im Wesentlichen auf die vorgenommenen Preisanpassungen und auf Kundenverluste zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 6.382 (Vorjahr TEUR 6.591) erzielt. Die Umsatzerlöse sind unter Berücksichtigung der vorgenommenen Preisanpassungen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 209 gesunken.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Elektrizitätsverteilung betrugen im Geschäftsjahr 2024 TEUR 2.757 (Vorjahr TEUR 2.780). Gegenüber dem Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2024 somit TEUR 23 geringere Umsatzerlöse erzielt.

In den Umsatzerlösen sind des Weiteren Erlöse für Nebengeschäfte des Stromnetzbetriebes in Höhe von TEUR 117 (Vorjahr TEUR 106) enthalten.

Es ist zu berücksichtigen, dass der Ausweis der Umsatzerlöse der Geschäftsbereiche Energieerzeugung, Stromvertrieb und Elektrizitätsverteilung ohne Berücksichtigung der Innenumsätze zwischen diesen Geschäftsbereichen erfolgt. Bei den Innenumsätzen handelt es sich um die Verrechnung der innerbetrieblichen Netznutzungsentgelte des Geschäftsbereiches Elektrizitätsverteilung an den Geschäftsbereich Stromvertrieb, um die Vereinnahmung von Erlösen der dezentralen Erzeugungsanlagen durch den Geschäftsbereich Elektrizitätsverteilung, welche an die Energieerzeugung verrechnet werden und um innerbetriebliche Energielieferungen des Geschäftsbereiches Energieerzeugung an die Geschäftsbereiche Stromvertrieb und Wärmeversorgung.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches Andere Aktivitäten in Höhe von TEUR 66 beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen für die DIGImeto GmbH & Co. KG.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen TEUR 1.285 und werden gegenüber dem Vorjahr um TEUR 324 geringer ausgewiesen. Sie beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (empfangene Baukostenzuschüsse/Ertragszuschüsse, Investitionszuschüsse und Erschließungsvereinbarungen), Erträge aus Weiterberechnungen, Erträge aus der Erstattung der Stromsteuer und Energiesteuer, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen, Erträge aus Schadensfällen sowie Versicherungsentschädigungen und periodenfremde Erträge.

Der Materialaufwand betrug TEUR 19.956 und wird gegenüber dem Vorjahr um TEUR 294 höher ausgewiesen. Dies ist hauptsächlich auf die Entwicklung der Netzentgelte sowie Umfragen für das vorgelagerte Netz zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen unterliegen einer Steigerung um TEUR 335, die im Wesentlichen mit einer Entgeltsteigerung zum 1. Januar 2024 begründet ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in Höhe von insgesamt TEUR 6.722 (Vorjahr TEUR 5.882) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2024 sind die Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen sowie Wartungs- und Instandhaltungskosten gestiegen.

Die ewag kamenz weist für das Geschäftsjahr 2024 einen Aufwand aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von insgesamt TEUR 373 (Vorjahr TEUR 801) aus. Davon betreffen im Wesentlichen TEUR 430 Ertragsteueraufwand für das Geschäftsjahr 2024 sowie TEUR 34 einen Erstattungsanspruch für Vorjahre.

Finanz- und Vermögenslage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Geschäftsjahr 2024 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (hier zusammengefasste Darstellung):

	2024 TEUR	2023 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.609	7.303
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.090	-2.039
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.205	28
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-2.686	5.292
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.425	3.133
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.739	8.425

Unterschiede im Finanzmittelfonds am Anfang oder am Ende der Periode können sich aufgrund der Stichtagsbetrachtung ergeben. Die ewag kamenz war im Geschäftsjahr 2024 jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die ewag kamenz weist zum 31. Dezember 2024 eine Bilanzsumme von TEUR 83.713 (Vorjahr TEUR 83.482) aus.

Im Anlagevermögen in Höhe von TEUR 64.897 (Vorjahr TEUR 64.680) steht dem Investitionsvolumen von TEUR 5.729 (Vorjahr TEUR 2.511) eine Abschreibungssumme in Höhe von TEUR 5.238 (Vorjahr TEUR 5.215) sowie im Übrigen Anlagenabgänge gegenüber. Die Investitionen betreffen hauptsächlich das Sachanlagevermögen mit TEUR 5.610 (Vorjahr TEUR 2.422). Die größten Einzelinvestitionen betreffen den Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt unverändert wie im Vorjahr 77,5 %.

Das Umlaufvermögen zum 31. Dezember 2024 beträgt TEUR 18.730 (Vorjahr TEUR 18.697). Veränderungen innerhalb des Umlaufvermögens betreffen im Wesentlichen den Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, der im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 12.079 (Vorjahr 9.391) gestiegen ist. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus der Trinkwasser-, Strom- und Wärmeversorgung sowie aus der Geschäftsbesorgung. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten unter anderem Forderungen gegen den WAZV Lausitz als Gesellschafter. Bezüglich der Veränderung der flüssigen Mittel verweisen wir auf die vorstehende zusammengefasste Kapitalflussrechnung. Sonstige Wertpapiere werden in Höhe von TEUR 2.048 (Vorjahr TEUR 0) ausgewiesen und betreffen eine Fondsanlage.

Das wirtschaftliche Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 7,34 % gestiegen und beträgt TEUR 45.796 (Vorjahr TEUR 42.665). Die Veränderung ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Zuschüsse und auf den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2024 zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote, gemessen am wirtschaftlichen Eigenkapital, beträgt 54,7 % (Vorjahr 51,1 %).

Die ewag kamenz hat im Geschäftsjahr 2024 Fördermittel in Höhe von TEUR 3.088 (Vorjahr TEUR 74) erhalten.

Rückstellungen werden in Höhe von insgesamt TEUR 2.277 (Vorjahr TEUR 2.264) ausgewiesen. Zur Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der sonstigen Rückstellungen wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen.

Zum Bilanzstichtag werden langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 23.327 ausgewiesen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.218 gesunken. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 615 gesunken und betragen TEUR 8.872 (Vorjahr TEUR 9.487). Es wird hierzu auf die Darstellung der "Verbindlichkeiten" im Anhang verwiesen.

Von den zum 31. Dezember 2024 ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von insgesamt TEUR 22.827 sind TEUR 2.538 besichert. Es wird hierzu auf die Ausführungen im Anhang unter "Sicherheiten zu Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten" verwiesen. Die Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 2.573 ist auf planmäßige Tilgungen zurückzuführen.

Gesamtbeurteilung der Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der ewag kamenz zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts wird positiv beurteilt.

3. Risiko- und Chancenbericht

Im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit ist die ewag kamenz verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln der Gesellschaft verbunden sind und im Zusammenhang mit der nicht einschätzbaren Entwicklung in den verschiedenen Ver- und Entsorgungsbereichen, insbesondere im Unternehmensbereich Energieversorgung, stehen.

Die ewag kamenz begegnet diesen Risiken seit Jahren durch ein umfassendes Risikomanagementsystem. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind Planungs- und Controllingprozesse, Finanzinstrumente, Geschäftsanweisungen und Berichtssysteme. Soweit Risiken bestehen, wurde ihnen durch Rückstellungen Rechnung getragen. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt. Es dient der Erfüllung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und der innerbetrieblichen Steuerung. Im Geschäftsjahr 2022 wurde insbesondere unter Berücksichtigung der Preisentwicklungen am Energiemarkt das Berichtswesen deutlich ausgebaut und die Überwachungszeiträume verkürzt. Die Berichterstattungen an den Aufsichtsrat erfolgen seither zusätzlich in einem separaten Risikobericht.

Durch weitere gesetzliche Vorgaben und die Digitalisierung in der Ver- und Entsorgungswirtschaft steigen die Anforderungen an die Digitalisierung in der ewag kamenz. Darüber hinaus müssen vorhandene Hard- und Softwaresysteme erneuert und aktualisiert werden, um die stetig steigenden Anforderungen zu erfüllen. Dies führt zu Kostensteigerungen und erhöhten Anforderungen an die Mitarbeiter sowie an die Arbeitsorganisation.

Die ewag kamenz wird zukünftig weitere Zertifizierungen von Managementsystemen benötigen, um ihre Marktposition zu stärken und die steigenden gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Inwieweit die ewag kamenz der Nachhaltigkeitsberichterstattung ab dem Geschäftsjahr 2025 nachkommen muss, ist zu prüfen. Darüber hinaus sind bereits jetzt Anforderungen von Geschäftspartnern zur Nachhaltigkeitsberichterstattung bekannt, welche die ewag kamenz auch zukünftig erfüllen muss. Damit verbunden sind weitere Kostensteigerungen zu erwarten. Die daraus entstehenden Anforderungen müssen auch durch die Mitarbeiter der ewag kamenz vorbereitet und umgesetzt werden.

Die Fortschreibung der Trinkwasserversorgungskonzeption erfolgt unter Berücksichtigung der geschlossenen Trinkwasserlieferverträge und der Bewertung der eigenen Versorgungsanlagen und deren Erweiterungsmöglichkeiten. Ziel ist es, die Trinkwasserversorgung auch zukünftig preiswert und sicher für das Verbandsgebiet des WAZV Lausitz zu gewährleisten.

Zur Sicherstellung, Erhalt und Ausbau des Trinkwasserverbundsystems Lausitzer Revier hat die ewag kamenz mit sechs weiteren Trinkwasserversorgern aus Brandenburg und Sachsen eine länderübergreifende Arbeitsgemeinschaft "Trinkwasserverbund Lausitzer Revier" gegründet. Zweck der kommunalen länderübergreifenden Arbeitsgemeinschaft ist die

Erarbeitung und Umsetzung eines Betriebskonzeptes im Rahmen des Kohleausstiegs, als Voraussetzung für den Erfolg des Strukturwandels und damit verbunden die langfristige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Lausitzer Revier. Ohne eine ausreichende und langfristig gewährleistete Trinkwasserversorgung ist der Strukturwandel im Lausitzer Revier nicht zu schaffen.

Ersatzinvestitionen müssen im Trinkwasserbereich weitestgehend ohne Neuanschlüsse realisiert werden. Ob die Ersatzinvestitionen vollständig durch Abschreibungen gedeckt werden können, ist offen. Soweit das nicht der Fall ist, sind Kredite notwendig, die preiserhöhend wirken. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2011 durch die ewag kamenz und nicht mehr über den WAZV Lausitz. Der WAZV Lausitz und die ewag kamenz beabsichtigen, Kreditaufnahmen für Investitionen durch Bürgschaften des WAZV Lausitz zu Kommunalkreditkonditionen aufzunehmen. Die Stellung von Bürgschaften ist durch die Rechtsaufsichtsbehörde, das Landratsamt Bautzen, zu genehmigen. Die Voraussetzungen für die Genehmigung kommunaler Bürgschaften des WAZV Lausitz sind gegeben.

Weitere Ablösungen von bestehenden Trinkwassereigenversorgungen durch Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgung in Ortsteilen der Mitgliedsgemeinden des WAZV Lausitz sind bereits in den Investitionsplanungen im bekannten Umfang berücksichtigt. Dies kann zu erheblichen Investitionskosten führen. Diese Anschlüsse an die öffentliche Trinkwasserversorgung können nur hergestellt werden, wenn neben der Erhebung von Baukostenzuschüssen hierfür auch zukünftig Zuwendungen gewährt werden. Ob Zuwendungen zukünftig weiter zur Verfügung stehen, ist offen.

Durch die seit dem Jahr 2024 sinkenden Strompreise hat der Wettbewerb auf dem Strommarkt wieder deutlich zugenommen. Die ewag kamenz hatte bereits Kundenverluste. Ziel der Vertriebsstrategie ist es, die Wechselbereitschaft der Bestandskunden zu minimieren. Die ewag kamenz steht im Wettbewerb mit den nunmehr wieder vermehrt auftretenden Internetanbietern. Die Preisangebote sind nur schwer durchschaubar. Trotzdem werden Kunden diese Angebote annehmen. Neukunden zu gewinnen wird unter diesen Bedingungen wieder schwieriger.

Die Erdgasbeschaffung für die Energieerzeugungsanlagen für das Geschäftsjahr 2024 erfolgte zu gleichbleibenden Beschaffungspreisen gegenüber dem Vorjahr, jedoch sind die Netzentgelte des Gasnetzbetreibers deutlich gestiegen. Diese Kosten sind von der ewag kamenz nicht beeinflussbar. Mit den neu kalkulierten Wärmepreisen konnte die ewag kamenz die im Geschäftsjahr 2024 ausgewiesenen Beschaffungskosten decken.

In den Geschäftsbereichen Elektrizitätsverteilung und Energieerzeugung werden technisch komplexe Anlagen eingesetzt. Die Anforderungen an den Betrieb dieser komplexen Anlagen sind nochmals deutlich gestiegen. Betriebsstörungen der Anlagen können die Ertragslage

beeinträchtigen. Durch Arbeits- und Verfahrensanweisungen, Schulungen und Weiterbildung der Mitarbeiter, eine regelmäßige Wartung der Anlagen sowie durch geeignete Versicherungen wird diesen Risiken begegnet.

Die wirtschaftlichen Risiken aus der Betreibung der Energieerzeugungsanlagen sind aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung und durch die Energiewende gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass der Energieträger Erdgas in absehbarer Zukunft nicht mehr verwendet werden kann. Sollten die von der Bundesregierung angestrebten Änderungen auf den Energiemärkten tatsächlich erfolgen, können weitere Investitionen in der Energieerzeugung erforderlich werden.

Die künftige Wärmeversorgung wird im Wesentlichen aus den drei Optionen Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme bestehen. Die ewag kamenz muss für die zukünftige Wärmeversorgung Quellen für eine grüne Wärmeerzeugung definieren. Dazu gehören Großwärmepumpen, industrielle Abwärme, Abwasser und Tiefengeothermie. Die derzeitigen politischen Entwicklungen und unsicheren Fördermöglichkeiten sowie deren Finanzierung erschweren die Planung der notwendigen Investitionen.

Darüber hinaus wird die Entwicklung der ewag kamenz auch im Geschäftsjahr 2025 durch den weiteren Zuwachs von dezentralen Energieerzeugungsanlagen beeinflusst. Mit den anderen Stromlieferanten steht die ewag kamenz im massiven Preiswettbewerb. Unter Berücksichtigung des notwendigen und zu sichernden Bestandskundengeschäftes wird es zunehmend schwieriger, Neukunden zu gewinnen.

Die ewag kamenz kann aufgrund ihres geringen Mengengerüsts und der Stromerzeugung in den eigenen Energieerzeugungsanlagen nur eingeschränkt an der Strombörse handeln. Damit besteht das Risiko, dass die notwendige Beschaffungsmenge nicht vollständig gebunden werden kann. Deshalb muss die verbleibende benötigte Strommenge am Spotmarkt bezogen werden. Zur Minimierung der Preisrisiken aus der Beschaffung und zur Minimierung des zusätzlichen Einkaufs am Spotmarkt wird die Betriebsführung und die Fahrweise der Erzeugungsanlagen regelmäßig mit der Beschaffung abgestimmt.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die ewag kamenz die Wärmepreiskalkulation überarbeitet. Die volatilen Entwicklungen an den Energiemärkten haben die Erstellung erheblich erschwert. Die Preis- und Vertragsgestaltung wurde gegenüber den Wärmekunden angepasst. Der überwiegende Teil der Kunden hat den neu angebotenen Vertrag zwischenzeitlich unterzeichnet. Inwieweit die ewag kamenz diese Verträge weiter langfristig beibehalten kann, ist insbesondere von den politischen Entscheidungen zur Energiewende und den damit verbundenen Vorgaben abhängig.

Mit dem seit dem Geschäftsjahr 2024 geltenden Gasliefervertrag sichert sich die ewag kamenz den Vertriebsbeschaffungspreis gegenüber dem Gaslieferanten. Netzentgelte und

gesetzliche Umlagen werden diesem Preis hinzugerechnet und können von der ewag kamenz nicht beeinflusst werden. Damit trägt die ewag kamenz die Risiken aus Preisschwankungen und Mengenverschiebungen zukünftig selbst.

Um weitere Kunden an die Fernwärme anzuschließen, ist es notwendig, dass anteilig Investitionskosten durch den Kunden getragen werden. Daneben hat der Kunde die Möglichkeit, selbst Fördermittel zu erhalten. Die ewag kamenz muss diese für ihren Teil der Investitionskosten ebenfalls beantragen. Die ewag kamenz wird die Kunden bei der Fördermittelbeantragung unterstützen. Darüber hinaus müssen Kunden bereit sein, die derzeit hohen Wärmepreise zu bezahlen.

Die geänderten Rahmenbedingungen im liberalisierten Strommarkt, die ständigen und mit zunehmendem Tempo vorgelegten Gesetzesänderungen zu den Erneuerbaren Energien und zur Kraftwärmekopplung sowie die Kostensteigerungen bei der Brennstoffbeschaffung und der steigende CO₂-Preis werden auch zukünftig neben dem demographischen Wandel maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der ewag kamenz haben. Damit wird die weitere Geschäftsentwicklung der ewag kamenz auch zukünftig durch die politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen wesentlich bestimmt.

Das wirtschaftliche Umfeld, in welchem sich die ewag kamenz bewegt, ist durch eine zunehmende Wettbewerbsintensität gekennzeichnet. Durch die Liberalisierung des Energiemarktes ist die ewag kamenz Beschaffungs- und Vertriebsrisiken ausgesetzt. Durch kontinuierliche Kostenmanagementmaßnahmen, ein aktives Portfoliomanagement und Vertriebscontrolling werden diese Risiken minimiert.

Steigende und stark schwankende Preise für Stromeinkauf, Kraftstoffe, Erdgas und Holzpellets und die wirtschaftliche Gesamtentwicklung haben entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der ewag kamenz. Inwieweit Preissteigerungen und Steuererhöhungen an die Kunden weitergegeben werden können, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Die gestiegenen und steigenden dezentralen Energieeinspeisungen aus erneuerbaren Energien führen, auch aufgrund stark schwankender Einspeisemengen, zur stetigen Änderung des Strompreises an der Börse. Durch die Liberalisierung des Strommarktes steht die ewag kamenz nicht nur unter erheblichem Wettbewerbsdruck, sondern muss sich daneben auch den gesetzlichen Anforderungen durch die Neuregelungen im Energiebereich stellen.

Die ewag kamenz wird den Unternehmensbereich Energieversorgung mit den Geschäftsbereichen Energieerzeugung, Stromvertrieb, Wärmeversorgung und Elektrizitätsverteilung weiter optimieren. Hauptaufgaben im Unternehmensbereich Energieversorgung sind im Rahmen der Energiewende die Schaffung dezentraler Energieerzeugungsanlagen unter Einsatz Erneuerbarer Energien bei Beachtung der Wirtschaftlichkeit sowie die Erarbeitung neuer Energiedienstleistungen, welche die ewag kamenz ihren Partnern anbieten kann. Die Chancen, die sich aus den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Unternehmens-

bereich Energieversorgung ergeben, will die ewag kamenz zum Vorteil des Unternehmens und zur Entwicklung der Region nutzen, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich die gesetzlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ständig ändern, wodurch die Planungssicherheit eingeschränkt wird.

Die ewag kamenz will ihre Wettbewerbsvorteile durch ihre regionale Anbindung im Versorgungsgebiet des WAZV Lausitz weiter nutzen, um Stromlieferungen und neue Energiedienstleistungen anzubieten.

Der Schwerpunkt der unternehmerischen Tätigkeit der ewag kamenz liegt weiter in der Festigung der Marktposition. Die ewag kamenz wird die Zusammenarbeit mit Zweckverbänden sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen in der Region intensivieren, um durch kommunale Zusammenarbeit die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

4. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2025 ist unter Berücksichtigung der aufgezeigten Chancen und trotz der dargestellten Risiken von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung der ewag kamenz auszugehen. Im Wirtschaftsplan werden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 37.090 berücksichtigt. Die Materialaufwendungen werden im Wesentlichen auf Vorjahresniveau geplant. Für die Personalaufwendungen ist erneut eine Steigerung geplant. Nach Abzug der Betriebsaufwendungen wird für das Geschäftsjahr 2025 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 664 ausgewiesen. Das Investitionsvolumen wird in Höhe von TEUR 17.348 geplant. Dem Wirtschaftsplan liegt dabei eine konservative Planung zu Grunde.

Die Auswirkungen der Lieferkettenprobleme, die Entwicklung der Rohstoffpreise, die Rohstoffknappheit und der von der Bundesregierung beschlossene beschleunigte Ausstieg aus den fossilen Rohstoffen können derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden. Die zu erwartenden Kostensteigerungen für Energieträgerbeschaffung, Personalkosten, Abschreibungen und Dienstleistungen müssen durch steigende Erlöse ausgeglichen werden. Die dazu notwendigen Bezugs- und Vertriebsstrategien werden stetig überarbeitet und aktualisiert. Die Umsetzung dieser Strategien muss jeweils zeitnah erfolgen. Der Vorstand geht für das Geschäftsjahr 2025 unter den aufgezeigten Voraussetzungen von einer stabilen positiven Geschäftsentwicklung der ewag kamenz aus.

5. Angaben gemäß § 99 SächsGemO

Die Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats waren bis zum 4. August 2024:

- Roland Dantz, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Kamenz
- Heiko Driesnack, Bürgermeister der Stadt Königsbrück (Aufsichtsratsvorsitzender)
- Jan Geppert, Geschäftsführer
- Harry Habel, Bürgermeister der Stadt Bernsdorf
- Dietmar Koark, Bürgermeister i. R. (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
- Markus Posch, Bürgermeister der Stadt Wittichenau
- Hubertus Rietscher, Bürgermeister der Gemeinde Ralbitz-Rosenthal
- Frank Wachholz, Bürgermeister der Stadt Elstra
- Rolf Ziesche, Geschäftsführer.

Im Berichtsjahr hat sich der Aufsichtsrat neu konstituiert und besteht nunmehr aus folgenden Mitgliedern:

- Roland Dantz, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Kamenz (ab 1. Oktober 2024)
- Heiko Driesnack, Bürgermeister der Stadt Königsbrück (ab 5. August 2024), (Aufsichtsratsvorsitzender)
- Antje Gasterstädt, Bürgermeisterin der Gemeinde Elsterheide (ab 5. August 2024)
- Jan Geppert, Geschäftsführer (ab 1. Oktober 2024)
- Harry Habel, Bürgermeister der Stadt Bernsdorf (ab 5. August 2024)
- Markus Posch, Bürgermeister der Stadt Wittichenau (ab 5. August 2024), (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ab 28. Oktober 2024)
- Hubertus Rietscher, Bürgermeister der Gemeinde Ralbitz-Rosenthal (ab 5. August 2024)
- Frank Wachholz, Bürgermeister der Stadt Elstra (ab 5. August 2024)
- Rolf Ziesche, Geschäftsführer (ab 1. Oktober 2024).

Herr Torsten Pfuhl, Diplom-Ingenieur, vertritt als Vorstand die Gesellschaft.

Der Vorstand hat Frau Carola Sende und Herrn Matthias Wiemann Prokura zur Vertretung der ewag kamenz erteilt. Die Prokura berechtigt zur Vertretung der ewag kamenz, soweit die Vertretung durch den Vorstand wegen Urlaub, Krankheit oder aus anderen Gründen nicht möglich ist.

Während des Geschäftsjahres 2024 wurden durchschnittlich 108 Mitarbeiter und ein Vorstand beschäftigt.

Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 ist die euros gmbh wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden.

Anteilseigner sind der WAZV Lausitz mit 7.067.459 Stückaktien und die KDK mit 4.090.500 Stückaktien.

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2024	2023	2022
Umsatz (in TEUR)	38.896	39.275	34.969
AP = Umsatz je Mitarbeiter (in TEUR)	360	364	357
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (in TEUR)	2.609	7.303	4.143
Eigenkapitalquote (in %) *	54,7	51,1	50,3
Eigenkapitalrentabilität (in %) *	2,0	5,9	0,9
Gesamtkapitalrentabilität (in %) **	1,8	3,8	1,0

* bezogen auf das wirtschaftliche Eigenkapital

** Jahresergebnis zzgl. Fremdkapitalzins bezogen auf die Bilanzsumme

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Strukturanpassungen in der Ver- und Entsorgungswirtschaft, die Herausforderungen durch die Energiewende, die Notwendigkeiten der Digitalisierung von Geschäftsabläufen, die demographische Entwicklung in den Ver- und Entsorgungsgebieten der ewag kamenz und die Konkurrenzsituation am Markt sind Herausforderungen, denen sich die ewag kamenz stellen muss. Den damit verbundenen erhöhten Anforderungen an die Mitarbeiter wird auch künftig durch zielgerichtete Qualifikation der Mitarbeiter begegnet.

Ziel ist es, dass bestehende Fachpersonal der ewag kamenz im Unternehmen zu halten, neues Fachpersonal für die ewag kamenz zu gewinnen, den altersbedingten Personalwechsel im Unternehmen zu sichern und dem bestehenden Personal eine attraktive Perspektive im Unternehmen aufzuzeigen.

Als modernes Dienstleistungsunternehmen ist die Kundenpflege eine wichtige Aufgabe für die ewag kamenz. Die ewag kamenz arbeitet daher stetig daran, ihre Kundenfreundlichkeit zu verbessern. Als regionaler Versorger ist es wichtig, vor Ort für den Kunden leicht und schnell erreichbar zu sein. Ziel ist es insbesondere die Bestandskunden zu halten, aber auch Neukunden zu gewinnen.

Mit der Erzeugung von Strom und Wärme aus den eigenen Erzeugungsanlagen der ewag kamenz wird die CO₂-Neutralität auch von der ewag kamenz angestrebt. Die preisgünstige und umweltverträgliche Versorgung mit Trinkwasser, Strom und Wärme ist dabei oberstes Gebot. Die mit der Energiewende einhergehenden Änderungen wird auch die ewag kamenz zukünftig umsetzen.

Vergleich der Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2024 gegenüber den Annahmen des Wirtschaftsplanes

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von TEUR 38.896 übersteigen den anteiligen Wirtschaftsplanansatz für das Jahr 2024 in Höhe von TEUR 37.074 um TEUR 1.822. Der wesentliche Anstieg der Umsatzerlöse basiert auf der vorgenommenen Preisanpassung im Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung.

Der Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung weist Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 11.676 aus, welche um TEUR 1.218 den Planansatz übersteigen. Die Zunahme resultiert aus den seit dem 1. April 2024 geltenden Trinkwasserentgelten.

Die Umsatzerlöse für die Trink- und Abwassergeschäftsbesorgungen in Höhe von TEUR 6.351 übersteigen den Planansatz um TEUR 205.

Im Geschäftsbereich Energieerzeugung wurden gegenüber dem Planwert witterungsbedingt um TEUR 136 geringere Umsatzerlöse erzielt. Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Einspeisevergütung der Photovoltaikanlage auf dem Verkehrslandeplatz Kamenz. Darüber hinaus werden vermiedene Netznutzungsentgelte für die KWK-Anlage in Pulsnitz und Erlöse aus der E-Mobilität vereinnahmt.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Wärmeversorgung übersteigen witterungsbedingt den Planansatz um TEUR 35 und werden in Höhe von TEUR 6.382 ausgewiesen.

Der Geschäftsbereich Stromvertrieb weist einen um TEUR 444 höheren Umsatz gegenüber dem Wirtschaftsplan aus. Insbesondere die Änderungen der gesetzlichen Abgaben und Umlagen in Verbindung mit den vorgenommenen Preisanpassungen führten zu dieser Erlössteigerung gegenüber dem Wirtschaftsplan.

Im Geschäftsbereich Elektrizitätsverteilung werden um TEUR 43 höhere Umsatzerlöse als geplant ausgewiesen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die KWK-Zuschläge für die KWK-Anlagen der ewag kamenz im eigenen Stromnetzgebiet der Große Kreisstadt Kamenz im Geschäftsjahr 2024 bereits gesunken sind.

Die Umsatzerlöse der Anderen Aktivitäten werden gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 um TEUR 12 höher ausgewiesen.

Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 19.956 wird gegenüber dem Planwert des Wirtschaftsplanes 2024 um TEUR 270 geringer ausgewiesen.

Im Wirtschaftsplan 2024 wurden Personalkosten in Höhe von TEUR 6.772 eingestellt, die im Geschäftsjahr 2024 um TEUR 154 geringer ausgewiesen werden.

Das im Wirtschaftsplan berücksichtigte Investitionsvolumen wurde im Geschäftsjahr 2024 nur zum Teil umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Bau befindliche Anlagen der Vorjahre im Geschäftsjahr 2024 aktiviert. Dies führt dazu, dass gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz um TEUR 78 geringere Abschreibungen (IST 2024: TEUR 5.238; Plan 2024: TEUR 5.316) ausgewiesen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 6.722 und werden gegenüber dem Planansatz um TEUR 1.308 höher ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2024 sind die Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen sowie Wartungs- und Instandhaltungskosten gestiegen.

Zinserträge wurden in Höhe von TEUR 216 erzielt und werden um TEUR 120 höher gegenüber dem Planansatz ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 575 werden um TEUR 142 geringer als im Wirtschaftsplan prognostiziert ausgewiesen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag werden auf der Grundlage des erzielten Jahresergebnisses um TEUR 159 höher ausgewiesen.

Der Jahresüberschuss der ewag kamenz zum 31. Dezember 2024 beträgt TEUR 934. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2024 erzielte die ewag kamenz ein um TEUR 635 höheres Ergebnis.

Wie in den vergangenen Jahren legte die ewag kamenz mit der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 eine konservative Planung zugrunde.

6. Erklärung des Vorstandes nach § 312 Abs. 3 AktG

Wir erklären, dass die ewag kamenz nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.

Kamenz, den 16. April 2025

ewag kamenz Energie und Wasserversorgung
Aktiengesellschaft Kamenz
Vorstand

Torsten Pfuhl

Anlage 11 – Beteiligungsbericht AZV „Obere Schwarze Elster“

Der Beteiligungsbericht zum 31.12.2024 wurde durch die ewag kamenz als Geschäftsbesorger aufgestellt. Nachfolgend wird der Inhalt des an die Stadt Bernsdorf übermittelten Berichtes wiedergegeben.

Beteiligungsbericht zum 31.12.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Habel,

wir schreiben Ihnen im Auftrag des Abwasserzweckverbandes (AZV) Obere Schwarze Elster.

Für den durch die Stadt Bernsdorf für das Jahr 2024 zu erstellenden Beteiligungsbericht übersenden wir Ihnen die nach § 99 Abs. 2 Satz 3 SächsGemO geforderten Angaben:

„Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.“

1. Angaben gemäß § 99 Abs. 2 SächsGemO

1.1. Beteiligungsbericht, § 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SächsGemO

Rechtsform des Unternehmens

Körperschaft des öffentlichen Rechts, Zweckverband im Sinne des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck

- (1) Gemäß § 4 der Verbandssatzung vom 01.07.2002, zuletzt geändert am 05.06.2024, obliegt dem Zweckverband nach § 4 Abs. 1 der Verbandssatzung des AZV Obere Schwarze Elster im Bereich seiner Mitgliedsgemeinden (§ 3 der Verbandssatzung) die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 50 SächsWG und nach Maßgabe dieser Satzung für Niederschlagswasser, das von öffentlichen Verkehrsflächen abfließt. Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder zur Abwasserentsorgung und die hiermit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gegenüber Einleitern und Dritten gehen in vollem Umfang auf den Zweckverband über.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Bereich seiner Verbandsmitglieder Sammel-, Abwasserbeseitigungs- und Reinigungsanlagen (mechanisch biologische Kläranlagen, Hauptsammler, Ortskanalisationsanlagen etc.) zu planen, zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Ferner kann er auch für andere Gemeinden und Gebietsteile, die nicht zum Verbandsbereich gehören, Aufgaben gegen Kostenersatz aufgrund schriftlicher Vereinbarungen übernehmen.

- (2) Der Zweckverband erfüllt seine Aufgaben kostendeckend. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken. Falls einzelne Einrichtungen Gewinn abwerfen, ist dieser unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entsorgungsgebiete nach § 5 der Verbandssatzung des AZV Obere Schwarze Elster den Zwecken des Verbandes zuzuführen.
- (3) Der Zweckverband ist anstelle der Mitgliedsgemeinden nach § 6 Abs. 1 Abwasserabgabengesetz des Freistaates Sachsen abgabepflichtig.
- (4) Der Zweckverband ist berechtigt, Beiträge und Gebühren nach dem Sächsischen Kommunalabgabengesetz zu erheben und die notwendigen Satzungen und Verordnungen zu erlassen.
- (5) Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen und, soweit zulässig, Aufgaben privaten Unternehmen übertragen.
- (6) Der Zweckverband hat keine hauptamtlichen Bediensteten.

Prozentualer Anteil Ihrer Stadt/Gemeinde

Die Stadt Bernsdorf ist Mitglied des AZV Obere Schwarze Elster, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Geschäftsanteile an einem Zweckverband bestehen nicht.

1.2. Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband, § 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SächsGemO

- | | |
|---|----------|
| - Summe aller Gewinnabführungen an den Haushalt der Gemeinde: | 0,00 EUR |
| - Summe aller per Bescheid im Wirtschaftsjahr 2024 erhobenen bzw. festgesetzten Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Haushalt der Gemeinden für das Wirtschaftsjahr 2024: | |

Der AZV Obere Schwarze Elster hat gegenüber den Mitgliedsgemeinden auf der Grundlage der Haushaltssatzung die Bescheide für die Umlagen zur Deckung des Straßenentwässerungskostenanteils

sowie für die Allgemeine Umlage zum Finanzausgleich für das Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von insgesamt EUR 535.015,01 erlassen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

• Große Kreisstadt Kamenz:	291.889,15 EUR
• Stadt Pulsnitz:	107.505,08 EUR
• Gemeinde Haselbachtal:	40.027,25 EUR
• Gemeinde Ohorn:	34.866,43 EUR
• Stadt Elstra:	34.834,52 EUR
• Gemeinde Steina:	11.616,25 EUR
• Stadt Bernsdorf:	8.553,92 EUR
• Gemeinde Nebelschütz:	5.722,41 EUR
- Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen:	0,00 EUR
- Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen:	0,00 EUR

1.3. Lagebericht des Zweckverbandes, § 99 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SächsGemO

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024 des AZV Obere Schwarze Elster liegt diesem Schreiben als Anlage bei.

Sollten noch weitere Angaben erforderlich sein, so bitten wir Sie, sich an uns zu wenden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Energie und Wasserversorgung
Aktiengesellschaft Kamenz

als Geschäftsbesorger des Abwasserzweckverbandes Obere Schwarze Elster

Torsten Pfuhl

Vitus Rudolf
Verbandsbetreuung

Anlage

Lagebericht für das Jahr 2024



Abwasserzweckverband Obere Schwarze Elster, Kamenz Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der Abwasserzweckverband Obere Schwarze Elster, mit Sitz in Kamenz, (im Folgenden auch AZV OSE genannt), ist ein Vollzweckverband, dem die Pflicht zur Abwasserbeseitigung aufgrund von § 50 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes von seinen Mitgliedsgemeinden übertragen wurde. Zur Erfüllung dieser Aufgabe übernimmt, plant, errichtet, unterhält, erneuert und betreibt der Zweckverband die hierzu erforderlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Ortsnetze und Sonderbauwerke. Ferner kann er auch für andere, nicht zum Verbandsgebiet gehörige Gemeinden, Abwasser zur Entsorgung übernehmen.

Verbandsvorsitzender des AZV OSE ist Herr Roland Dantz, Oberbürgermeister der Große Kreisstadt Kamenz und stellvertretende Verbandsvorsitzende ist Frau Barbara Lüke, Bürgermeisterin der Stadt Pulsnitz.

In der Verbandsversammlung am 5. Juni 2024 wurde die Satzungsänderung zur Einführung eines elektronischen Amtsblattes als Veröffentlichungsmedium für den Zweckverband beschlossen. Bisher erfolgen die Veröffentlichungen satzungsgemäß im Wochenkurier. Da die Zustellung des Wochenkuriere nicht mehr im gesamten Entsorgungsgebiet gewährleistet ist, war diese Änderung erforderlich. Seit der Genehmigung der Satzungsänderung durch die Rechtsaufsichtsbehörde veröffentlicht der Zweckverband alle Sachverhalte eigenständig auf seiner Homepage im elektronischen Amtsblatt. Darüber hinaus wurde in der Verbandsversammlung eine weitere Satzungsänderung zur Verlängerung der Ladefrist von bisher "spätestens einer Woche" auf einen Zeitraum von zwei Wochen beschlossen. Die Änderung der Verbandssatzung wurde mit Bescheid der Rechtsaufsichtsbehörde vom 21. August 2024 genehmigt und trat mit Wirkung zum 13. September 2024 in Kraft.

Im AZV OSE bestehen zwei getrennte Entsorgungsgebiete (EG), das EG Kamenz und das EG Pulsnitz. Im jeweiligen EG gelten gesonderte Regelungen zur Abwasserbeitrags- und -gebührenerhebung.

Der Jahresabschluss mit dem Lagebericht des AZV OSE für das Wirtschaftsjahr 2024 wurde zum 12. Juni 2025 aufgestellt.

Anlage 4



Folgende Städte und Gemeinden waren zum 31. Dezember 2024 Mitglied des AZV OSE:

	Einwohner (Stand: 30. Juni 2024)
Entsorgungsgebiet Kamenz	
Bernsdorf, nur OT Straßgräbchen	678
Elstra	2.706
Kamenz	16.789
Nebelschütz	1.194
Entsorgungsgebiet Pulsnitz	
Haselbachtal	3.923
Ohorn	2.501
Pulsnitz	7.298
Steina	1.661

Im Verbandsgebiet des AZV OSE werden mittels mobiler Entsorgung oder durch direkten Anschluss an die öffentliche Abwasserentsorgung die Abwässer von ca. 37.000 Einwohnern sowie den im Verbandsgebiet ansässigen Industrie- und Gewerbebetrieben entsorgt.

Das Bauvorhaben zur Erweiterung der Kläranlage Kamenz von 27.000 EW auf 41.000 EW wurde im Wirtschaftsjahr 2024 abgeschlossen. Damit ist die Kläranlage Kamenz im Wirtschaftsjahr 2024 zu 67 % (Vorjahr 100,7 %) ausgelastet. Die Kläranlage Reichenau ist im Wirtschaftsjahr 2024 zu 85 % ausgelastet.

Kläranlagen	EW*	eingeleitete Abwassermenge in m³
Kamenz	27.486	1.623.994
Reichenau	17.038	856.999

*) Angeschlossene Einwohnerwerte zzgl. Einwohnergleichwerte (Industrie- und Gewerbebetriebe sowie Anteil Fäkalienannahme)

Im Wirtschaftsjahr 2024 nahm die zu entsorgende Schmutzwassermenge des AZV OSE mit 1.290.599 m³ gegenüber dem Vorjahr (1.242.931 m³) leicht zu. Von dem entsorgten Schmutzwasser entfallen auf das EG Kamenz 774.323 m³ und auf das EG Pulsnitz 516.276 m³. Die Umsatzerlöse aus Schmutzwassergebühren betragen damit insgesamt TEUR 4.216 (Vorjahr TEUR 4.121).

Daneben wurde eine Grundstücksfläche von 1.570.871 m² (Vorjahr 1.550.680 m²) für Niederschlagswasser veranschlagt. Es wurden Erlöse aus Niederschlagswassergebühren in Höhe von TEUR 686 (Vorjahr TEUR 679) erzielt.



Es wurden Erlöse aus der mobilen Abwasserentsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben in Höhe von TEUR 191 (Vorjahr TEUR 183) erzielt. Die Entsorgungsmenge beträgt 12.729 m³ (Vorjahr 14.234 m³). Mit der Einführung der Überwachungsgebühr für alle betriebenen dezentralen Abwasserentsorgungsanlagen erhöhen sich die Umsatzerlöse trotz einer rückläufigen Entsorgungsmenge.

Nichtfinanzielle Leistungsfaktoren

Die Strukturanpassungen in der Entsorgungswirtschaft, die Herausforderungen durch die Energiewende, die Notwendigkeiten der Digitalisierung von Geschäftsabläufen, die demographische Entwicklung im Entsorgungsgebiet, die zunehmenden Gesetzesregelungen und steigenden Anforderungen an die Abwasserentsorgungsanlagen sowie das Personal sind Herausforderungen, denen sich der AZV OSE stellen muss. Gemeinsam mit dem Geschäftsbesorger wird der AZV OSE die notwendigen Maßnahmen umsetzen.

Als modernes Dienstleistungsunternehmen ist die Kundenpflege eine wichtige Aufgabe für den AZV OSE. Die Kundenzufriedenheit steht daher für den AZV OSE an erster Stelle. Der Zweckverband arbeitet daher stetig daran, die Kundenfreundlichkeit zu verbessern. Als regionaler Entsorger ist es wichtig, vor Ort für den Kunden leicht und schnell erreichbar zu sein.

Neben dem Kundenservice ist die preiswerte und umweltfreundliche Abwasserentsorgung für den AZV OSE sehr wichtig. Kundenzufriedenheit und die Gebühren- und Beitragshöhen stehen dabei im Focus. Den steigenden Aufwendungen, die Gebührenerhöhungen zur Folge haben können, wird durch regelmäßige Budgetüberwachungen begegnet.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Wirtschaftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von TEUR -933 (Vorjahr TEUR -2.324) ab. Damit erzielt der AZV OSE gegenüber dem Vorjahr ein um TEUR 1.391 besseres Ergebnis.

Die erzielten Umsatzerlöse betrugen TEUR 7.078 (Vorjahr TEUR 4.564) und sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.514 gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Veränderung des periodenfremden Aufwandes aus der Zuführung zur Kostenüberdeckung (TEUR 0, Vorjahr TEUR 2.430).

Anlage 4



Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen TEUR 283 und werden gegenüber dem Vorjahr um TEUR 47 höher ausgewiesen. Sie beinhalten im Wesentlichen neben den Erträgen aus der Auflösung von Erschließungsvereinbarungen (TEUR 193, Vorjahr TEUR 193), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 38, Vorjahr TEUR 4) sowie Versicherungsentschädigungen (TEUR 23, Vorjahr TEUR 0).

Der Materialaufwand betrug TEUR 3.907 und wird gegenüber dem Vorjahr um TEUR 548 höher ausgewiesen. Hierin enthalten sind im Wesentlichen die Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung mit TEUR 3.005 (Vorjahr TEUR 2.419), die Aufwendungen für die Schlammbeseitigung mit TEUR 455 (Vorjahr TEUR 511) sowie die bezogenen Leistungen im Rahmen von Havariefällen mit TEUR 292 (Vorjahr TEUR 295).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in Höhe von insgesamt TEUR 1.008 (Vorjahr TEUR 408) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen Abgänge aus dem Anlagevermögen in Höhe von TEUR 272 (Vorjahr TEUR 26), Rückbaukosten für Altanlagen in Höhe von TEUR 210 (Vorjahr TEUR 0), Abwasserabgabe in Höhe von TEUR 124 (Vorjahr TEUR 141) sowie im Weiteren Sonstige Instandhaltungsaufwendungen, Versicherungen, Fremdleistungen, Zählernutzungsentgelt, Abschluss- und Prüfungskosten und übrige Kosten.



Finanz- und Vermögenslage

Die zur Analyse der Finanzlage für das Wirtschaftsjahr 2024 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (hier zusammengefasste Darstellung):

	2024 TEUR	2023 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.333	823
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.347	-4.875
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-653	-653
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-2.667	-4.705
Finanzmittelbestand Anfang der Periode	9.725	14.430
Finanzmittelbestand Ende der Periode	7.058	9.725

Unterschiede im Finanzmittelfonds am Anfang oder am Ende der Periode können sich aufgrund der Stichtagsbetrachtung ergeben. Der Zweckverband war im Wirtschaftsjahr 2024 jederzeit in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Der AZV OSE weist zum 31. Dezember 2024 eine Bilanzsumme von TEUR 106.190 (Vorjahr TEUR 108.033) aus.

Das Anlagevermögen beträgt zum 31. Dezember 2024 TEUR 95.923 (Vorjahr TEUR 95.423) und unterliegt einem Rückgang um TEUR 500. Im Wirtschaftsjahr 2024 wurden im AZV OSE Investitionen in Höhe von insgesamt TEUR 4.214 getätigt. Davon entfallen TEUR 3.505 auf das EG Kamenz und TEUR 709 auf das EG Pulsnitz. Einen wesentlichen Anteil am Investitionsvolumen trägt die Baumaßnahme zur Erweiterung der Kläranlage Kamenz im EG Kamenz, die im Wirtschaftsjahr 2024 abgeschlossen wurde.

Das Umlaufvermögen zum 31. Dezember 2024 beträgt TEUR 10.262 (Vorjahr TEUR 12.601). Veränderungen innerhalb des Umlaufvermögens betreffen im Wesentlichen den Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, der im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 3.204 (Vorjahr TEUR 2.876) gestiegen ist. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten insbesondere Forderungen aus Schmutzwassergebühren einschließlich mobiler Entsorgung in Höhe von TEUR 885 (Vorjahr TEUR 665), aus der Regenwassereinleitung in die Kläranlagen in Höhe von TEUR 444 (Vorjahr TEUR 188) und aus der Entsorgung dezentraler Regenwasserkanäle in Höhe von TEUR 195 (Vorjahr TEUR 447). Auf die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 67

Anlage 4



(Vorjahr TEUR 60) und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von TEUR 14 (Vorjahr TEUR 12) gebildet.

Der Anteil der langfristigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände TEUR 1.353 (Vorjahr TEUR 1.418) beträgt zu den gesamten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 3.204 (Vorjahr TEUR 2.876) 42,2 % (Vorjahr 49,3 %).

Hinsichtlich der Veränderung der Forderungen an die Gemeinde/andere Eigenbetriebe sowie der sonstigen Vermögensgegenstände wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen. Bezüglich der Veränderung der flüssigen Mittel verweisen wir auf die vorstehende zusammengefasste Kapitalflussrechnung.

Das bilanzielle Eigenkapital des AZV OSE entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2024 wie folgt:

	Stand 1.1.2024 TEUR	Abgang 2024 TEUR	Zuführung 2024 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR
Kapitalrücklage aus Abwasserbeiträgen	27.699	0	202	27.901
Sonstige Rücklagen	3.843	0	0	3.843
Gewinnvortrag	17.893	0	-2.324	15.569
Jahresverlust	-2.324	-2.324	-933	-933
	<u>47.111</u>	<u>-2.324</u>	<u>-3.055</u>	<u>46.380</u>

Der AZV OSE weist unter Berücksichtigung der Sonderposten und empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2024 ein wirtschaftliches Eigenkapital in Höhe von TEUR 90.505 (Vorjahr TEUR 92.252) aus und ist gegenüber dem Vorjahr um 1,89 % gesunken. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf den Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2024 sowie die Veränderung der Zuschüsse zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote – gemessen am wirtschaftlichen Eigenkapital – beträgt 85,2 % (Vorjahr 85,4 %).

Der Zweckverband hat im Wirtschaftsjahr 2024 keine Fördermittel (Vorjahr TEUR 2.387) erhalten. Die erhaltenen Fördermittel aus Vorjahren wurden im Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von TEUR 914 (Vorjahr TEUR 807) aufgelöst. Die Auflösung wird unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.



Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2024 wie folgt entwickelt:

	Stand 1.1.2024 TEUR	Inanspruch- nahme 2024 TEUR	Auflösung 2024 TEUR	Zuführung 2024 TEUR	Ab-/ Aufzinsung 2024 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR
Abwasserabgabe	300	225	32	124	0	167
Abschluss- und Prüfungskosten	18	12	6	13	0	13
Prozesskostenrisiko und Gerichtsverfahren	8	0	0	0	0	8
kalk. Kostenüberdeckung nächste Kalk.periode	620	22	0	455	-36	1.017
	946	259	38	592	-36	1.205

Im EG Kamenz endete zum 31. Dezember 2022 der Gebührenkalkulationszeitraum. Folglich wurde für den Vorkalkulationszeitraum 2023 bis 2027 einschließlich der Nachberechnung für den Zeitraum 2018 bis 2022 eine Gebührenkalkulation erstellt. Die Ergebnisse der Vorkalkulation 2023 bis 2027 einschließlich der Nachberechnung für den Zeitraum 2018 bis 2022 wurden für die Abrechnung zum Stichtag des Wirtschaftsjahres 2024 angewandt.

Im Wirtschaftsjahr 2024 wurde im Rahmen der Jahresabschlusserstellung eine Nachberechnung für das EG Kamenz durchgeführt. Im Ergebnis wurde die Rückstellung für die kalkulatorische Kostenüberdeckung für den Folgezeitraum zum 31. Dezember 2024 in Höhe von TEUR 808 ermittelt und wird unter Berücksichtigung der Abzinsung in Höhe von TEUR 734 ausgewiesen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 wurde im Rahmen der Jahresabschlusserstellung eine Nachberechnung für das EG Pulsnitz durchgeführt. Im Ergebnis wurde die Rückstellung für die kalkulatorische Kostenüberdeckung für den Folgezeitraum zum 31. Dezember 2024 um TEUR 75 angepasst und wird unter Berücksichtigung der Abzinsung in Höhe von TEUR 283 ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag werden langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 11.026 ausgewiesen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.371 gesunken. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.016 gestiegen und betragen TEUR 3.454 (Vorjahr TEUR 2.438). Es wird hierzu auf die Darstellung der "Verbindlichkeiten" im Anhang verwiesen. Die Veränderung der Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen auf die planmäßige Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 653 sowie auf die gesunkene Verbindlichkeit aus der kalkulatorischen Kostenüberdeckung um TEUR 680 zurückzuführen. Gegenläufig erhöhen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 939. Kreditneuaufnahmen erfolgten im Wirtschaftsjahr 2024 nicht.

Anlage 4



Im EG Kamenz endete der Gebührenkalkulationszeitraum zum 31. Dezember 2022. Im Ergebnis der Gebührenkalkulation vom 21. November 2023 wurde im AZV OSE, EG Kamenz, unter Berücksichtigung des Nachberechnungszeitraumes für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 ein ausgleichspflichtiger, kumulierter Gewinnvortrag in Höhe von TEUR 3.310 festgestellt und als sonstige Verbindlichkeit für die Kostenüberdeckung des abgeschlossenen Kalkulationszeitraumes ausgewiesen. Diese Verbindlichkeit ist im aktuellen Kalkulationszeitraum für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 jährlich in Höhe von TEUR 662 auszugleichen und wird zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 1.986 ausgewiesen.

Der Gebührenkalkulationszeitraum des AZV OSE, EG Pulsnitz, endete zum 31. Dezember 2020. Im Ergebnis der Gebührenkalkulation vom 11. November 2021 wurde im AZV OSE, EG Pulsnitz, unter Berücksichtigung des Nachberechnungszeitraumes für die Wirtschaftsjahre 2016 bis 2020 ein ausgleichspflichtiger, kumulierter Gewinnvortrag in Höhe von TEUR 233 festgestellt und als sonstige Verbindlichkeit für die Kostenüberdeckung des abgeschlossenen Kalkulationszeitraumes ausgewiesen. Diese Verbindlichkeit ist im aktuellen Kalkulationszeitraum für die Wirtschaftsjahre 2021 bis 2025 auszugleichen und wird zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 18 (Vorjahr TEUR 37) ausgewiesen.

Gesamtbeurteilung der Lage des Zweckverbands

Die wirtschaftliche Lage des AZV OSE zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts wird positiv beurteilt.

3. Risiko- und Chancenbericht

Durch die bestehenden Lieferkettenprobleme, die Preissteigerungen an den Energiemärkten und für Dienstleistungen sowie Materialaufwendungen wird die wirtschaftliche Entwicklung des Zweckverbandes weiter negativ beeinflusst. Damit verbunden können Gebührenerhöhungen für die Folgejahre nicht ausgeschlossen werden. Erste Auswirkungen wurden bereits in der derzeit geltenden Gebührenkalkulation des EG Kamenz für den Vorkalkulationszeitraum 2023 bis 2027 mit dem Nachberechnungszeitraum 2018 bis 2022 berücksichtigt.

Im Ergebnis der Vorkalkulation der Gebühren für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 ergab sich für das EG Kamenz in der zentralen Schmutzwasserbeseitigung eine Gebührenerhöhung. Unter Berücksichtigung der aus der Nachberechnung der Gebühren für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2022 ermittelten Kostenüberdeckung in der zentralen Schmutzwasserbeseitigung, war die Gebührenerhöhung ab dem Wirtschaftsjahr 2023 nicht erforderlich. Vielmehr ergab sich daraus eine Gebührensenkung. Dieser Tatbestand ist in dem Folgezeitraum ab dem Wirtschaftsjahr 2028 in dieser Form derzeit nicht zu erwarten. Damit verbunden können zukünftige Gebührenerhöhungen nicht ausgeschlossen werden.



Die gestundeten Forderungen für Abwasserbeiträge in Höhe von TEUR 1.644 (Vorjahr TEUR 1.676) stellen ein Liquiditätsrisiko dar. Diese Forderungen werden in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Die Forderungsbestände werden in regelmäßigen Abständen auf ihre Werthaltigkeit geprüft.

Aufgrund des Alters einer Vielzahl von Kanalanlagen ist zu erwarten, dass in den Folgejahren in größerem Umfang Erhaltungs- und Erneuerungsaufwendungen durchzuführen sind. Nach Abschluss des Abwasserbeseitigungskonzeptes werden weiterhin Investitionen auf der Grundlage des fortgeschriebenen Generalentwässerungsplanes notwendig sein. Unter Berücksichtigung der Aktualisierung der Förderrichtlinie SWW kann zukünftig wieder die Möglichkeit bestehen, Fördermittel in Anspruch zu nehmen.

4. Voraussichtliche Entwicklung

Der AZV OSE prüft weiterhin aufgrund der erlassenen gesetzlichen Vorschriften, inwieweit für ihn die Umsatzsteuerpflicht zukünftig Anwendung findet.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 ist grundsätzlich von einer positiven Entwicklung des AZV OSE auszugehen. Es wird mit Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 8.242 sowie mit einem Jahresgewinn in Höhe von TEUR 291 geplant.

Insgesamt werden die Kostenveränderungen Einfluss auf die zukünftigen Gebührenhöhen und damit verbunden die Ertragslage des AZV OSE haben. Es ist davon auszugehen, dass der AZV OSE auch zukünftig alle Kosten decken wird. Inwieweit aus Eigenmitteln Investitionen sowie Wartungs- und Instandhaltungskosten zukünftig gedeckt werden können, bleibt abzuwarten.

Anlage 4



5. Finanzbeziehungen zwischen Gemeinde und Zweckverband gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 2 SächsGemO

Der AZV OSE hat gegenüber den Mitgliedsgemeinden auf der Grundlage der Haushaltssatzung die Bescheide für die Umlagen zur Deckung des Straßenentwässerungskostenanteils sowie für die Allgemeine Umlage zum Finanzausgleich für das Wirtschaftsjahr 2024 in Höhe von insgesamt EUR 535.015,01 erlassen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Große Kreisstadt Kamenz	291.889,15
Stadt Pulsnitz	107.505,08
Gemeinde Haselbachtal	40.027,25
Gemeinde Ohorn	34.866,43
Stadt Elstra	34.834,52
Gemeinde Steina	11.616,25
Stadt Bernsdorf	8.553,92
Gemeinde Nebelschütz	5.722,41

Die Anforderungen gemäß § 289 Abs. 2 Handelsgesetzbuch i. V. m. § 30 Sächsische Eigenbetriebsverordnung sind für den AZV OSE nicht relevant.

Kamenz, den 4. Juli 2025

Roland Dantz
Verbandsvorsitzender